

# Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538  
Entgelt bezahlt  
Herbst 2005  
Nr. 149, 34. Jahrgang  
Nürnberg  
3,- €

**Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!**



**G**anz gleich welches Ergebnis die bevorstehende Bundestagswahl haben wird, der Klassenkampf von oben, der Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose und Rentner ärmer macht, wird weitergehen. Es gibt in Deutschland keine Kraft, dies zu verhindern. Das plötzlich entdeckte soziale Gewissen aller Bundestagsparteien wird nach dem Wahltag ganz schnell vergessen sein. Es wird sich nichts an dem neoliberalen Grundkurs ändern, den alle Fraktionen der kapitalistischen Einheitspartei schon bisher mit getragen haben. In Zukunft werden sich die schon jetzt geringen Spielräume für Politik im anschwellenden neoliberalen Mainstream weiter verengen. Je mehr die Globalisierung sich ausbreitet, je mehr die Macht der multinationalen Konzerne zunimmt, je mehr Gewicht dem Finanz- und Spekulationskapital zukommt, um so mehr nimmt die Bedeutung des politischen Faktors ab. Das Wahlkampf-

## Keine „Schicksalswahl“ – Für kritische Unterstützung der Linkspartei.



und Medienspektakel soll das nur vertuschen. Es liegt im Wesen der systemtragenden Politiker und politischen Parteien die Interessen des Finanz- und Industriekapitals möglichst reibungslos umzusetzen und für die Ruhigstellung der Massen zu sorgen. Dabei sind zweitrangige Zugeständnisse gegenüber dem jeweiligen Klientel nicht zu umgehen. Das allein bleibt vom angeblichen politischen Handlungsspielraum noch übrig. Die ausführlichen Parteiprogramme werden nach der Wahl umgehend zur Makulatur.

Die bürgerliche Demokratie wird immer mehr zur Farce, der Parlamentarismus und die Politiker und Parteien immer unglaubwürdiger. Den Grundzügen nach ist es so weit gekommen, daß mehr denn je nicht die Regierung regiert, sondern die Wirtschaft, also das Kapital und das kennt nur ein Ziel: Ein Höchstmaß an Profiten, möglichst ohne Rücksicht auf soziale, ökologische und gemeinschaftliche Bedürfnisse.

Es sind die Sprünge in der kapitalistischen Entwicklung, die eine *Fortsetzung auf Seite 3*

### Inhalt

- Keine „Schicksalswahl“	Seite 1
- In eigener Sache	Seite 2
- Vorzüge und doppeltes Gesicht der neuen Linkspartei	Seite 4
- Wahlprogramm CDU/CSU	Seite 18
- Linkspartei – Chance oder Risiko	Seite 22
- Weiter mit Null-Euro-Jobs	Seite 23
- Im Jahrhundert der Katastrophen	Seite 24
- Rot-Grün tritt ab	Seite 25
- Die Tschechische Linke heute	Seite 29
- Unruhe an den Finanzmärkten	Seite 33
- Das System VW	Seite 37

## In eigener Sache

Wegen der anstehenden Bundestagswahl haben wir das Erscheinen der **Arbeiterstimme**-Herbstnummer um einige Wochen vorverlegt. Die nächste Nummer ist dann die Winternummer, die zum üblichen Termin, Mitte Dezember, zum Versand kommen wird.

Der Bundestagswahlkampf selbst dümpelt im gewohnten seichten Fahrwasser dahin. Das einzige Novum ist die Gründung und Beteiligung der „Linkspartei“. Dazu bringen wir zwei Artikel, von denen einer sich intensiver mit dem Werdegang und der Entwicklung der PDS beschäftigt. Ein anderer Artikel setzt sich mit dem Wahlprogramm von CDU/CSU auseinander.

Ein Nachdruck aus der „Arbeiterpolitik“ mit dem Titel „Rot-Grün tritt ab“ rundet unsere innenpolitische Betrachtung anlässlich der Bundestagswahl ab.

Genosse Theodor Bergmann war auf Einladung des Archivs der Münchner Arbeiterbewegung in München. Ein kurzer Artikel berichtet von der Veranstaltung.

Ein Genosse aus Prag beleuchtet die Lage der Linken in Tschechien.

Münterferings platte „Kapitalismus-Kritik“ hat viel Staub aufgewirbelt, mit einem Nachdruck informieren wir über das Wesen der Hedgefonds.

Wir gratulieren dem Leipziger Genossen Prof. Ingo Wagner zum 80. Geburtstag und wünschen noch viel Schaffenskraft!

Zum Redaktionsschluß wurden die Entlassungspläne des VW-Managements bekannt, dadurch bekam ein weiterer Nachdruck aus dem „Vorwärts“ („Modell VW“) eine zusätzliche Aktualität.

Einige Rezensionen erscheinen aus Platzmangel in dieser Ausgabe nicht, sie finden sich in der nächsten Nummer.

Den Spendern und Abo-Zählern sagen wir herzlichen Dank. Jene die das **Abo 2005** noch nicht bezahlt haben, sollten doch bedenken, dass wir auf ihre Unterstützung angewiesen sind.

Interessenten, die unsere Zeitung abonnieren wollen indem sie nur den Abo-Beitrag auf das Postbankkonto überweisen, bitten wir zusätzlich um Mitteilung ihrer Adresse, da auf den Auszügen nur der Name erscheint.

Am **22./23. Oktober** findet unsere **Jahreskonferenz** wieder in Nürnberg, im Nachbarschaftshaus Gostenhof, Adam Kleinstraße, statt. Voraussichtliche Themen sind: „Die innenpolitische Lage nach der Bundestagswahl“ und „Die Einschätzung der Gewerkschaften“.

Näheres dazu über unsere Redaktionsadresse oder telefonisch 0911/5180381 (abends).



November 2003, Berlin



### Impressum:

**Verantwortlich im Sinne des Presderechts: Thomas Gradl, Bucherstraße 20, 90408 Nürnberg**  
**Druck: Eigendruck im Selbstverlag.**

**Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307, 90261 Nürnberg**

**e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org**  
**Internet: www.arbeiterstimme.org**

**Bankverbindung: Hans Steiger Postbank München BLZ 700 100 80 Konto: 665924-808**

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen

Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

neue Lage geschaffen haben. Die weltumfassende Ausdehnung des Kapitalismus und die technisch bedingten phänomenalen Produktivitätssteigerungen haben Gesetzmäßigkeiten geschaffen, die mit bürgerlicher Politik nicht mehr abzuschaffen sind – sondern nur noch auf revolutionäre Weise. Daß es damit nicht nur in Deutschland schlecht bestellt ist, brauchen wir nicht weiter zu erörtern - hat man den Niedergang der Arbeiterbewegung vor Augen. Die Bedingungen einer grenzenlosen Weltmarktkonkurrenz diktieren in allen kapitalistischen Ländern eine Politik, deren darwinistischen Züge längst noch nicht ausgeschöpft sind.

Ökonomisch gibt es kein Zurück zum Nationalismus und zum Protektionismus, bei Strafe des wirtschaftlichen Niedergangs. Auch der wieder ins Spiel gebrachte Keynesianismus kann auf Dauer keine Lösung bieten. Durch die Entwicklung des US-Kapitalismus zur einzigen Weltmacht sowie durch den technologischen Höhenflug wurden Überkapazitäten großen Ausmaßes geschaffen. Die Massenware braucht riesige Märkte, der nationale und selbst der kontinentale Rahmen muß gesprengt werden. Durch die bereits angesprochenen Produktivitätssteigerungen und die systembedingten Widersprüche zwischen Warenangebot und Kaufkraft der Massen ist eine Arbeitslosigkeit entstanden, die auch die Sozialsysteme in den Abgrund reißt und die Arbeitskraft entwertet. Der Preis der Ware Arbeitskraft in den entwickelten Industriestaaten fällt und befindet sich weltweit in einem nahezu endlosen Anpassungssog an ein noch niedrigeres Lohnniveau. Das ist die tiefere Ursache für die Schwäche der Arbeiterbewegung, die auch nicht voluntaristisch überwunden werden kann.

Es sind diese tief greifenden gesellschaftlichen Veränderungen, die der Sozialdemokratie die Mittel für ihre Reformpolitik raubte und sie mit ihrer neoliberalen Wende an den Rand des politischen Abgrunds brachte. Jede neue linke Partei wird

entweder mit der Zeit von diesen gesellschaftlichen Bedingungen aufgesogen, sofern sie nicht von einem Aufschwung sozialer Bewegungen getragen wird und ein marxistisches Fundament besitzt.

Die Debatte um die neue Linkspartei setzen wir in diesem Heft fort. Trotz aller Vorbehalte rufen wir zu ihrer Wahl auf, sind doch in ihren Reihen der größte Teil der noch verbliebenen Sozialisten und Marxisten

**„Wir bekennen uns zur besonderen Verantwortung gegenüber den Schwächeren in unserer Gesellschaft. Deswegen wollen wir im Rahmen der Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe keine Absenkung der zukünftigen Leistungen auf Sozialhilfeniveau.“**

*SPD Wahlprogramm 2002*

in Deutschland tätig. Wird auch der praktische Einfluß einer Fraktion der Linkspartei im Bundestag sehr beschränkt sein, so steht für Marxisten die alte Aufgabe, das Parlament als Bühne der Agitation zu nutzen, manches aufzudecken und die Verbindungen



und Klassenherrschaft herauszustellen. Die neue Linkspartei, deren WASG-Flügel nur wenig avantgardistisches an sich hat, wird ihrem Anspruch jedoch nur dann gerecht, wenn sie die parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit verbindet und den sozialen Widerstand unterstützt. Die PDS hat in der Vergangenheit

immer wieder linke Wähler enttäuscht, sei es durch ihre Koalitionspolitik in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, ihre Gewerkschaftspolitik und in der Kriegsfrage (Claus). Unter Mißachtung der innerparteilichen Demokratie ist die PDS immer weiter nach rechts abgewandert. Auch die Struktur der WASG gibt da zu wenig Hoffnung Anlaß. So haben wir keine Illusionen, können aber andererseits auch nicht übersehen,

daß die Linke in Deutschland durch die Gründung der Linkspartei neue Impulse erhalten hat, und manche sich wieder aktivieren ließen. Unter den Kandidaten der Parteien befindet sich auch eine Anzahl Aktivisten der gesellschaftlichen Bewegungen. Selbst DKP-Kandidaten fanden ihren Platz im Bündnis. Bereits schon die Gründung der Linkspartei und ihre ansehnlichen Umfragewerte strahlten auf die neoliberalen Parteien aus und zwangen sie zu - zumindest verbalen - Modifizierungen im sozialen Bereich. Müntefering inszenierte eine Kapitalismuskritik, die - wie gewollt - dann bei der Verteufelung der „Heuschrecken“ stecken blieb. Es ist notwendig, daß die revolutionäre Linke nach der Wahl den neuen Parlamentariern der Linkspartei entsprechenden Beistand und Anregungen gibt - und wenn notwendig auch gehörig Pfeffer!

Wer sich nicht an der Wahl beteiligt, unterstützt die Rechten und die noch weiter rechts stehenden politischen Kräfte. Wir haben - besonders in sozialer Hinsicht - immer noch viel zu verlieren.

Sozialismus steht nicht morgen und nicht übermorgen auf der Tagesordnung. Auf Grund der Schwäche der Linken bleibt uns nur Verteidigung gegen die sozialen und gesellschaftlichen Angriffe mit denen, die dazu bereit sind und darunter sind auch viele Mitstreiter in der Linkspartei. Unsere Hauptaufgaben, Klassenbewusstsein zu fördern und den Kampf gegen das System theoretisch zu begründen, bleiben davon unberührt.

# Vorzüge und doppeltes Gesicht der neuen Linkspartei

**M**it ihrem Entscheid vom 22. 5. 2005, das SPD-Debakel in Nordrhein-Westfalen am selben Tag mit vorgezogenen Bundesneuwahlen noch in diesem Jahr zu kontern, versetzten Kanzler Schröder und Vorsitzender Müntefering nicht nur die eigene geschlagene Partei, sondern das ganze Parteiensystem in Bewegung. Der grüne Partner erboste sich darüber, bei dem Coup übergangen worden zu sein. Gleich den SPD-Apparatschiks strickte er dann an einer Wahlprogrammatische, welche neoliberale Politik fortzusetzen verspricht, sie aber als sozial kaschiert. Die über ihre Aussicht auf den Kanzlerposten erfreute karrieretüchtige einstige FDJ-Funktionärin Merkel hielt inhaltsarme forsche Reden. Sie bangte darum, andere Unionsführer, Unternehmerverbände und die FDP könnten ihr zu viele unpopuläre Kahlschlagsprojekte aufladen, folgte aber den „Ratgebern“ mit einem noch härteren gewerkschaftsfeindlichen Sozialabbauprogramm, das zusätzlich die Erhöhung der Mehrwertsteuer vorsieht. Alle Etablierten aber regten sich über das Entstehen einer neuen linken Partei aus PDS und Wahlalternative auf, weil diese erstmals wieder Opposition in den Bundestag bringen und das politische System der BRD verändern könnte.

Der Partei ist folgender Beitrag gewidmet. Eine Darstellung ihrer Komponenten PDS und WASG lässt erkennen, was von ihr zu erhoffen, eventuell aber auch zu befürchten ist.

## 15 Jahre PDS

Die Partei des Demokratischen Sozialismus, mit 60 000 Mitgliedern Anfang 2005 die zahlenmäßig stärkere Kraft im anvisierten Bündnis, war zur Jahreswende 1989/90 als Resultat energischen Aufbegehrens weiter

Bevölkerungskreise der DDR gegen den Kurs der ihnen oktroyierten Führung entstanden. Das poststalinistische System war desolat und morsch. Daher konnte die SED-Spitze unter Egon Krenz in einem Monat von der innerparteilichen Opposition gestürzt werden. Diese erwirkte einen Sonderparteitag, der außer einer neuen Führung unter Rechtsanwalt Gregor Gysi die Umbenennung in SED-PDS und andere bemerkenswerte Neuerungen zustande brachte: die



Abkehr vom Stalinismus als System, Hinwendung zum bisher streng verpönten demokratischen Sozialismus und ein Statut, mit dessen Hilfe das autoritär-bürokratische innerparteiliche Regime durch ein demokratisches ersetzt werden konnte. Die neue Führung verzichtete auf fast das ganze SED-Vermögen und alle Instrumente direkten Einflusses auf den Staat. Das politische Ziel, ein reformiertes, auf dem Weg zum Sozialismus befindliches Land, wurde nicht erreicht, da die kapitalistische Bundesrepublik die DDR per Anschluss liquidierte.

Die erste Etappe des weiteren Weges der Partei, die seit 4. 2. 1990 nur noch PDS hieß, war mit ihrem Überlebenskampf ausgefüllt. Gegnerische Staats- und Parteinstanzen ließen alle Minen springen, um der unerwünschten Konkurrenz das Lebenslicht auszublenden. Als Geschosse dienten ausgewählte und zweckentsprechend interpretierte Akten

des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit, mit denen führende Politiker der PDS, vor allem Gysi, gerichtlichen und außergerichtlichen Prüfungen unterworfen und diskreditiert werden sollten, wobei der Genannte zum Leidwesen seiner Widersacher alle Prüfungen bestand. Dazu kamen finanzpolitische Granaten. Indem sie der Partei zeitweise den Geldhahn sperrten und zugleich enorm hohe illegale Steuerforderungen stellten, versuchten staatliche Instanzen die

PDS in den Bankrott zu treiben. Zusätzlich machten ihr reaktionäre Politiker, übergelaufene ehemalige DDR-Bürgerrechtler und das Gros der Medien die Hölle heiß. Obwohl die Milliardenwerte der SED längst entschädigungslos enteignet und nicht der PDS zugeflossen waren, dienen sie deren Widersachern bis heute als Propagandaargument. Auf dem Höhepunkt der feindlichen Offensive setzte sich die Partei mit Hungerstreik

und Straßendemonstration zur Wehr.

Ungeachtet ihrer Eingespanntheit in den Überlebenskampf leistete die PDS in ihrer ersten Entwicklungsstufe bis 1994 exzellente Parteiarbeit. Sie trug zur Abwehr von Vernichtungsaktionen gegen DDR-Betriebe, so den Thomas-Müntzer-Kalischacht in Bischofferode, und gegen die kollektive Ausgrenzung „staatsnaher“ Angehöriger der Intelligenz, gegen deren Entlassung und Bestrafung mit Niedrigrenten bei. Als einzige unter den Vertretern ehemaliger Blockparteien durchforschten PDS-Genossen die SED- und DDR-Geschichte und setzten sich dabei mit alten wie neuen Fälschungen auseinander. Auf politischem Gebiet gelang es der Partei, den bis 1992/93 dauernden Abwärtstrend bei Wahlen zu überwinden und 1994 dank Berliner Direktmandaten mit 30 statt vorher 15 Abgeordneten in den 13. Deutschen Bundestag einzuziehen. Zu ihren Abgeordneten gehörten nun

der parlamentarische Alterspräsident Stefan Heym, sein Schriftstellerkollege Gerhard Zwerenz und Heinrich Graf Einsiedel. In Sachsen-Anhalt war inzwischen eine PDS-tolerierte Minderheitsregierung aus SPD und Grünen entstanden.

Ein wichtiger innerparteilicher Vorgang war die erste Tagung des 3. Bundesparteitags im Januar 1993 in Berlin. Nach vorangegangenen Angriffen und Unterminiermanövern stalinistischer wie rechter Gegner eines demokratischen Sozialismus wurde dort ein diesem Sozialismus gemäÙes Parteiprogramm durchgesetzt. Zum neuen Vorsitzenden wählte der Parteitag den integrativen Lothar Bisky. Gysi blieb Parlamentsführer.

Solide Parteiarbeit wurde auch in der zweiten Entwicklungsstufe der PDS ab 1994/95 geleistet. Von Vorteil war die auf kommunaler Ebene. Doch hielten manche Kommunalpolitiker und Funktionäre regionaler Unternehmerverbände um der „Volksverbundenheit“ willen einen opportunistischen Kurs. Damit „Ruhe und Ordnung“ erhalten blieben, traten sie der autonomen Antifa entgegen, wenn diese auf der Straße Neonazis Paroli bieten wollte, und begünstigten gleich Polizei und Gerichten Letztgenannte. Andere Parteifunktionäre propagierten unter Anwendung neoliberalen Vokabulars die Senkung von Lohnnebenkosten und Sozialleistungen zugunsten des „Standorts Deutschland“. In der „hohen Politik“ schlugen Bisky, Gysi und ihre Freunde – prononciert während der ersten Tagung des 4. Parteitags im Januar 1995 – einen prosozialdemokratischen Kurs ein, um zur Überwindung konservativer Hegemonie ein Reformbündnis mit der SPD zu schließen, die hierzu aber nicht bereit war. Im November 1994 stimmte die Bundesvorstandsmehrheit Thesen zum weiteren Weg der PDS zu, die gegen „vereinfachtes Denken in den Kategorien Klassenkampf oder Sozialpartnerschaft“ gerichtet waren und Gysis Forderung nach einem „neuen Gesellschaftsvertrag“ unterstützten. Dem traten 38 Parteiintellektuelle, darunter Uwe-Jens Heuer, Michael Benjamin (Kommunistische Plattform) und der „Trotzkist“ Winfried Wolf, am 18. 5. 1995 in einer Anzeige im „Neuen Deutschland“ entgegen.

Sie trug den Titel „Mit großer Sorge“ und schlug aus richtigen wie unrichtigen Erwägungen Alarm. Die Parteiführung reagierte hysterisch. Nach z. T. heftigem Streit schlossen die Autoren der Anzeige sich mit ähnlich Gesinnten zum Marxistischen Forum (MF) zusammen, das gleich der KPF politisch-ideologische Aufklärungsarbeit betrieb und rechten Positionen entgegentrat. Allerdings reichte das nicht aus, den von der Parteispitze geförderten Rechtstrend einzudämmen. Während PDS-Vordenker André Brie verlangte, die Partei „für Poststalinisten unerträglich“ zu machen, drängten die Landesvorsitzenden Helmut Holter und Roland Claus (Mecklenburg-Vorpommern resp. Sachsen-Anhalt) auf Umbildung in eine „linke Volkspartei“ und Regierungsbeteiligungen mit der SPD.

Die Erfurter Erklärung vom Januar 1997, ein Appell demokratisch gesinnter Bürger verschiedener Weltanschauungen und politischer Richtungen zum Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit, für Erhaltung des Sozialstaates und Einkommensumverteilung von oben nach unten, wurde von der Partei pflichtgemäß, doch ohne Nachdruck unterstützt. Ein gutes Jahr vorher hatten PDS-Bundestagsabgeordnete unter Federführung Andrea Lederers (bald verehelichte Gysi) erstmals gegen den bisherigen Grundkonsens unbedingter Kriegsgenossenschaft verstoßen. Sie regten Diskussionen darüber an, ob nicht ein Votum für den Einsatz militärischer Kräfte im UNO-Rahmen zur Friedenssicherung vertretbar wäre. Auf der zweiten Tagung des 4. Parteitags in Magdeburg wurde dieser Vorstoß durch Annahme eines gegenteiligen Antrags von Ludwig Elm und anderen MdB abgewehrt. Gysi und Dieter Klein versuchten danach mehrfach, den pazifistischen Konsens der PDS über ein prinzipielles Ja zu Militäraktionen der UN oder im Rahmen Westeuropas zu zerstören.

Die ostdeutsche Bevölkerung hatte an diesen Auseinandersetzungen keinen Anteil. Sie schätzte aber die Tätigkeit von PDS-Genossinnen und Genossen vor Ort, die Vertretung der Ostinteressen und antifaschistisch-demokratischer Prinzipien durch die Partei. Bei der Wahl zum 14. Deutschen Bundestag am 27. 9. 1998 errang die PDS bei einem Stim-

menanteil von 5,1 Prozent 30 Mandate, damit erstmals den Fraktionsstatus. Anfang November 1998 zog sie zum ersten Mal in eine SPD-geführte Landesregierung, die Mecklenburg-Vorpommerns, ein.

Bei richtiger Nutzung hätte dieser Einflusszuwachs es erleichtert, der 1998 auf Bundesebene installierten „rot-grünen“ Regierung Gerhard Schröders und Joseph Fischers wirksam entgegenzutreten, als sie Kurs auf den bisher massivsten Sozialstaatsabbau der BRD-Geschichte nahm, 1999 gegen Jugoslawien den ersten innereuropäischen Angriffskrieg seit 1945 vom Zaun brechen half und weitestgehend die imperialistische Weltmachtspolitik der USA unterstützte. Inzwischen wirkten sich jedoch korrumpierende Einflüsse der bürgerlichen Parlamentswirtschaft und etablierten „guten Gesellschaft“ negativ auf Amts- und Mandatsträger der PDS aus. In der dritten Entwicklungsphase der Partei begannen Letztgenannte gegen Teile der eigenen Mitglieder- und Wählerschaft Positionen der Herrschenden zu unterstützen. Manifest wurde das durch eine 1998 beginnende Serie öffentlicher Entschuldigungen, in der die PDS-Spitze Vorgänge wie die Invasion der ÆSSR 1968, die Vereinigung zur SED 1946 und den Mauerbau 1961 zum Anlass nahm, nicht etwa diese Ereignisse kritisch zu würdigen, sondern sie bei Übernahme der westlichen Diktion des kalten Krieges zu verfälschen. Das sollte Staatstreue zur AltBRD und damit „Regierungsfähigkeit“ beweisen. Parallel hierzu wirkten Ideologen um Gysi auf ein neues Parteiprogramm hin, das Anleihen an die bürgerliche Modernetheorie damit verband, die Zielvorstellung einer sozialistischen Gesellschaft durch die demokratischen Mitwirkens innerhalb der kapitalistischen zu ersetzen. Auf Länderebene waren PDS-Vertreter in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern daran beteiligt, soziale Existenzbedingungen der Massen zu verschlechtern. Gysi nahm die von einer CDU-SPD-Koalition in Berlin verursachte Schuldenmisere und den dadurch bedingten Ausstieg der CDU aus dem Senat zum Anlass, auch hier auf eine SPD-PDS-Regierung zu drängen.

Die Auseinandersetzung um das Ja oder Nein zu Militäraktionen erreichte bei der dritten Tagung des 4. Parteitags vom 7. bis 9. 4. 2000 in Münster ihren Gipfel. Gysis Vorschlag entsprechend beantragte der Bundesvorstand, Kapitel VII der UNO-Charta über das Recht des Sicherheitsrates zum Einsatz bewaffneter Kräfte nicht mehr abzulehnen, sondern den Parteivorstand von Fall zu Fall prüfen zu lassen, ob er dem Einsatz zustimmen wolle oder nicht. Den vorangegangenen, von der PDS bekämpften Kosovokrieg 1999 beurteilte er weiter negativ, aber wesentlich deshalb, weil er einer der NATO und nicht der Vereinten Nationen war. Die stellvertretende Bundesvorsitzende Sylvia-Yvonne Kaufmann verfocht einen von 100 Delegierten unterstützten Gegenantrag, weiter jede Teilnahme an Kriegseinsätzen zurückzuweisen. Der Parteitag nahm ihn mit 219 : 126 Stimmen an. Die meisten Mitglieder von Führung und Apparat zogen sich wutentbrannt zur Krisensitzung zurück. Darin erklärte ihnen Gysi, nach Kräften versucht zu haben, „den Deutschen die Angst vor der Linken zu nehmen“, die bundesdeutsche Gesellschaft nehme die PDS inzwischen zur Kenntnis, selbst die Vertreter der Industrie würden sich einem Dialog nicht verschließen – und jetzt dieser Beschluss gegen UNO-Einsätze. Für sich genommen sei es keine Katastrophe, „aber als Signal verheerend.“

Kern der vierten PDS-Geschichtsetappe ab 2000 war zunächst die Gegenoffensive von Vorstandsmehrheit und rechtem Parteiflügel nach Münster. Gysis Parole lautete, die Partei müsse rechtzeitig vor dem nächsten Bundestagswahlkampf einen Trennungsstrich gegenüber der „dogmatischen Linken“ ziehen: „Ein Fremdkörper wird bekanntlich isoliert und abgestoßen.“ Wenn die PDS ihm und seiner Gruppe nicht folge, werde sie als Ganzes zum Fremdkörper werden, und er werde ihr die Mitarbeit verweigern.

Teil der Gegenoffensive war das „Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus – Entwurf“, ein Werk der Brüder André und Michael Brie sowie Dieter Kleins, das Gabriele Zimmer, seit Oktober 2000 Biskys Nachfolgerin im Parteivorsitz, am 27. 4. 2001 der Presse übergab. Während

A. Brie es wegen angeblicher Übereinstimmung „mit den modernen Bedingungen der Gesellschaft“ lobte, meinte Klein in kühner Selbstüberhebung, hiermit mehr bei Marx als „alle deutschen sozialdemokratischen und kommunistischen Parteiprogramme seit 1848“, also auch das Erfurter Programm und das Spartakusprogramm Rosa Luxemburgs, zu sein. Gleich dem Godesberger SPD-Programm 1959 begann der Entwurf von 2001 mit keiner Gesellschaftsanalyse, sondern mit der abstrakten Zielangabe, dass man einen libertären, auf den Einzelnen bezogenen Sozialismus wolle und dazu sogenannte Freiheitsgüter, vom Kapitalismus unterscheidbare zivilisatorische Errungenschaften, anstrebe. Sozialismus sei eine historische Bewegung, die Macht- und Eigentumsverhältnisse so zu gestalten, „dass die Güter auch wirklich effektiv und umweltgerecht produziert werden und dass über sie solidarisch verfügt wird“. Primär sei die „reale Verfügung“ über das Eigentum an Produktionsmitteln, nicht aber (wie als Variante im 1993er Programm der PDS stand) seine Verwandlung in Gemeineigentum. Der Entwurf enthielt ferner den Satz: „Unternehmertum und betriebswirtschaftliches Gewinninteresse sind wichtige Bedingungen von Innovation und Effizienz.“ Er war als klares Bekenntnis zum kapitalistischen Wirtschaften der am meisten umstrittene, seit Anfang Mai 2001 mit einem „Entwurf II“ linksstehender Genossen die programmatische Auseinandersetzung begann. Die Parteiführung lehnte eine gleichberechtigte Behandlung beider Programmentwürfe ab. Die zweite Tagung des 7. Parteitags vom 6./7. 10 2001 in Dresden erklärte das Brie-Klein-Brie-Papier zum einzig diskussionswürdigen. In derselben Tagung qualifizierte Gysi eine Erklärung des Landesvorstandes Hamburg, für die Anschläge am 11. 9. in New York und Washington sei US-Staatsterror gegen andere Länder mitverantwortlich, als „Häme“ ab.

Das Hauptinteresse galt damals den Vorgängen in Berlin, wo nach einer PDS-tolerierten Minderheitsregierung aus SPD und Grünen Wahlen bevorstanden. Gysi wünschte sich, „Regierender Bürgermeister einer kapitalistischen Metropole“ zu

werden. Dann könne er sofort den wirtschaftlichen Aufschwung installieren. Angesichts der dortigen Schuldenlast werde man ungeheuer aufpassen müssen, „dass eine... Konsolidierung nicht zu Lasten der sozial Schwächsten geht“. PDS-Mitgliedschaft im Senat hätte sonst keinen Sinn. Mit ihm aber sei der Abbau von Bildung, Kultur und Gesundheitswesen nicht zu befürchten.

Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus am 21. 10. 2001 sank der CDU-Anteil von 40,8 auf 23,7, der der SPD stieg von 22,4 auf 29,7 Prozent. Die Grünen bekamen 9,1 statt 9,9, die FDP 9,9 statt 2,2 und die PDS 22,6 statt vorher 17,7 Prozent. Im Westen Berlins erhielt die Partei erstmals mehr als 5, nämlich 6,9 Prozent.

Kanzler Schröder und die SPD setzten kurzzeitig auf ein Zusammengehen mit der PDS, dann auf eine Ampelkoalition aus SPD, Grünen und Freien Demokraten. Die PDS drohte nun mit so harter Opposition, dass der Kanzler 2002 die Bundestagswahl in Ostdeutschland verlieren könnte. In der Nacht zum 4. 12. brach die FDP die Verhandlungen mit fadenscheiniger Begründung ab. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) wandte sich Gysi als Partner zu. Nun überschlug sich die PDS beim Entgegenkommen. Erstens stimmte sie einer Koalitionsvereinbarung zu, die zu 90 Prozent von SPD, FDP und Grünen stammte. Das bedeutete, dass Kranke, Alte, Arme und allein Erziehende finanziell am härtesten durch Sparmaßnahmen betroffen würden. Gleichzeitig standen der Bau eines ausgedehnten Verkehrsflughafens Berlin-Brandenburg und von zehn 150 Meter hohen Häusern am Alexanderplatz auf dem Programm. Zweitens pflichtete die PDS einer vom SPD-Landesvorsitzenden Strieder und seinem Stellvertreter erarbeiteten Präambel bei, die besagte, allein die SED und teilweise die Sowjetunion seien von der „Zwangsvereinigung“ SPD-KPD über die Spaltung Berlins, den 17. Juni 1953 und den Mauerbau 1961 bis zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen an allem Bösen schuld, das sich zugezogen hatte. Gleichzeitig wurden die „besondere Verpflichtung Berlins... zu bundesfreundlichem Verhalten“ und seine Einbindung in die „westlichen Werte und das Atlanti-

sche Bündnis“ festgeschrieben, welch Letzteres dem NATO-Auflösung fordernden Programm der PDS widersprach. „Wir wollten das, was da steht“, verlautbarte PDS-Unterhändler Harald Wolf. Die Präambel war ein Höhepunkt an geschichtsverfälschendem Opportunismus. Das, was Gysi, Knake-Werner und Flierl Senatorenposten eintrug, stellte insgesamt eine vollendete Kapitulation vor dem Neoliberalismus dar. Sie war mit Lumperei an eigenen Wählern und Mitgliedern verbunden.

Was nunmehr unter „rot-roter Regie“ über die Stadt hereinbrach, war schlimmer als die Koalitionsvereinbarung. Es kam so, wie Gysi es als mit seiner Person unmöglich deklariert hatte. Erwähnt sei nur ein trauriger Höhepunkt: Am 9. 4. 2003 beschloss das Abgeordnetenhaus mit den Stimmen von SPD und PDS (ausgenommen Freke Over), den Senat zu ermächtigen, mit 21,6 Mrd. € in 30 Jahren für Risiken der privaten Bankgesellschaft Berlin – Resultate ihrer Schwindelgeschäfte und Schlampereien - zu haften. Harald Wolf bewertete Kritiker hieran als Jammerlappen.

Ein anderer Held der PDS, der Landesvorsitzende in Sachsen-Anhalt und nunmehrige Parlamentarische Geschäftsführer im Bundestag Roland Claus, putzte beim Besuch von USA-Präsident Bush in Berlin drei Kriegsgegner aus den eigenen Reihen herunter, die Bush und Kanzler Schröder am 23. 5. 2002 ein Transparent „Stop your wars“ entgegengehalten hatten. Eilfertig entschuldigte er sich beim obersten US-Kriegsverbrecher für den Protest. Zuvor und später bewährte sich Claus als falscher Prophet. Für die Zeit nach der Landtagswahl am 21. 4. in Sachsen-Anhalt setzte er auf Sieg und forderte das Ministerpräsidentenamt für sich. Zwar konnte die PDS ihren Wähleranteil halten, doch verlor der sozialdemokratische Partner die Wahl, so dass die CDU triumphierte. Zur Bundestagswahl am 22. 9. 2002 sagte Claus vorher: „Es ist völlig unvorstellbar, dass wir nicht in den Bundestag einziehen.“ Die PDS rutschte aber von 5,1 auf 4,0 Prozent ab. Sie wäre ohne ihre Direktkandidatinnen Pau und Löttsch tatsächlich nicht mehr im Zentralparlament vertreten gewesen. Ihre höchsten Verluste erlitt die Partei dort, wo sie mitregiert oder toleriert hatte.

Wodurch die schwere Niederlage verursacht war, lag auf der Hand: Vor allem durch das neoliberale Mitregieren und Tolerieren, das mit dem Bruch eigener Wahlversprechen und Programmpunkte verbunden war und die PDS auf die andere Seite der Barrikade beförderte, aber auch durch fortgesetztes Anbieten an die SPD. Es lag in geringerem Maße am plötzlichen Abgang Gysis als Wirtschaftssenator, nachdem aufgedeckt worden war, dass er seinen Abgeordnetenbonus mit für private Flugreisen benutzt hatte. Neben dem trostlosen Wahlkampf trug das Mobbing dreier Angehöriger des auf Plakaten abgebildeten Vierergespans, von Pau, Claus und Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch, gegen den vierten, Gaby Zimmer, zum Debakel bei.

Der 8. Bundesparteitag am 12./13. 10. 2002 in Gera zu Beginn der fünften Entwicklungsetappe der PDS hätte einen progressiven Wandel einleiten können. Er tat es nicht. Zwar fanden Parteimitte und Linke zusammen, um einen weiteren Streich der Parteirechten zu vereiteln: die Abstempelung Zimmers zum Sündenbock und ihre Ablösung durch Bartsch oder Claus. Die Vorsitzende nutzte die sich durch den Parteitag ergebende Chance und rächte sich, indem sie ihre Rede mit Wahrheiten wie diesen anreicherte: „Bedingungslose Regierungsbeteiligung, bedingungsloses Tolerieren, Zustimmung um jeden Preis – das ist Opportunismus!“ Auch sei nicht mehr hinnehmbar, „dass unsere Politik immer weniger aus der Partei heraus entsteht und in die Öffentlichkeit gelangt, sondern immer mehr aus informellen Strukturen oder aus den Fraktionen. Das ist eine verhängnisvolle Entwicklung in unserer Partei seit mehreren Jahren.“ Ein Vorkämpfer der Rechten stellte Zimmers Absage an den Opportunismus mit der Sozialfaschismusthese auf eine Stufe. Der Parteitag aber verabschiedete mit 256 : 125 Stimmen Zimmers zuvor vom Bundesvorstand verworfenen Leitantrag mit dem Titel „Kein weiter so. Zukunft durch Erneuerung“. Im neuen Vorstand waren keine direkten Anhänger von Bartsch, Claus und Pau vertreten, sie selber auch nicht. Das aber deshalb, weil sie auf Boykottkurs gegangen waren und die Mitarbeit verweigerten. Hineingewählt wur-

den Anhänger Zimmers sowie die Linken Sahra Wagenknecht und Dorothee Menzner.

Während Mitte-Links sich mit dem Erreichten zufrieden gab, holte die Parteirechte zu Gegenschlägen bis zum Putsch aus. Als erstes nutzte sie die sogenannte Wachbuchaffäre, die dadurch entstanden war, dass der stellvertretende Bundesvorsitzende Diether Dehm, ein Anhänger Zimmers, am 13. 10. den Wachhabenden im Karl-Liebke-Haus gesagt haben soll, sie möchten darauf achten, dass Ex-Geschäftsführer Bartsch keine Papiere aus seinem bisherigen Büro mitnehme. Belegt ist diese Anweisung, die Dehm bestritt, lediglich durch einen späteren Wachbucheintrag. André Brie aber ließ seine Freunde und die bürgerliche Presse schriftlich wissen, es sei „die schmutzigste und für den Zustand der Partei gefährlichste Intrige“; ein Sonderparteitag gegen Dehm müsse her. Die Vorsitzende und ihr Stellvertreter Peter Porsch suspendierten diesen hierauf solange, bis ihn die Rechte wieder arbeiten ließ.

Eine weitere Methode war öffentliche Herabwürdigung der neuen Vorstandsmitglieder durch Gysi, der ihnen vorwarf, mangels Leistungsträgern „keine wirkliche Führung“ zu sein. Ex-Apparatschik Thomas Falkner machte in der PDS „totalitäre Züge“ aus: Kein Wunder, „wenn der Verfassungsschutz sich der Partei annimmt“. Die nach rechts driftende Sylvia-Yvonne Kaufmann initiierte ein Netzwerk der „Reformlinken“, wie sich die Parteirechte nun nannte. Zugleich tat Zimmer ihre Bereitschaft kund, zu früheren Freunden zurückzukehren und Reue zu bezeigen. In Pressekonferenzen klagte sie Dehm und den neuen Bundesgeschäftsführer Uwe Hixsch, die an der Gera-Linie festhielten, des Intrigantentums an, drängte sie aus der Parteispitze und isolierte sie. Andererseits traf sie mit einem von Brandenburgs Vorsitzendem Ralf Christoffers berufenen Gremium zusammen, das aus führenden Landespolitikern Ostdeutschlands, Zimmer ergebenen Vorstandsmitgliedern, beiden Bundestagsabgeordneten, den Parteiratssprechern sowie „in Regierungsverantwortung Stehenden“, später auch aus einigen westdeutschen Landeschefs bestand. Legiti-

miert von niemand, ersetzte es zeitweise den von der Vorsitzenden wegen Dehm und Hixsch als Ganzes lahmgelegten Bundesvorstand und bereitete einen Sonderparteitag zur „Säuberung“ der PDS noch vor dem angesetzten Programmparteitag vor. Am 7. 5. gab Zimmer ihre „ganz persönliche Entscheidung“ bekannt, nicht wieder für den Vorsitz zu kandidieren. Bei der nächsten Zusammenkunft des Gremiums erklärte sich Bisky zu erneuter Übernahme des Postens bereit.

Auch Gysi hatte mittlerweile gegen die „eisernen Machttaktiker“ Dehm/Hixsch Front gemacht und verlangt, die Partei müsse sich „von Scharlatanerie und Schaumschlägereien“ befreien. Gleichzeitig rechtfertigte er die weitere Mitarbeit am Sozialstaatsabbau in Berlin: Die SPD habe Mut bewiesen, indem sie die PDS mitregieren ließ; dafür müsse diese „ein bisschen Dankbarkeit zeigen“.

Die am 2. 6. 2003 eröffnete Kampagne Biskys und Zimmers für den Sonderparteitag stand unter dem

Motto „Vorwärts, zurück in die Politik“ und „Neustart“. Zimmer behauptete, die Parteikrise sei durch von der Linken geschürte „Lagerkämpfe“ entstanden und Gera der „Absturz in die kulturelle Barbarei“ gewesen. Bisky stellte sich als Vertreter einer „demokratisch-sozialistischen Grundströmung“ in der PDS vor.

Die Außerordentliche Tagung des 8. Bundesparteitags kam am 28./29. 6. 2003 im Berlin-Kreuzberger Tempodrom zustande. Viele Delegierte waren durch die von Parteioberen heraufbeschworene angebliche Spaltungsgefahr erschreckt und auf Einheit gleich wie und für wen eingestimmt. Berlins Landesvorsitzender Liebich verlangte für sich und die PDS-Senatoren weitest gehende Freiheit von Kritik. Bei der Vorstandswahl wurde in der Regel nach Biskys Vorgaben verfahren. Seine Kandidaten kamen sämtlich in den engeren Vorstand. Außerplanmäßig und unverhofft wurde Wagenknecht Vorstandsmitglied.

Für den noch ausstehenden Programmparteitag legten Brie-Klein-Brie einen zusammen mit vier neu hinzugezogenen Autoren, darunter Klaus Höpcke, überarbeiteten Entwurf ihres Papiers vor. Darin waren alle wesentlichen früheren Passagen erhalten geblieben. Es fehlten aber provokante, bisher heftig kritisierte Aussagen wie die zum „Moderne-Konzept“. Gleichzeitig wurde der Kapitalismus weniger wohlwollend beschrieben und auf Grundgesetz-Artikel 15 betreffend Vergesellschaftung von Privateigentum verwiesen. Die Programmkommission fügte dem das Nein zu allen imperialistischen Bestrebungen der BRD hinzu. Der Bundesvorstand strich es wieder weg und brachte eine Gysi genehme Absage an „Nichtachtung und Missachtung des internationalen Gewaltmonopols des Sicherheitsrates“ in den Text hinein. Bisky und seine Stellvertreter Kipping und Methling machten sich für Annahme des Papiers selbst unter der Bedingung stark, dass sich die Linke deshalb von der Partei verabschieden würde. Am letzten Wochenende vor dem Parteitag ging aber der Bundesvorstand nochmals an den Entwurf heran, wobei er die falsche Behauptung vom „UNO-Gewaltmonopol“ tigte.

Auch wegen solcher Zugeständnisse, vor allem aber dank wachsender Kampfunfähigkeit der Linken ging die zweite Tagung des 8. Bundesparteitags am 25./26. 10. 2003 in Chemnitz reibungslos vonstatten. Der weiter wesentlich der Brie-Klein-Brie-Vorlage entsprechende Programmtext wurde mit 333 : 18 Stimmen bei acht Enthaltungen akzeptiert. Zuvor hatte Wagenknecht mit einer Stimme Mehrheit die Forderung nach gewerkschaftlicher und staatlicher Wirtschaftskontrolle durchgedrückt, wodurch der Satz vom Segen unternehmerischen Handelns weiter relativiert wurde. Die Vorsitzende der Programmkommission Zimmer trat erneut für ein Mitte-Links-Bündnis mit der Partei des „Genossen der Bosse“ Schröder ein. Eine Resolution voll scharfer Kritik am Regierungskurs stand im Gegensatz dazu.

Genau wie in der SPD und bei den Grünen, war die Linke auch in der PDS so gut wie tot. Die KPF gelobte, in der Partei zu bleiben, obwohl diese den Sozialismus als eigene Gesellschaftsordnung nicht mehr anstrebe und ihr der demokratische Sozialismus nur noch eine Metapher für „humanen Kapitalismus“ sei. Höpcke forderte bei einem Treffen Linker mit der Mitte: „Keine Spielchen nach dem Motto: Wir sind die besseren Linken.“ Ein Treffen des Geraer Dialogs erbrachte den Namenszusatz „Sozialistischer Dialog“ und den Entschid, in der PDS auszuharren, obwohl deren Führung fast alle von ihr gewünschten Programmkorrekturen durchgesetzt bzw. in ihrem Sinne auslegbare Versionen erwirkt habe. Auf den Zusammenschluss der Linken zur Strömung oder Fraktion zu dem Zweck, Kräfte zu bündeln, wurde verzichtet. Winfried Wolf verließ am 21. 5. 2004 die Partei.

Obwohl die PDS damals schon vom fortschreitenden Verfall der SPD profitierte, trat Bisky am 8. 12. 2003 nochmals für deren Unterstützung ein, denn man dürfe „jetzt nicht nur an die eigene Partei denken“. Die PDS Mecklenburg-Vorpommerns begann unterdessen Opposition gegen SPD-Ministerpräsident Ringstorff zu treiben. Thüringens Landesvorsitzender Hausold polemisierte gegen die im Überbietungswettbewerb zwischen SPD und CDU beim Sozialabbau er-

Anzeige

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE  
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

express

In akt. Ausgabe (8/05) u.a.:

- ◆ Willi Kaufmann: »Teuer streiken statt billig fliegen«, zum Streik auf dem Flughafen Heathrow
- ◆ Rolf Engelke: »Fliegen um jeden Preis?«, über die Einkehr kapitalistischer Normalität im Edel-Business
- ◆ Martin Hantke: »(Ver)fassungslos in Europa«, zur EU-Verfassung und Grundrechtecharta
- ◆ Willi Hajek: »Solidarność in St. Nazaire«, über widerständige »Fremdarbeiter« und ihren Kampf gegen Lohnraub durch Alstom-Zulieferer
- ◆ Kim Moody: »Ersatz für's Organizing?«, welche Fusionen sind sinnvoll?
- ◆ Bill Fletcher, Jr.: »Einen entgleisten Zug manövrieren«, mehr heiße Luft als Durchblick in AFL-CIO
- ◆ »Lidl zum Zweiten«, Filialenschließung wg. Warnstreik

- Ich möchte ein Probeexemplar
- Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben für 10 Euro (gg. Vvk.)

PF 10 20 62 - 63020 OFFENBACH  
Tel. (069) 88 50 06 - Fax (069) 82 11 16  
Email: express-afp@t-online.de



reichte „Schröder-Merkel-Agenda“. Er forderte, Reiche und Konzerne stärker heranzuziehen, kleine und mittlere Einkommen aber zu entlasten. Urplötzlich empfand selbst Bisky über den unveränderten Kurs der SPD „Entsetzen und Erschrecken“. Er ließ an einer Autobahnbrücke ein Spruchband befestigen, auf dem stand: „Gerhard, haste Mut? Belaste die Reichen!“ Beim Europaparteitag, der dritten Tagung des 8. Parteitags am 31. 1./1. 2. 2004 in Berlin, raffte sich der Vorsitzende zu einer gängiger PDS-Politik entgegengesetzten Feststellung auf, allerdings nur im nicht-verlesenen Teil seiner Rede: „Ein Mitregieren um jeden Preis wird es nicht geben. Ich habe überhaupt kein Problem damit, dann aus Regierungen auszusteigen.“ Das Gerangel um Plätze auf der Kandidatenliste zur EP-Wahl brachte insofern eine Überraschung, als die Besetzung der Listenplätze eins bis sechs, die Bisky ausschließlich Leuten seiner Richtung vorbehielt, durch die Wahl Tobias Pflügers und Sahra Wagenknechts auf Platz 4 bzw. 5 korrigiert wurde.

Generell entsprach die PDS-Politik weiter Anforderungen des herrschenden Systems. Eine Umfrage unter ihren Parlamentsvertretern ergab, dass 58 Prozent, sechs mehr als bei den Sozialdemokraten, für weitere Einschränkungen zu Lasten der Bürger waren. Zwar nahmen an den Anti-Hartz-Demonstrationen ab Juli 2004 kurzzeitig Gysi und der Berliner Landesvorsitzende Stefan Liebich teil, nicht aber Heidi Knake-Werner, welche fand, dass dies „nicht mein Part als Sozialsenatorin“ sei. Für die von ihr, H. Wolf und dem Schweriner Arbeitsminister Helmut Holter praktizierte Hilfe beim Exekutieren der Hartz-Gesetze verwandte sich Parteichef Bisky mit dem Zusatz, es müsse aber „mit großer Menschlichkeit“ geschehen. Gemeinsam mit der SPD stimmte die PDS am 18. 3. 2004 im Berliner Abgeordnetenhaus für den Doppelhaushalt 2004/2005. Er bedeutete Verringerung der Bezüge im Öffentlichen Dienst um 10 Prozent, Zunahme der Wasserpreise und ein Ende der Gehaltszahlungen an die Berliner Symphoniker. Die „Initiative Volksbegehren Soziales Berlin“ um Michael Prütz bescheinigte der PDS-Fraktion, auf der Gegenseite zu

stehen. Im September entschied sich die Berliner PDS dafür, die Koalition mit der SPD nach 2006 fortzusetzen. Während die Partei in Mecklenburg-Vorpommern im Mai 2005 gegen die neoliberal-militaristische neue EU-Verfassung stimmte und Ministerpräsident Ringstorff zwang, diese im Bundesrat abzulehnen, sagten die PDS-Senatoren in Berlin formell zwar ebenfalls Nein, gestatteten aber Wowerit das Ja in der Ländervertretung.

Inzwischen hatte die PDS dank fortschreitenden SPD-Verfalls erstmals wieder Wahlerfolge errungen. Am 13. 6. 2004 brachte sie es bei der Europawahl von 5,8 auf 6,1, in der Thüringer Landtagswahl von 21,3 auf 23,2 Prozent. Bei Kommunalwahlen in Thüringen am 27. 6. stieg ihr Anteil von 17,9 auf 24,6 Prozent und übertraf den der SPD. Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg am 19. 9. ergaben einen Zuwachs von 22,2 auf 23,2 resp. 23,3 auf 28 Prozent. Gysi und Bisky traten in den Wahlkämpfen für Schonung der SPD und späteren Eintritt in von ihr geführte Regierungen ein. Die Sozialdemokraten, so Gysi, wüssten aus Erfahrungen in Berlin, dass die PDS loyal und bereit sei, „unangenehme Dinge“ mitzutragen. Im Notfall sei aber auch das Kooperieren mit der CDU möglich.

Die erste Tagung des 9. Bundestags der PDS am 30./31. 10. 2004 in Potsdam verlief harmonisch. Vom vormals häufig kritischen Ehrenvorsitzenden Hans Modrow unterstützt, wurde Bisky mit 89,9 Prozent, zwölf mehr als 2003, im Amt bestätigt. Ein neuer starker Mann der Partei, Thüringens Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow, schlug vor, auch die unbeliebtesten unter den Verursachern des Debakels von 2002, Bartsch und Claus, wieder in die Parteispitze aufzunehmen. Kritik Ellen Brombachers (KPF) am asozialen Kurs der Berliner Koalition wurde von Senatorin Knake-Werner mit dem Satz gekontert: „Für uns in der Regierung steht das Ringen um soziale und menschlichere Regelungen an.“ Der Titel des Leitartikels lautete: „Für eine starke PDS: Sozial, mit aller Kraft! Als sozialistische Partei 2006 in den Deutschen Bundestag“. MdB Löttsch und zwölf weitere Delegierte beantragten, den am 29. 10. unterfertigten Vertrag über die neue EU-Verfassung zurückzu-

weisen, weil sein Ziel die weitere Militarisierung der Union bis zur globalen Kriegsführungsfähigkeit und die Erhebung des Neoliberalismus in Verfassungsrang sei. Das wurde angenommen, allerdings stimmte ein gutes Drittel der Delegierten dagegen oder enthielt sich. MdEP Kaufmann versprach, die „strategisch falsche Entscheidung“ zu akzeptieren, doch müsse weiter darüber diskutiert werden. Das tat sie auch zusammen mit Vertretern anderer Bundestagsparteien. Nach Ablehnung der Verfassung in Frankreich und den Niederlanden am 29. 5. bzw. 2. 6. hielt sie weiter an ihrer prinzipiellen Zustimmung fest und begründete das mit den Worten, die PDS müsse entscheiden, „ob sie sich in den Traditionen der KPD bewegt, die das Grundgesetz ablehnte und sich damit ins gesellschaftliche Abseits katapultierte“. Tatsächlich war auch die CSU gegen das GG gewesen und der „Gesellschaft“ erhalten geblieben, erklärte sich das Dahinschrumpfen der KPD nicht aus dem Nein von 1949, sondern daraus, dass sie am Stalinismus festhielt und deshalb keinen Massenanhang gewann.

Ich breche hier die Darstellung des PDS-Weges ab. Einschlägige Vorgänge von 2005 sind aufs engste mit dem Ringen um ein linkes Bündnis verknüpft, das gleich geschildert werden soll. Das bisher behandelte Material reicht zu folgenden Thesen:

1. Nach ihrer Entwicklung in den ersten Jahren, die trotz mancher Widerstände vorwiegend im demokratisch-sozialistischen Sinne verlief, wich die PDS ihrer Führung folgend immer mehr von dieser Linie ab. Sie verwandelte sich in eine nicht-sozialistische, mäßig demokratische, betont staatserhaltende BRD-Partei.
2. Neben ständigem Druck des bürgerlich-parlamentarischen Systems und seinen Verlockungen für viele Amts- und Mandatsträger war dies gewandelten Zielsetzungen der führenden Politiker, aber auch eines Großteils der Mitglieder und Sympathisanten geschuldet, die sich bestmöglich im System einrichten wollten. Auf dem vom ursprünglichen Weg abführenden Pfad folgte die PDS SPD und

Grünen. Auch sie wandte dabei autoritäre und antidemokratische Mittel an. Neben politischer Beliebtheit der Partei waren Abneigung ihr gegenüber und die Vergrößerung des Nichtwählerlagers auch aus dem PDS-Potential die Folge.

3. Die Parteilinke war außerstande, die Entwicklung aufzuhalten. Sie überwand weder Unstimmigkeiten und Gegensätze untereinander, noch vermochte sie ein Minimum an Kampfgemeinschaft gegenüber der innerparteilichen Rechten herzustellen. Bei wenigen Ausnahmen fand sie sich mit den Gegebenheiten ab und blieb in der Partei, Weg und Ziel der Führung ungewollt weiter unterstützend.

### Anderthalb Jahre WASG

Am 12. bzw. 15. 3. 2004 traten per Internet zwei Wahlalternativen ins Leben – die von süddeutschen Gewerkschaftsfunktionären geleitete „Initiative für Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ (ASG) um Klaus Ernst und die der Berliner Autoren des Appells „Für eine wahlpolitische Alternative“. In der Berliner Humboldt-Universität hatten sie am 13. 5. ihre erste gemeinsame Veranstaltung, am 20. 6. eine Bundesweite Konferenz. Am 3./4. 7. wurde in Berlin der Verein „Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ (WASG) samt Satzung und Programmentwurf aus der Taufe gehoben. Letzgenannter ist kaum diskutiert worden. Der Text blieb nach Erhebung zum Programm im Mai 2005 sowie im Wahlmanifest vom 3. 7. selben Jahres inhaltlich gleich. Es geht danach um Stärkung der Binnenwirtschaft und des öffentlichen Sektors, Rücknahme der Privatisierung von Unternehmen und Dienstleistungen, des Abbaus im Gesundheitswesen und bei den Renten, um einen Mindestlohn von 1400 € und die Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf 35 Wochenstunden. Der Finanzierung sollen die Wie-

dereinführung der Vermögenssteuer, ein Spitzensteuersatz von mindestens 47 Prozent und höhere Gewinnsteuern dienen. Außerdem fordert die WASG gleiche Rechtslagen für alle längerfristig in Deutschland Wohnenden und eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung. Sie wendet sich gegen eine europäische Militärmacht, gegen jede weitere Aufrüstung von NATO und Bundeswehr, gegen deren Einsatz zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen bzw. für einen „Krieg gegen den Terrorismus“. Sabine Lösing von Attac und Ver.di, seit Vereingründung im Geschäftsführenden Vorstand der WASG, bezeichnete das Programm als „im Kern refor-



mistisch... Es ist darauf gerichtet, die Folgen des Kapitalismus zu begrenzen und zu beherrschen.“ Allerdings könnten gegenwärtig auch bescheidene Forderungen systemsprengend wirken.

Die Wahlalternative begann, vor allem im Westen, Landesverbände zu gründen. Der Verfall der SPD war inzwischen weiter fortgeschritten. Als Folge der neoliberalen „Reformpolitik“ konnten ihn auch Wortkaskaden des Parteivorsitzenden Müntefering wider Arbeitsplätze verteilende kapitalistische „Heuschreckenschwärme“ nicht aufhalten. Manch bisheriges SPD-Mitglied ging zu den Genossen von der Wahlalternative. Über deren Wirken besorgt, attackierten SPD-Führer deren Gründer und warfen die Sozialdemokraten unter ihnen aus der Partei. Zudem ließen sie die neue Organisation observieren, warnten schriftlich 12 000 Betriebsräte vor ihr und setzten die DGB-Gewerkschaften unter Druck,

damit sie ihr keine Logistik zur Verfügung stellten. Bei einem Treffen mit Gewerkschaftern und Betriebsräten, früheren und noch in der Partei befindlichen Sozialdemokraten Ende Juli 2004 in Nürnberg fand das Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der WASG Klaus Ernst, 1. Bevollmächtigter der IG-Metall-Verwaltungsstelle in Schweinfurt, großen Anklang mit seiner Polemik gegen Schröder und Müntefering. Er sagte: „Dass ausgerechnet die Sozialdemokratie die Sozialsysteme zerschlägt, ist ein Skandal.“ Es sei, „als ob der Papst öffentlich zum Gruppensex aufruft“.

Während der ebenfalls in Nürnberg tagenden Bundesdelegiertenkonferenz am 20./21. 11. 2004 wurden der Vorstand und Ernst ihrerseits von WASG-Mitgliedern kritisiert. Der Bundesvorstand, hieß es, habe die Aufbruchstimmung vom Sommer „wegorganisiert“, weshalb den Protesten gegen Hartz IV kein heißer Herbst gefolgt wäre. Ernst bekam sein Fett weg, weil er über Marxisten und Kommunisten hergezogen war und sie gern aus dem Verein entfernt hätte, um diesen im sozialdemokratischen Lager zu halten.

In einer Urabstimmung der WASG entschieden sich von 4279 Teilnehmern 96,2 Prozent für den Übergang vom Vereins- zum Parteistatus. Der erste Bundesparteitag trat hierauf vom 6. bis 8. 5. 2005 in Dortmund zusammen. Er stimmte dem schon vorgestellten Programm zu und bestätigte den seit Juli des Vorjahrs bestehenden Geschäftsführenden Vorstand, dem neben Ernst und Lösing Thomas Händel, 1. Bevollmächtigter der IGM-Verwaltungsstelle Fürth, und Axel Troost, Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum-Gruppe) angehören. Als Quittung für seine gegen linke „Systemüberwinder“ gerichteten Attacken und die Aufforderung beim Parteitag, WASG-Mitglieder sollten „Rucksäcke“ aus alten Parteien stehen lassen und sich ganz „auf das Neue konzentrieren“, erhielt Ernst mit 56 Prozent die wenigsten Stimmen.

Die Zahl der Mitglieder betrug zu dieser Zeit 5400, 3800 andere blieben im zeitweise weiterexistierenden Verein. Der Kongress tagte in Nordrhein-Westfalen, weil dort am 22. 5. 2005 Landtagswahlen bevorstanden. Gegen Abraten „von oben“ hatte der Landesverband seine Teilnahme durchgesetzt. Bei der Wahl erzielte die WASG mit 181 806 Stimmen (2,2 Prozent) einen Achtungserfolg, während die SPD haushoch verlor und die PDS nur 0,9 (vorher 1,1) Prozent der Stimmen errang.

Die meisten Führer und viele Mitglieder der WASG sind Reformisten, die keine Partei links von der SPD haben wollten. Doch ist ihnen der neoliberale Crashkurs gegen den Sozialstaat zutiefst zuwider. Sie wollen ihn nach dem Rezept von Keynes überwinden. Dass hierfür keine Mittel vorhanden sind, wie analog zu den Neoliberalen manch vermeintlich Linker behauptet, trifft nicht zu. Tatsächlich wird der Reichtum in Deutschland zusammen mit der Zahl der Millionäre und Milliardäre, den Wasserköpfen hochbezahlter Politiker, Manager und Hochschullehrer usw. immer größer. Die von Troost und anderen vorgeschlagene Anwendung keynesianischer Methoden ist allerdings nur möglich, wenn eine starke politische Kraft dahinter steht. Die muss noch geschaffen werden.

Etliche Funktionäre der WASG, darunter Ernst, sind Gegner der Linken. Andere, oft gleichfalls sozialdemokratisch gesinnte Funktionäre und Mitglieder treten ihnen entgegen. Gegebenenfalls zu Rückziehern bereit, hat sich Klaus Ernst in der Praxis als Realist erwiesen.

Er und andere attackierten jene außerparlamentarischen Streiter aus den Reihen der Intelligenz in Berlin, die Studentenstreiks, das Sozialforum und die Initiative Berliner Bankenskandal organisierten. Im Februar 2004, einen Monat bevor in Süddeutschland Ernsts „Initiative für Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ (ASG) hervortrat, schlossen sie mit Funktionären von Ver.di ein Bündnis, das sich nun als regionale Wahlalternative verstand. Ernst nahm ihr übel, dass sie eigenständig Politik betrieb und einige ihrer Vertreter am Volksbegehren Soziales Berlin zur Ablösung des „rot-roten“ Senats mitwirkten, das später scheiterte. Statt dem

Wunsch der Berliner Aktiven nach baldiger offizieller Gründung eines Landesverbandes nachzukommen, zögerte der Bundesvorstand das hinaus. Der von ihm eingesetzte Landeskoordinator Lothar Nätebusch, Vorsitzender der IG Bau in Berlin, sollte Kurs und Aufbau des Verbandes bestimmen. Den Vertretern der Alternative erteilte Ernst bei einem Kurzbesuch von oben herab Instruktionen. Die Betroffenen, darunter Michael Prütz, antworteten am 27. 7. mit einem Brief, in dem sie dem BV „fehlende Transparenz und Demokratie verbunden mit massiven Ausgrenzungsversuchen... gegen unliebsame Diskussionsrichtungen“ bescheinigten. Zwei Tage später unterstützte der offene Arbeitsausschuss der Berliner WASG diesen Standpunkt. Er ließ sich weder einschüchtern noch „belehren“. Landeskoordinator Nätebusch vernachlässigte seine Pflichten. Andererseits warnte er schriftlich davor, dem Bundesvorstand nicht genehme Personen zu Teilnehmern einer WASG-Konferenz zu wählen. Vorstandsmitglied Ralf Krämer, Bundessekretär von Ver.di, beantragte seine Absetzung, drang aber damit nicht durch. Nach weiteren Ruhmespaten Nätebuschs wie dem Einstampfen eines ihm nicht gefallenden Extrablatts und sechs ungerechtfertigten Ausschlussanträgen jedoch war dessen Maß voll. Der Streit zwischen Bundesvorstandsmehrheit und Berlinern wurde für beigelegt erklärt. Das Volksbegehren gegen den Senat, hieß es nun, sei kein Bestandteil der WASG-Politik, doch bleibe es „selbstverständlich jedem Mitglied unbenommen, sich in Projekten außerhalb der Wahlalternative zu engagieren“.

Im Februar 2005 wandte sich Ernst in einem Brandbrief gleichermaßen gegen die Sozialistische Alternative (SAV) und den eigenen Bundesvorstand. Der SAV kreidete er ihre Gesinnung an, dem Vorstand mangelnden Kampfgeist, weil er nicht bereit war, satzungswidrig den Austritt von SAVlern, die innerhalb der WASG Ämter bekleideten oder auf deren Liste in NRW kandidierten, hier oder aus ihrer „trozkistischen“ Organisation zu erzwingen. Krämer protestierte in einem Offenen Brief mit dem Kernsatz: „Nicht diejenigen, die für Offenheit, Vielfalt und Demo-

kratie eintreten, verlassen den ursprünglichen Konsens zur Bildung der ‚Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit‘, sondern die, die administrativ ausgrenzen und die Kontrolle über die politische und personelle Entwicklung und Führung der Partei ausüben wollen.“ Ernst setzte sich auch diesmal nicht durch.

Auf das Konto des bayerischen Landesverbandes ging die vom Bundesvorstand gebilligte Aktion, ein Vorstandsmitglied der DKP durch WASG-Ausschluss seines Delegiertenmandats für den Dortmunder Parteitag zu berauben. Das war ebenfalls illegal, aber erfolgreich.

Von den erwähnten Fällen abgesehen waren antikommunistische Äußerungen in der WASG gering. Doch wurden aus Unkenntnis oder Unverantwortlichkeit mehrmals die „SED-Milliarden auf PDS-Konten“ ins Feld geführt, um gegen Kooperation und Zusammenschluss mit dieser Partei zu agitieren. Die Abneigung innerhalb der Wahlalternative gegen den asozialen Kurs der PDS-Koalitionäre in SPD-geführten Regierungen, die Teil des „neoliberalen Blocks“ sind, war und ist kein Antikommunismus.

### **Verhandlungen WASG-PDS, Auseinandersetzungen in beiden Organisationen**

Gleich der NRW-Wahl von 1966, der die Große Koalition und später die Brandt-Scheel-Regierung folgten, hatte die Wahl in Nordrhein-Westfalen am 22. 5. 2005 eine Weichenstellerfunktion für die gesamte BRD. Das sozialdemokratische Wahldebakel und die sich anschließenden Ereignisse – Schröder/Münchener Votum für Bundestagsneuwahl noch in diesem Jahr, Oskar Lafontaines Austritt aus der SPD und seine Entscheidung, auf einer gemeinsamen linken Liste fürs Zentralparlament zu kandidieren, Gysis Angebot von Plätzen auf einer offenen PDS-Liste zu solchem Zweck und seine am 3. 6. bekannt gegebene eigene Bundestagskandidatur gemeinsam mit Lafontaine brachten das Parteiensystem in Trab und änderten wichtige politische Konstellationen. Die Vorgänge signalisierten, dass die „rot-grüne“ Koalition trotz Fortdauern formaler

Regierungsfähigkeit am Ende war. Nach Umfrageergebnissen von Ende Juni standen nur noch 23 Prozent der Wähler hinter der Koalition, nicht mehr 53 Prozent wie 1998. Bei schwindender SPD-Basis konnte sie dem neoliberalen Gebot fortschreitender Auslaugung und Plünderung der Massen zugunsten hoher Profite und Renditen nicht länger uneingeschränkt nachkommen. Die Auswirkungen des Neuwahl-Schocks auf das bürgerliche Parteienlager waren beträchtlich, vor allem weil die Aufgabe der Parteien, gleichzeitig mit dem Vorbereiten und Propagieren künftiger Gewaltakte gegen den Sozialstaatsrest glaubhaft zu machen, das geschehe zum sozialen Wohl und zur Arbeitsplatzbeschaffung, unlösbar ist. Wichtig für uns sind die Chancen einer neuen, durch Zusammenschluss entstehenden Kraft links der etablierten Parteien, um dem Sozialdarwinismus zu wehren.

PDS und WASG können einander ergänzen. Sie sind einerseits im Osten, andererseits im bevölkerungsreicheren Westen relativ stark. Nicht jede für sich, wohl aber beide zusammen dürften imstande sein, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden und in den Bundestag einzuziehen, vielleicht gar als drittstärkste Fraktion. Umfrageergebnisse zur Wählergunst im Juni/Juli 2005 wiesen PDS/WASG-Quoten von 9 bis 11 Prozent aus, wobei die Kombination im Osten stärkste Partei werden würde.

Die Etablierten, voran die SPD, reagierten auf diese Aussichten wie der Zahnpatient bei der Wurzelbehandlung. Sie verfluchten die WASG/PDS als „Hasardeure, Populisten, Parteifrikasseure und Idioten der Rechten“, suchten Gysi und besonders den „widerlichen“ Lafontaine zu verteuflern oder als lächerlich hinzustellen. Aufschlussreichstes Pseudoargument gegen beide war, dass sie etwas getan hätten, was keinem würdigen Bourgeoispolitiker in den Sinn käme: freiwillig zurückzutreten.

WASG und PDS stritten ihrerseits wochenlang über Möglichkeiten und Gefahren künftiger Kooperation, vor allem aber über den Namen, unter dem das geschehen soll. Dabei wurde teilweise Kurioses vorgebracht. Die Überlegung, Leute von der WASG könnten bei Wahlen im Westen Schwierigkeiten bekommen

oder gar „tot“ sein, träten sie unter dem Kürzel PDS an, war wegen des dort vielfach noch herrschenden blinden Antikommunismus legitim, ebenso der abschreckenden Wirkung wegen, die das neoliberale Mitregieren der PDS vornehmlich in Berlin auf alle Linken ausübt. Genauso legitim war die Besorgnis vieler PDSler, sie wären im Osten unten durch, käme nach dem Zwang zu fortwährendem Krötenschlucken um der Regierungsgelüste eigener höherer Chargen willen noch der zur Preisgabe des eigenen Namens. Bemerkenswerter Weise standen diesmal Rechts und Links, Stefan Liebich, Petra Pau und Sahra Wagenknecht zusammen. Letztgenannte entdeckte plötzlich verteidigungswerten Sozialismus in der eigenen Partei und deren Programm, nachdem sie jahrelang immer wieder dessen Nichtvorhandensein konstatiert hatte. In der „jungen Welt“ vom 13. 7. 2005 nannte Wagenknecht erläuternd drei Punkte, die für die Beibehaltung des Namens PDS sprächen: deren bisher fortdauerndes Nein als einzige größere Partei zum Militarismus und zur neoliberalen „Reformpolitik“ und deren Herkunft aus der DDR. Das ist wesentlich, aber nicht sozialistisch. Zudem stimmen die ersten zwei Punkte mit Vorstellungen der WASG überein. Der Streit um Worte und Kürzel war zweitrangig, wurde aber um so lautstarker ausgetragen. Das dahinter stehende Identitätsproblem beider Formationen, die einerseits im Westen, andererseits im Osten ihre Wurzeln haben und von dort her Erfahrungswerte beziehen, ist ernst zu nehmen. Es kann nicht administrativ, sondern nur in der Praxis, durch Toleranz und ehrliche Kompromisse gelöst werden.

Strategisch-programmatische Meinungsunterschiede wurden eher verhalten erörtert. Führende Vertreter der WASG meinten, sie wären für den – als kapitalistisch verstandenen – Sozialstaat, die PDSler aber seien Sozialisten. Aber auch in letztgenannter Partei sind Sozialisten und Kommunisten die Ausnahme. Die Parteiprominenz und zahlreiche Mitglieder haben sich sozialdemokratisiert.

Ebenso wie auf Seiten der WASG werden auf PDS-Seite Vorurteile gehegt. Wahlkampfleiter RameLOW, zeitweise gegen Zusammenarbeit und Fusion, sah in den „Abtrün-

nigen“ der Berliner WASG (die z. T. vormals PDSler waren und auch der Gruppe um Ernst ein Dorn im Auge sind) nur „frustrierte Gewerkschafter und spinnerte Linke“, welche „einer Denkwelt verhaftet seien, die mit gesamtdeutschen Lösungsansätzen nichts zu tun habe“. Gysi erklärte: „Die PDS darf sich nicht mit den dogmatischen Linken einlassen... Ich habe ja gar nichts dagegen, dass es fünf Prozent gibt, die in einer Partei rumspinnen... Aber es darf keine Situation geben, wo man nicht weiß, ob sie eine Mehrheit bekommen.“

Berlins Landes- und Fraktionsvorsitzender Liebich wandte sich massiv gegen die WASG der Hauptstadt. Er disqualifizierte sie als „Gurkentruppe“, mit der unmöglich zu reden sei. Von Bisky zur Kooperationsbereitschaft angehalten, lenkte Liebich formell ein. Er veranlasste aber seinen Landesvorstand zu einer Kandidatenliste für die Bundestagswahl, deren fünf für sicher gehaltene Plätze mit Gysi, den MdB Pau und Löttsch, Liebich selbst und der Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg Cornelia Reinauer besetzt wurden. Der WASG trug der Vorsitzende den chancenlosen Platz 6 an und kommentierte: „Das ist nur ein Ausdruck des realen Kräfteverhältnisses. Wir haben in Berlin 10 000 Mitglieder und ein Wählerpotential von 20 Prozent. Die WASG hat ein paar hundert Mitglieder... Die Liste wird von der PDS-Landesvertreterversammlung gewählt. Da liegt es nahe, dass es für bestimmte Kandidaten keine gute Empfehlung ist, wenn sie aus unserer Partei ausgetreten sind.“ Unter solchen Voraussetzungen stimmte der PDS-Landesparteitag am 18. 6. dem Bunde mit der WASG zu. Die aber, so Liebich, möge „über ihren Schatten springen und statt unnützer Scharmützel... den Wahlkampf für eine starke linke Fraktion... beginnen.“ Die PDS werde ihre bewährte Senatspolitik fortsetzen.

Anfang Juli verzichtete der Vorsitzende, ohne seinen Direktwahlkreis Pankow abzugeben, auf den Listenplatz 4. Er tat das Bisky zuliebe, der gern den kurz zuvor aus der SPD ausgetretenen Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde Deutschlands (TGD), Hakki Keskin aus Hamburg, draufgesetzt hätte und ihn zudem der PDS Tempelhof-Schönebergs als Direkt-

kandidaten empfahl. Türkische Emigrantengruppen und die Berliner WASG waren dagegen, weil Keskin stets nur die Politik Ankaras verfochten habe. Entgegen Biskys und Liebichs Wünschen lehnte am 16. 7. der PDS-Verband Tempelhof-Schöneberg dessen Kandidatur ebenfalls ab und empfahl den in anderem Zusammenhang erwähnten Lothar Nätebusch für Platz 4 der Landesliste. Allerdings behält es sich der Landesverband vor, allein über die Listenplätze zu entscheiden.

Die Berliner WASG schlug unterdes Renate Herranen (vormals PDS), den Ver.di-Funktionär Ralf Krämer und das Bundesvorstandsmitglied Christine Buchholz als Kandidaten vor. Liebich wies jede Anregung von dieser Seite zurück, da seine Partei schon alle aussichtsreichen Plätze innehatte und auch die Plätze 6 und 7 zu besetzen erwäge. Eine derart starrsinnige Blockadehaltung ist aus keinem anderen Landesverband bekannt. Sie korrespondiert mit einer Äußerung des Regierenden Bürgermeisters Wowereit (SPD) von Anfang Juli, wenn nicht mehr Liebich, H. Wolf und ihresgleichen in der Landes-PDS das Sagen hätten, sondern Anhänger Lafontaines, könnte es mit der Senatskoalition schwierig werden.

Inzwischen ist Berlins WASG sich darin einig, den Bundestagswahlkampf notgedrungen gemeinsam mit Liebich führen zu müssen. Sie will aber bei der nächsten Wahl zum Abgeordnetenhaus gegen ihn antreten. Linke aller Richtungen könnten damit ihre Ablehnung des neoliberalen PDS-Flügels erstmals direkt per Stimmzettel kundtun. Beim Landesparteitag der WASG am 18. 6. bezeichneten Delegierte die PDS nicht nur als „Partei des dreisten Sozialabbaus“, sondern auch als „sinkendes Schiff“. Demgegenüber ist anzunehmen, dass sich diese aus der selbst verschuldeten Misere hoher Ansehensverluste seit 2002 herauswinden kann, beispielsweise durch Fanfarenstöße wider die jetzt geschlagene SPD. Joachim Bischoff vom Bundesvorstand der WASG war beim Parteitag so unhöflich, Liebich als drittklassige Figur und Idioten zu qualifizieren.

Die Verhandlungen zwischen Spitzenvertretern beider Parteien begannen am 30. 5. 2005. Sie waren ge-

heim. Tatsächliche oder vermeintliche Zwischenergebnisse sorgten mehrmals für Unruhe und Besorgnis. Gregor Gysi besänftigte seine Anhänger: „Wenn wir deutlich machen, dass die PDS Herrin des Verfahrens ist und bleibt, auch nach der Bundestagswahl, sind die Probleme lösbar.“ Ein erstes wichtiges Resultat der Verhandlungen war, dass die in WASG-Kreisen anfangs bevorzugte Version, eine Wahlpartei allein für 2005 zu gründen und die vorhandenen Organisationen fortbestehen zu lassen, aufgegeben wurde. Am 10. 6. berichteten Bisky und Ernst über folgende Zwischenergebnisse: „1. PDS und WASG wollen innerhalb der nächsten zwei Jahre ein neues Projekt der Linken in Deutschland auf den Weg bringen. 2. PDS und WASG wollen bei vorgezogenen Bundestagswahlen im Jahr 2005 nicht gegeneinander antreten. 3. Die PDS wird ihre Listen zur Bundestagswahl auch Mitgliedern der WASG öffnen. Um das Neue an dem Projekt zu dokumentieren, wird dem Vorstand der PDS vorgeschlagen, eine Namensänderung zu prüfen.“

Tags darauf berief der PDS-Vorstand zum 17. 7. eine außerordentliche Sitzung des 9. Parteitags zwecks Statutenänderung ein. Er plädierte dafür, künftig den Namen „Demokratische Liste – PDS“ zu führen. Die Länderorganisationen dürften „wahlrechtlich zulässige Spezifizierungen des Namens“ vornehmen. Die Abstimmung hierüber verband der Vorstand mit einer anderen, der über eine Fusion von PDS und WASG in den nächsten zwei Jahren. Letzteres hatte neuerlich Kontroversen in beiden Parteien zur Folge. Am 22. 6. regte der PDS-Vorstand zudem an, sich „Die Linkspartei“ zu nennen. Lafontaine und Ernst hießen das unverzüglich gut.

Eine neue Links- und zugleich Sozialstaatspartei war im Kommen. Das bedeutete – wie noch auszuführen ist – einen Erfolg. Doch mussten jene es z. T. bedauern, die angesichts von Korruption und Verfall aller ursprünglich progressiven Parteien – gleich ob unter kapitalistischen oder „realsozialistischen“ Verhältnissen – von solchen Lösungen abrieten. Der Mainstream hat sich aber nie durch logische Erwägungen in ein besseres Bett leiten las-

sen, wie untereinander vernetzte Wählerinitiativen es in diesem Fall gewesen wären.

Gysis Bedingungen von Ende Mai für eine künftige Zusammenarbeit waren annehmbar. Sie besagten, das Linksbündnis müsse „eine ostdeutsche kritische Sicht“ auf den Vereinigungsprozess haben – eine, die realistischer als die normale westdeutsche ist – und einen klar antineoliberalen Kurs steuern; es dürfe sich auf keine Debatte einlassen, die auf die Unterstützung Schröders hinauslaufen würde. Dieser – so derselbe Politiker am 3. 7. in der „Welt am Sonntag“, betreibe „eine schleichende Entsozialdemokratisierung der Sozialdemokratie“, seine Politik mitzutragen hieße Selbstaufgabe. Genauso richtig und hundertmal besser wäre es gewesen, wäre man dieser Erkenntnis spätestens ab 2001 in Berlin gefolgt. Die PDS-Oberen, auch Vertreter der einstigen innerparteilichen Opposition, denken jedoch bis heute nicht daran, sich über die damalige falsche Linie auseinander zu setzen. Wer aber so der alten SED-Doppelparole „Keine Fehlerdiskussion“ und „Im Vorwärtsschreiten überwinden“ getreulich folgt, trägt den Keim künftigen Versagens in sich und lässt ihn zum Schaden aller Linken ausreifen.

Verräterisch im Hinblick auf Gysis künftige Absichten ist ein ebenfalls von ihm geprägter, mehrmals wiederholter und variiertes Satz: „Wenn die SPD wieder sozialdemokratisch geworden ist (d. h. etwa 2009; M. B.), kann man über vieles reden“ – auch über Kooperation und gemeinsame Regierungen. Gleich ihm, wenn auch nicht ganz so terminbezogen, hängt Lafontaine dem Glauben an, Rückverwandlung einer neoliberalen Partei von heute in die SPD der Bebel-Zeit sei einfach und leicht, während sie in Wahrheit, wenn überhaupt möglich, außer übermenschlichen Anstrengungen noch einen fundamentalen Wandel der Gesamtsituation erfordern würde, wie etwa Hitlerdiktatur und zweiter Weltkrieg ihn in Teilen Europas bewirkt hatten. Im Interview Ende Juni 2005 mit dem „Stern“ meinten Lafontaine und Gysi offenbar, ganz ohne Wandel und Anstrengungen auskommen zu können.

Zur WASG hat Daniela Dahn treffend festgestellt, diese sei, da nicht

durch Mitregieren kompromittiert, „in der argumentativen Offensive, und das ist gut so“. Mindestvoraussetzungen der Berliner Wahlalternative für ein Bündnis richteten sich nicht nur gegen Koalitionen mit „Rot-Grün“ und innerhalb einer SPD-geführten Minderheitsregierung. Sie hatten auch ein generelles Nein zu Bildungs- und Sozialabbau, Unterstützung von Kriegen und einem wiederaufgelegten EU-Verfassungsvertrag zum Inhalt. Rechte Kräfte in der WASG und jene in der PDS, die auf ein neoliberales „Weiter so“ setzen, dürften dagegen sein. Von Lafontaine ist schwerlich zu erwarten, dass er Forderungen der Antifaschistischen Linken Berlin und von FELS (Für eine linke Strömung) zustimmt, das Abschieben von Menschen ins Ausland und die Ausbürgerung Zehntausender mit Doppelpass müssten gestoppt werden.

Am 10. 6. 2005 präsentierte sich Oskar Lafontaine als Spitzenkraft des Bündnisses neben Gysi. Frühzeitige Warnungen vor einer deutschen Vereinigung nach Kohls Manier sowie die mehrjährige Gegnerschaft zu Bastakanzler Schröder hatten ihm in West und Ost Achtung eingetragen. André Brie und Gysi orientierten ab Juli 2002, ergo schon zu Zeiten unentwegter Dienstleistungen ihrerseits für Schröder, auf Partnerschaft mit Lafontaine als prosozialdemokratisches Kontrastprogramm. Dessen nun beginnende Kampagne für „Arbeitslose, Arbeitnehmer und Rentner“ sowie die Forderung, Ostdeutschland zu stärken, erhöhte sein Prestige. Lafontaines rhetorisches Talent ist beachtlich, seine Reden beruhen auf harten Fakten. Bei einer Kundgebung am 14. 6. 2005 am Karl-Marx-Kopf in Chemnitz aber äußerte er neben Richtigem auch den Satz: „Der Staat ist verpflichtet, zu verhindern, dass Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter zu niedrigen Löhnen ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen.“ Der Fremdarbeiterbegriff entspricht heute rechter Ideologie. Der Satz passt zu dem, was die NPD propagiert. Daher forderten deren Führer ihre Mannen

auf, der Linkspartei beizutreten und dieser die eigene fremdenfeindliche Sicht nahe zu bringen. Für Lafontaine ist nicht Rechtsextremismus im allgemeinen, wohl aber das Zitierte typisch. Als saarländischer SPD-Chef gab er 1990 den Startschuss zur Abschaffung des Asylrechts in der Bundesrepublik. Später unterstützte er Schilys Plan, in Nordafrika Auffanglager für jene einzurichten, die illegal nach Europa wollen. Sowohl in der Geschichte der SPD, als auch in der von KPD und SED hat es mehrfach Schaden stiftende Wellen von rechtem Populismus gegeben.

Schröder, Müntefering und andere SPD-Politiker, auch solche von CDU und Grünen nutzten den



Fremdarbeiter-Satz dazu, Lafontaine als potentiellen Rechtsextremisten zu verketzern. Mit am weitesten ging Brandenburgs Innenminister General Schönbohm vom rechten CDU-Flügel, der den früheren SPD-Vorsitzenden als möglichen Fall für den Verfassungsschutz disqualifizierte. Gleich ihm stellten Daniel Cohn-Bendit und der „Brechtreiz“ empfindende grüne Superrealo Joseph Fischer Vergleiche zwischen Lafontaine und Jörg Haider an. SPD-MdB Hilsberg verlangte: „Wir müssen Lafontaine und Gysi ins Mark treffen.“ Ex-Bundespräsident Herzog (CDU) wollte „den Rattenfängern mit Charisma“ entgegentreten.

Progressiv Gesinnte glauben, dass bei Lafontaine linker Sozialdemokratismus überwiege und der Satz von Chemnitz ein Ausrutscher sei. Sie stehen weiter zu ihm und zur neuen Linkspartei. Für diese haben sich inzwischen Peter von Oertzen, der vormalige baden-württembergische

SPD-Landesvorsitzende Ludwig Maurer, der frühere Chef der IG Medien Detlef Hensche, der Chefvolkswirt von Ver.di Michael Schlecht, der DDR-Bürgerrechtler und mehrjährige Bundestagsabgeordnete der SPD Edelbert Richter, das einstige Gründungsmitglied der Grünen Monika Knoche, Bundesrichter Wolfgang Neskovic und Professor Hakki Keskin entschieden, welche Letzteren allerdings die Berliner WASG und Teile der Hauptstadt-PDS nicht als ihren Vertreter zu sehen wünschen. Ver.di-Bundesvorsitzender Frank Bsirske begrüßte das Entstehen der neuen Partei. In Thüringen kandidiert DGB-Landesvorsitzender Frank Spieth auf einer offenen PDS-Liste für

den Bundestag. Auf der Liste „Die Linkspartei. PDS Sachsen“ stand Anfang Juli kurzzeitig Peter Sodann, Volksschauspieler, Regisseur und früherer politischer DDR-Häftling, bis ihn die Staatsministerin für Kultur (!) Christine Weiß und Mitglieder der neoliberalen Allparteienkoalition unter Druck setzten und der Intendant des Mitteldeutschen Rundfunks ankündigte, Sodann werde seine Fernsehrolle als „Kommissar Ehrlicher“

verlieren, also mit Berufsverbot bestraft, wenn er die Wahl gewinnen sollte.

Nach den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Coppik, Hansen und Meinicke, die sich schon unter der Kanzlerschaft Helmut Schmidts von der SPD trennten und eine linke Partei gründeten, riefen zahlreiche bekannte Persönlichkeiten aus West und Ost dazu auf, die Kombination WASG-PDS bei der nächsten Bundestagswahl zu unterstützen. Der einstmalig links, dann sehr weit rechts stehende Barde Biermann entschied sich erwartungsgemäß für die Gegenseite.

Die Mitgliederzahl beider genannter Parteien nahm rasch zu. Die der WASG stieg ab Ende Mai um 3000 auf über 9000 an. Zur PDS kamen 800 neue Mitglieder, nach dem Parteitag vom 17. 7. 2005 nochmals 117.

Groß sind die Erwartungen sozialistisch und demokratisch gesinnter Kräfte im Hinblick auf die neue

Linkspartei. Noch nie hat, wie PDS-Vorsitzender Bisky am 4. 7. konstatierte, eine Partei in Deutschland vor ihrer Entstehung so viele Hoffnungen auf sich vereint wie diese. Gehofft wird nicht nur darauf, dass endlich ein wirksames Gegengewicht zur neoliberalen Großen Koalition und ihrer Abbaupolitik entsteht, sondern auch auf entschiedene Opposition in und außerhalb des Parlaments gegen neue Hochrüstungen und Kriegsabenteuer. In einem „Friedenspolitischen Manifest“ appellierten Mitte Juli über 200 Erstunterzeichner aus der Friedens- und globalisierungskritischen Bewegung, den Gewerkschaften und Parteien an PDS und WASG, für mindestens 18 Forderungen einzutreten, die von der Ächtung von Angriffskriegen über die sofortige Auflösung sogenannter Einsatzkräfte der Bundeswehr bis zur Abschaffung sämtlicher Rüstungsexporte und Atomwaffen reichen.

### Der weitere Weg zu Linksbündnis und Linkspartei

Meilenstein auf dem Wege der WASG zum Linksbündnis war der 2. Bundesparteitag am 3. 7. 2005 in Kassel. Er verabschiedete ein Wahlmanifest, das etwa dem im Mai angenommenen Programm entspricht, und votierte entgegen einem Antrag Parteilinker, die weitere Eigenständigkeit im Bundestagswahlkampf und nach ihm verlangten, für Fortsetzung der Gespräche mit der PDS, um eine starke Vertretung der linken Opposition ins Parlament zu bringen. Danach sollte ergebnisoffen über ein breites Bündnis der deutschen Linken diskutiert werden. Die vom Kongress beschlossene Urabstimmung innerhalb der WASG ergab Mitte Juli das Ja von 81,8 Prozent der Teilnehmer zum gemeinsamen Antreten bei der Bundestagswahl und das von 85,3 Prozent für die Aussprache über eine gemeinsame Partei. Letztere soll etwa in zwei Jahren zustande kommen.

Meilenstein auf PDS-Seite war die Außerordentliche Parteitagstagung des sächsischen Landesverbands am 9. 7. in Dresden. Der Bundesvorstand hatte zuvor einen Beschluss über die Umbenennung in „Die Linkspartei. PDS“ gefasst, wobei die Entscheidung über den oder

jenen Zusatz nach dem Punkt den Landesverbänden obliege. In einem Brief an Mitglieder und Sympathisanten begründete Vorsitzender Bisky das Zusammengehen mit der WASG damit, dass die PDS ohne einen „neuartigen Impuls“ keine dauerhafte Perspektive haben würde. Das war im Grunde ein Eingeständnis, in der Sackgasse zu stecken. Der Landesparteitag in Dresden legte als erster ostdeutscher mit 152 : 1 Stimmen die Umbenennung in einer Region fest. Heraus kam der Name „Die Linkspartei. PDS-Landesverband Sachsen“. Weitere regionale Parteitage mit gleichartigen Beschlüssen folgten. Gleichzeitig wurden Kandidatenlisten für die Bundestagswahl verabschiedet, auf denen auch WASG-Vertreter standen. Berlin will sich später entscheiden. Der bayerische Landesparteitag am 23./24. 7. in Ingolstadt stimmte für „Die Linkspartei. PDS-Landesverband Bayern“. Er setzte Klaus Ernst, Ex-MdB Eva Bulling-Schröter und anstelle einer WASG-Kandidatin Kornelia Möller (PDS München) auf die Plätze 1 bis 3 der Landesliste. Um Platz 4 gab es ein Gerangel.

Am 17. 7. 2005 trat für wenige Stunden die Außerordentliche Tagung des 9. Bundesparteitags der PDS in Berlin zusammen. Ein Antrag von Mitgliedern des Ältestenrates, so Stefan Doernberg, sowie von Sahra Wagenknecht und anderen für den Namen „Die Linkspartei. Partei des Demokratischen Sozialismus“ wurde unter Hinweis auf gegenteilige Vereinbarungen mit der WASG abgelehnt. 74,6 Prozent der gewählten Delegierten stimmten stattdessen dem Vorstandsantrag zu, wonach der Bundesverband „Die Linkspartei. PDS“, abgekürzt „Die Linke“, heißen soll.

Im schon zitierten „junge Welt“-Artikel vom 13. 7. hatte Wagenknecht Etappen auf dem Wege hin zu dieser Partei seit Juli 2002 nachgezeichnet, als diese noch eine Wunschvorstellung Bries und Gysis war, während Lafontaine im September 2003 eine gesamtdeutsche SPD mit der PDS als ostdeutschem Regionalverband anregte. Die Zusammenstellung der Fakten erst in einer Dokumentation der KPF, dann in dem Artikel ist verdienstvoll. Sie endet mit Gysis Satz, für ihn mache es nur „für gewisse Zeit Sinn..., dass es eine Kraft links von der

SPD gibt“. Statt den realen Entwicklungsprozess im PDS- und SPD-Bereich in die Betrachtung einzubeziehen, beschränkte sich Wagenknecht auf die Wiedergabe von Wünschen der genannten Politiker und brachte so eine neue Verschwörungstheorie zustande, nach welcher Gysi und Bries stets danach gestrebt haben, Sozialdemokraten zu werden.

Beim Sonderparteitag vom 17. 7. 2005 unterstützte Wahlkampfleiter Bodo Ramelow den Vorstandsantrag zur Namensänderung und verteidigte Lafontaine gegen die Verleumdung durch Brandenburger Sozialdemokraten, mit seinen Angriffen gegen die neoliberale Abbaupolitik ein „Hassprediger“ zu sein. Ramelow führte die Hetze wider den ehemaligen SPD-Vorsitzenden auf die Angst etablierter Parteien vor der neuen linken Gruppierung zurück. Lothar Bisky versuchte sich im Hauptreferat an einer Gesamtdarstellung der PDS-Geschichte. Die Namensänderung wertete er als für die Partei erforderlich, damit sie den „zweiten Aufbruch“ nach 1989/90 schaffe. Mittels neuer Impulse wolle sie „im politischen System dauerhaft eine Chance haben“, den Trend schwindender Mitgliederzahlen umkehren, sich in den westdeutschen Bundesländern verankern und auf Dauer eine einflussreiche Bundestagsfraktion zustandebringen. Unmittelbar gehe es um einen themenorientierten Wahlkampf, damit der „Mythos von der Alternativlosigkeit der neoliberalen Politik der anderen Parteien durch alternative Projekte“ widerlegt wird. Bisky zollte Lafontaine dafür Respekt, „dass er die besten Traditionen der deutschen Sozialdemokratie hoch halten und fortführen möchte“. Er stellte fest: „Wir sind zum Erfolg verurteilt, und wir haben keine andere Chance, als zunächst gemeinsam einen erfolgreichen Bundestagswahlkampf zu führen und dann die Vereinigung... voranzutreiben. Die PDS wird ihre Identität in der erweiterten Identität der neuen Linkspartei aufgehoben wiederfinden.“

Gregor Gysi erklärte, viele hätten gemeint, die PDS wäre an diesem 17. 7. 2005 längst tot. Stattdessen sei sie nun gestärkt dabei, „eine wirkliche Linkskraft für ganz Deutschland zu organisieren. Das habe ich nicht von uns gedacht, andere schon gar nicht.“

Der ehemalige Partei- und Fraktionschef sagte voraus, man werde „etwas hinkriegen, was wir in Deutschland seit 1989 überhaupt noch nicht erlebt haben: eine wirklich faire, demokratische Vereinigung, wo aber der Osten eine etwas größere Rolle spielt, weil das sozial gerechte Denken hier noch verbreiteter ist als in den alten Bundesländern!“ Gysi behauptete erneut, keine neoliberale Politik tolerieren zu können, „weder unter Frau Merkel noch unter Herrn Schröder“ – so als habe er sie seinerzeit nicht mitgestaltet. In Erwartung linken Drucks durch die neue Partei auf die SPD verlaublich er zugleich: „Es wäre doch eine ganze Menge, dass sie (die SPD; M. B.) endlich erfährt, man kann nicht nur Stimmen von der CDU holen. Wenn man sich verändert, erhält man vielleicht auch mal welche von links.“ Gysi wiederholte sein Versprechen, darauf zu achten, dass „schwierige Mitglieder nicht mehrheitsfähig werden“. Die gleiche Art „Wachsamkeit“ traute er anderen – offenbar der WASG-Führung – zu. Gastredner Klaus Ernst begründete die Möglichkeit antineoliberaler Reformen. Allein in den letzten vier Jahren habe der Staat bei Reichen und Vermögenden auf 100 Mrd. Euro Einnahmen verzichtet. Wenn man im selben Atemzug sage, dieser Staat habe kein Geld mehr, sei das Volksverdummung. Die sogenannten Reformen der letzten Jahre stellten Gegenreformen dar. Er hoffe, „dass es uns gemeinsam gelingt, nicht mehr nur die Inhalte wieder gerade zu rücken, sondern dass es uns gelingt, den Menschen wieder Mut zu machen, für die eigenen Interessen einzustehen. Das ist die Aufgabe der neuen Linken.“ (Die Linke. PDS, *Pressedienst* 29/05)

Zeitungsberichten zufolge wurde beim Parteitag „nur in homöopathischer Dosis gestritten“. Sowohl Wagenknecht als Pau traten für die Wahrung der PDS-Traditionen ein, aus unterschiedlichen Gründen. Erstgenannte drang darauf, am Ziel einer antikapitalistischen Alternative festzuhalten. Letztgenannte interpretierte Biskys Äußerung, zum Erfolg verurteilt zu sein, als Wunsch

nach weiteren Regierungsbeteiligungen: „Wir haben in Berlin bewiesen, dass wir den Kapitalismus verwalten können – und zwar besser als andere. Das ist für Hartz-IV-Empfänger eine ganze Menge.“ Der niedersächsische Landesvorsitzende Diether Dehm widerlegte die Sorge der KPF vor weiterer Rechtsentwicklung durch Hinzutreten der WASG, indem er darauf hinwies, diese schütze den Flächentarifvertrag wie ihren Augapfel, sei beim Ablehnen der neoliberalen EU-Verfassung „weniger plural als wir“, und in ihrer politischen Praxis gebe es keine Abgrenzung von Kommunisten. Der rechtsstehende Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, Matthias Höhn,



erwartet hingegen von der WASG de facto, gleich der PDS zu Regierungsbeteiligungen bereit zu sein. (*junge Welt* und *Neues Deutschland*, 18. 7. 2005)

Festzuhalten ist, dass kein Referent oder Diskussionsteilnehmer auf den Gedanken kam, zu fragen oder anzudeuten, warum die dieser Wahl vorangegangene verloren ging und was demnach unbedingt vermieden werden muss.

Der am 16. 7. 2005 vom Vorstand beschlossene, beim Parteitag verteilte Entwurf zum Bundeswahlprogramm „Für eine neue soziale Idee“ enthält in den Abschnitten I-V zahlreiche Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung und Erneuerung sozialer Grundrechte, für hochmoderne kostenfreie Bildung, einen Neuanfang in Ostdeutschland und strukturschwachen westdeutschen Gebieten, zur Durchsetzung direkter Demokratie, Wahrung der Grundrechte, Bekämpfung des Rechtsextremismus und

Demokratisierung der Asyl- und Migrantenpolitik. Der Versuch, das zu realisieren, wäre kein Schritt über den Kapitalismus hinaus, dürfte aber – vor allem wegen der gleichzeitigen Finanzierungsvorschläge zu Lasten der Vermögenden, bei denen 60-64 Mrd. € anfallen sollen – beim Establishment auf erbitterten Widerstand stoßen. Die Frage ist, ob sich die Linkspartei dem gewachsen erweist oder in Fortführung bekannter rechter PDS-Praktiken gleichermaßen programmwidrig, mitglieder- und wählerfeindlich handeln wird.

Im außenpolitischen Abschnitt VI des Programmentwurfs werden die Verweigerung sämtlicher Kriegsdienste durch Deutschland und Rücknahme aller diesbezüglichen Maßnahmen, umfassende Abrüstung und Vernichtung von Munition, die Umwandlung der EU zur nichtmilitärischen Vereinigung, eine Demokratisierung internationaler Institutionen wie IWF und Weltbank, die Anhebung der Entwicklungshilfequote auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sowie Stärkung und Reformierung der UNO verlangt. Das

Wahlprogramm soll bei einem weiteren Parteitag am 27. 8. 2005 beschlossen werden. (*Pressedienst* 29/05)

Parallel zum letzten PDS-Kongress verabschiedete der Vorstand der WASG Richtlinien zur Migrations- und Integrationspolitik, die teilweise über Vorstellungen des Partners hinausgehen.

Dass die neue Linkspartei mit großer Wahrscheinlichkeit zustande kommen und in den 16. Deutschen Bundestag einziehen wird, ist zweifelsfrei ein Vorteil. Allein mit ihr würde es möglich sein, das erstarrte und verkrustete Parteiensystem aufzubrechen und in der erweiterten BRD Voraussetzungen für mehr Demokratie zu schaffen. Die neue Partei ist mehrheitlich sozialdemokratisch. Sie hat sich verpflichtet, der neoliberalen Offensive entgegen für den Sozialstaat und dessen Erneuerung einzutreten. Das könnte in bestimmtem Umfang Erfolg bringen,



wenn sie bei ihren Vorsätzen bleibt und auf gleichberechtigter Basis mit außerparlamentarischen sozialen Bewegungen zusammenarbeitet. Einbrüche in die Reihen der SPD sind schon im Gange, solche in die der CDU möglich. Die neue Partei könnte dazu beitragen, dem devastierten und demoralisierten Parlamentarismus von heute wieder zu einem gewissen Niveau zu verhelfen, was sich auf den politischen Meinungsstreit im Lande, vielleicht auch auf die vorwiegend trostlosen Massenmedien positiv auswirken würde. Wer meint, das sei zu wenig und lohne sich nicht, man sei schließlich Kommunist oder linker Sozialist und wolle mehr, befindet sich - das Wollen ausgenommen - im Irrtum. Erstens wären die Abkehr vom Neoliberalismus, die Umkehrung des bisherigen Verteilungsprinzips von unten nach oben und tatsächliche soziale Reformen ein enormer Fortschritt, der das Mittun der Massen befördern könnte. Zweitens sind die Verteidigung noch vorhandener Sozialstaats- und Demokratiereste, deren Stärkung und Ausbau ein unumgänglicher Schritt, um sozialistische und kommunistische Politik wieder möglich zu machen.

Nachteilig ist, dass die Fusion der zwei Parteien vorrangig „von oben“ organisiert und herbeigeführt wird, die Gefahr eines fort dauernden Übergewichts Prominenter über die einfachen Mitglieder weiterbesteht und beide Parteien, vor allem die PDS, doppelte Gesichter tragen. Das eine ist das des ehrlichen Mitstreiters, das andere das Gesicht desjenigen, der - auch zum eigenen materiellen Nutzen - Politgeschäfte mit dem herrschenden System machen und sich diesem daher immer mehr anpassen will, auch auf Kosten der eigenen Partei. Jeder der Partner schleppt einen Klotz am Bein mit sich herum, der ihn am Voranschreiten hindert. Der größere und gewichtigere Klotz der PDS besteht aus linker Phraseologie bei gleichzeitigem Beharren darauf, im System mitzumischen statt es zu bekämpfen. Selbst heute ist das Streben nach Kooperation mit der gegenwärtigen SPD nur zurückgestellt statt aufgegeben. Dass die notwendige Abrechnung der Partei mit dem Abweichen von ihrem ursprünglichen Kurs

sowie schwerwiegenden Verletzungen innerparteilicher Demokratie und der sozialistischen Zielvorstellung ausblieb, hilft den Klotz am Bein auszuhärten. Das von der WASG mitgeschleppte Gewicht besteht aus noch vorhandenen sozialbürokratischen und antikommunistischen Traditionen sowie der Gegnerschaft rechter Funktionäre aufmüpfigen Linken gegenüber. Anders als in der PDS haben sich entsprechende Vorstöße bisher meist als korrigierbar erwiesen. Das muss aber nicht immer so sein, zumal der Hinzutritt manch führender PDS-Vertreter, die im Hinblick auf die Linke ähnlich denken, die WASG-Rechte stärken wird.

Von Bremsklötzen und doppeltem Gesicht zu erwartende Schäden lassen sich unter zwei Bedingungen eindämmen oder verhindern. Der linke Rest innerhalb der PDS muss seine bisherigen Vorstellungen von Parteitreu, die falsch sind, ebenso wie Hemmnisse gegen die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen überwinden und mit der WASG-Linken gleichberechtigt kooperieren. Die Linke in der WASG hat gleich ihm sowohl mit eigenen Widersachern, als auch mit solchen in der PDS zu tun. Es kommt also auf den festen Zusammenschluss aller Linkskräfte an, gleichzeitig aber auch auf deren eigenständige politische und theoretische Tätigkeit. Historisch motivierte, oft verfestigte Gegensätze dürfen weder unter den Teppich gekehrt, noch durch Gezänk verstärkt werden. Man muss sie als Faktum anerkennen, sie analysieren und sicherstellen, dass sie einen nicht an der politischen Arbeit hindern. Zweitens sind Kontakte und Kooperation mit linksstehenden außerparlamentarischen Kräften und Vereinigungen nicht nur für den täglichen Kampf notwendig. Diese Kräfte können auch eine äußere Kontrollinstanz sein, mit deren Hilfe die Ausschöpfung und Abschaffung sozialer Ziele und des Prinzips innerparteilicher Demokratie durch Teile der Parteiführung verhindert werden kann. Nur dann, wenn dieser Zusammenschluss gelingt und Linke innerhalb wie außerhalb der Partei der eigenen Führung gegenüber wachsam und eigenständig bleiben, wird sich auch die eiserne Ferse der

neoliberalen Bourgeoisie stoppen und zum Rückzug zwingen lassen.

Im „Neuen Deutschland“ vom 18. 7. 2005 bedauerte es der Tübinger Bernhard Strasdeit, „dass so kluge Leute wie Uwe-Jens Heuer, Thomas (tatsächlich wohl Kurt) Pätzold und Friedrich Rabe, Ellen Brombacher und Sahra Wagenknecht nicht erkennen, was jetzt ihre Aufgabe wäre: Mit Teilen der WASG, mit Bewegungsleuten und linken Gewerkschaftern, mit der DKP, mit dem MF (Marxistischen Forum) einen Diskurs aufzunehmen und ein neues linkes, demokratisch-kommunistisch-bewegungsorientiert geprägtes Ost-West-Kraftfeld zu bilden. Das hätte was im Rahmen der Linkspartei-Punkt-Kürzel-PDS.“ Doch müsse man sich dazu aus der Milieuecke herauswagen, gemeinsam mit anderen tätig werden und so schließlich ein „reales Gegengewicht zu Gysi und Lafontaine bilden.“

Theodor Bergmann sah die beiden im Interview mit der „jungen Welt“ vom 14. 7. nicht als Marxisten, wohl aber als nützliche Wahlkampflokomotiven an, „die in dieser Medienlandschaft telegen auftreten können“. Er fand im übrigen: „Die Linkspartei ist nicht das Gelbe vom Ei, sie ist nur ein kleiner Schritt, um aus der Depression herauszukommen. Sie kann unsere Forderungen aber nur dann zu Gehör bringen, wenn wir von unten Druck machen.“ Entgegen denen, die „mitgestalten“ wollen, gehe es „nicht darum, im Bundestag etwas zu gestalten, sondern zu protestieren. Wir brauchen so etwas wie einen neuen Spartakusbund, aus dem eine sozialistische Partei entstehen könnte. Ziel muss der Sozialismus sein - was viele nach dem Niedergang des realen osteuropäischen Sozialismus aufgegeben haben.“

Mir scheint, dass damit alles Notwendige zur neu entstehenden Linkspartei gesagt ist. Der Kampf zwischen den Anhängern sozialistischer und sozialer Demokratie einerseits, den Mitmachern bei neoliberaler Politik und Sozialstaatsabbau andererseits wird auch in dieser Partei fortgesetzt werden. Zu hoffen ist, dass sich die Linke klüger und stärker als bisher erweisen wird.

*Manfred Behrend, 26. 7. 2005*

# Wahlprogramm CDU/CSU

## Die gleiche Brühe in andern Schläuchen

*„Daß er nur im Trüben fische,  
hat die Hinz den Kunz bedroht.  
Doch am Schluß, vereint bei Tische,  
essen sie des Armen Brot.“*

*Frei nach Bertolt Brecht*

„Zeit für den Wandel“ plakatiert die CSU. Eine „Richtungswahl“ drohen sich die beiden „Volksparteien“ an. Es liegt nahe zu untersuchen, welche Richtungsänderung die CDU/CSU in Wirtschafts- und Sozialpolitik anstrebt. In ihrem Wahlprogramm wird dargestellt, wie sich die Unionsparteien diesen „Wandel“ vorstellen. Obwohl wir derartige Absichts(?)-Erklärungen nicht überbewerten (der Weg des Parlamentarismus ist mit gebrochenen Wahlversprechen gepflastert), scheint es doch sinnvoll das Programm genauer zu betrachten, wobei wir uns in diesem Artikel auf die ökonomischen Aspekte der Wirtschafts- und Sozialpolitik beschränken.

Zumindest spiegelt das Wahlprogramm die derzeitige Mehrheitsmeinung in der Union wider und wird damit für die erste Zeit eines eventuellen Kabinetts Merkel wichtig sein.

„Sozial ist was Arbeit schafft“, ist ein anderer Wahlkampf-Slogan. In der Tat ist die hohe und andauernde Arbeitslosigkeit das zentrale Problem der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland.

Arbeitslosigkeit setzt die Löhne unter Druck, schafft Minijobs und Niedriglohnbereiche. Das gesellschaftliche Lohnniveau sinkt. Sinkende Arbeitseinkommen tragen zur Zunahme der Staatsverschuldung ebenso bei wie zu den andauernden Defiziten der Sozialkassen.

### Arbeitsmarkt

Großmäulige Versprechungen auf nennenswerte Senkung der Arbeitslosigkeit verkneift sich das Wahlprogramm der Union wohlweislich. Was geplant ist, ent-

spricht weitgehend der rot-grünen Politik.

### Entlastung der Unternehmen – Belastung der Konsumenten:

Lohnnebenkosten sollen durch die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,5 % vermindert werden. Die Unternehmen werden also entlastet, die dadurch fehlenden Einnahmen der Agentur für Arbeit sollen durch eine Erhöhung der Umsatzsteuer (vulgo: Mehrwertsteuer) um 2 % auf 18 % ausgeglichen werden. Die Entlastung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 1 % des Bruttoeinkommens durch die Senkung des „Arbeitnehmeranteils“ soll höhere Nachfrage erzeugen und damit die Binnenkonjunktur ankurbeln.

Allein der Vergleich der Größenordnungen zeigt, daß diese Maßnahmen kaum Auswirkungen auf die Stagnation der Binnennachfrage haben können. Die in der Vergangenheit schon weit mehr entlasteten Unternehmen (vor allem durch die Steuerreform 2000) werden wegen 1 % der Lohnsumme keine zusätzlichen Investitionen tätigen und schon gar keine zusätzlichen Arbeitsplätze schaffen, wenn sie keine größere Nachfrage aus dem Inland erwarten dürfen. Diese größere Nachfrage kann aber nur aus höherer Massenkaufrkraft entstehen. Der geringen Entlastung (1 % vom Brutto-Arbeitslohn) für Lohnabhängige steht aber die höhere Belastung durch die um 2 % angehobene Mehrwertsteuer gegenüber. Industrie, Handwerk und Handel werden entsprechend der Systematik dieser Steuerart die Erhöhung auf die Endverbraucher abwälzen. Die Endpreise werden um die Steuererhöhung steigen. Selbst die noch in Lohnarbeit stehenden Konsumenten werden weniger im Geldbeutel haben, da ein größerer Teil des Arbeitseinkommens zu höheren Preisen konsumiert werden muß. Die Verringerung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung wird dies nicht aufwiegen. Die Massenkaufrkraft wird also sinken auch deshalb, weil ein großer Teil der Ver-

braucher (Arbeitslose, Rentner) zwar die höheren Preise bezahlen muß – aber nicht einmal eine teilweise Entlastung durch geringere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung haben wird.

Ebenso wie Rot-Grün ignoriert das Wahlprogramm der CDU/CSU die Rolle der Massenkaufrkraft bei der Entwicklung der Konjunktur und der Arbeitslosigkeit.

### Kündigungsschutz:

Der Kündigungsschutz soll vor allem bei Kleinbetrieben weiter eingeschränkt werden, er halte die Unternehmer von Neueinstellungen ab. Ohne Kündigungsschutz wird das Arbeitsverhältnis für (noch) Beschäftigte unsicherer, da sie schneller rausfliegen können als jetzt schon. Für die Verringerung der Arbeitslosigkeit wird es kaum Bedeutung haben, da – wenn überhaupt – fast nur noch befristet eingestellt wird. Für diese Lohnarbeiter mit Zeitverträgen gilt ohnehin kein Kündigungsschutzgesetz.

### Kombilohn:

Der Niedriglohnbereich soll durch staatliche Zuschüsse zu den geringen Löhnen ausgeweitet werden (Kombilohn). Das ist eine Subvention für Unternehmer. Wenn der Staat die „Hungerlöhne“ aufbessert, kann das Kapital die Arbeitskraft längerfristig unter ihrem Wert, d. h. unter ihren Reproduktionskosten, kaufen und damit die Ausbeutungsrate erhöhen. Ob dadurch mehr solcher Niedriglohnarbeiter **zusätzlich** eingestellt werden ist fraglich. Auch hier spielt die Entwicklung der Nachfrage, also der Masseneinkommen, eine Rolle. Sicher dagegen ist der „Drehtüreffekt“, d. h. Kombilöhner werden gegen höher bezahlte Arbeitskräfte ausgespielt. Letztere werden noch mehr erpreßbar, müssen Lohnsenkung hinnehmen oder werden entlassen und durch „Niedriglöhner“ ersetzt.

### Bürokratie:

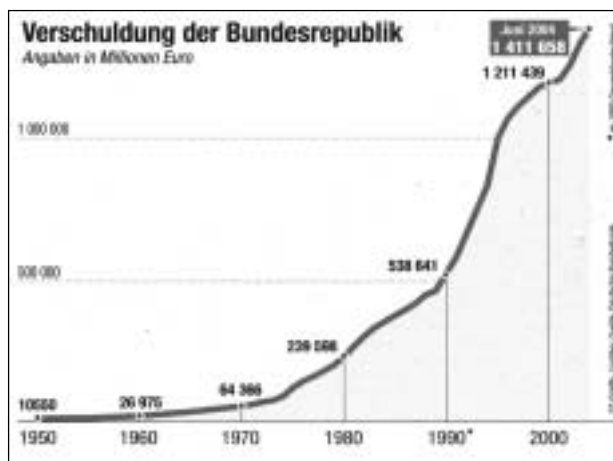
Entbürokratisierung ist ein universell verwendbares Zauberwort. Die Union will durch den Wegfall von Vorschriften und Gesetzen die Wirtschaft (sprich: Das Kapital) von Fesseln befreien und erwartet vorgeblich, daß die entfesselte Wirtschaft nun auf Teufel-komm-raus investiert, wächst, Leute einstellt und ein neues Wirtschaftswunder hervorbringt. Schön wär's.

Es ist nicht zu bestreiten, daß es unsinnige oder zumindest entbehrliche Gesetze und Vorschriften gibt. Die meisten wurden durch Lobby-Arbeit der Industrie erzeugt. Jede Branche, vom Bauernverband bis zu Rennpferd-Gestüten, setzte für sich Ausnahmebestimmungen durch. Bis jetzt hat fast jede Neufassung von Gesetzen die Zahl der Paragraphen erhöht. Entbürokratisierung ist eine schön klingende Worthülse – zu bedeuten hat sie nichts.

#### Tarifrecht:

Schwerwiegender ist die von der Union geplante weitere Aushöhlung des Flächentarifvertragsrechts. Wenn „betriebliche Bündnisse“, die weit stärker erpreßbar sind als Industriegewerkschaften, zu Lohnsenkungen gezwungen werden können, dann schwächt dies zum einen die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften, es senkt weiter die Masseneinkommen und trägt damit zusätzlich zur Nachfrageschwäche und Arbeitslosigkeit bei.

Hier wird sich zeigen, ob die Gewerkschaften noch in der Lage sind den Kernbereich ihres Einflusses und damit ihre Existenzberechtigung zu verteidigen. Wenn die Gestaltung der Löhne, Arbeitszeiten und -bedingungen in die Betriebe verlagert wird, dann sind Gewerkschaften bestenfalls noch Service-



Grafik 1

Unternehmen für Rechtshilfe und Freizeit-Unfallversicherung.

Selbst die (rechte) IG BCE droht mit politischem Streik, wenn der künftige Bundestag die Tarifautonomie, den Vorrang von Tarifverträgen gegenüber Betriebsvereinbarungen und das Günstigkeitsprinzip aufhe-

ben sollte. Hier könnte man selbst Hubertus Schmoldt mal Recht geben. Doch das sind nur starke Worte, wie wir sie schon bei früheren Maßnahmen des Sozialabbaus gehört haben. Wieviel davon tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden soll und wie weit die Kraft einer von Angst vor Arbeitslosigkeit bedrängten Arbeiterklasse reicht, bleibt abzuwarten. Immerhin könnten sich hier ernsthafte Konflikte entwickeln.

Wer allerdings die SPD wählen will, um den Flächentarif zu retten, sei an die Regierungserklärung Schröders vom April 2003 erinnert. Darin forderte er die Gewerkschaften dazu auf, Öffnungsklauseln in die Tarifverträge aufzunehmen, sonst würden Öffnungsklauseln gesetzlich vorgeschrieben. Das unterscheidet sich wenig vom Wahlprogramm der Union.

#### Kontinuität:

Im Ganzen folgt das Wahlprogramm der Union der gleichen neoliberalen Politik, die in den letzten Jahren den Anstieg der Massenarbeitslosigkeit eher gefördert als verringert hat.

### Staatshaushalt

#### Steuerpolitik:

Die Politik der Steuersenkungen hauptsächlich für die Konzerne und die „Besserverdienenden“ soll fortgesetzt werden. Zwar würden auch niedrig bezahlte Lohnarbeiter von der versprochenen Senkung des Eingangsteuersatzes von 15 auf 12 % profitieren, doch der Spitzensatz soll von 42 auf 39 % sinken und zusätzlich wird die Körperschaftsteuer von 25 auf 22 % ermäßigt.

Die liberale Ideologie, man müsse die Unternehmer nur von Steuern entlasten, dann kämen Wirtschaftsaufschwung, höhere Steuereinnahmen und Verringerung der Arbeitslosigkeit, ist zwar weder inhaltlich schlüssig, noch kann sie sich auf Erfahrungswerte stützen, doch die Politiker, ob

schwarz, rosa oder grün, sind immer noch erfahrungsresistent. Inhaltlich wird wieder rein auf Angebotspolitik abgehoben. Kapital wird aber akkumuliert und Lohnarbeit um es in Funktion zu setzen gekauft, wenn Aussicht besteht, daß die Produktion erweitert, der Mehrwert erhöht und durch Verkauf der zuschüssigen Produkte auch realisiert werden kann. In wichtigen Branchen (Auto, Textil, Nahrungsmittel u. a.) herrscht



Grafik 2

aber Überproduktion bzw. es existieren nicht ausgelastete Kapazitäten. Da stecken die Unternehmer zwar die Steuererleichterungen gerne ein (und verlangen noch mehr), doch sie brauchen keine zusätzlichen Arbeitskräfte sondern bauen diese weiter ab. Eine Zunahme der Steuereinnahmen ist dadurch auch weiterhin nicht zu erwarten.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer (siehe oben) soll nicht in den (defizitären) allgemeinen Haushalt bei Bund und Ländern fließen sondern den Einnahmeverlust der Arbeitsagenturen durch die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung (siehe oben) ausgleichen.

Mehreinnahmen sind aus dem Wegfall von „Subventionen“ zu erwarten. Wer fände das nicht gut? Das Wahlprogramm sieht auch einige Regelungen zum Wegfall von Steuerergünstigungen für Besitzer von Geldkapital etwa bei Steuersparfonds z. B. für Schiffbau vor. Das dürfte Arbeitsplätze bei den Werften kosten. Vor allem aber versteht die Union unter Subventionen den Weg-

fall der Steuerfreiheit für Schicht-, Nacht- und Feiertagszuschläge und die Streichung der Pendlerpauschalen. Das heißt massive Steuererhöhung für große Teile der Lohnabhängigen. Größere Flexibilität in zeitlicher und räumlicher Hinsicht wird zwar gefordert und auch immer mehr durchgesetzt, die Zuschläge dafür werden aber durch diese Steuererhöhung weitgehend weg gefressen.

**Auch hier – Kontinuität:**

Es ist schleierhaft, wie die Union mit Steuersenkungen, auch wenn sie zu Lasten der Lohnabhängigen teilweise kompensiert werden, zu einem ausgeglichenen Bundeshaushalt kommen oder gar Schulden abbauen könnte (vgl. Grafik 1). Kosten in erheblichem Ausmaß z. B. bei der Gesundheitsprämie (siehe unten) sollen noch dazu kommen (vgl. Grafik 2). Schon gar nicht kann eine durch die CDU/CSU geführte Bundesregierung notwendige Investitionen (Forschung, Bildung) oder Ersatzinvestitionen in Verkehrswege vornehmen, die auch in begrenztem Maße Arbeitsplätze schaffen würden.

**Sozialpolitik**

**Gesundheitskosten:**

Die gemeinsam von SPD und CDU/CSU ausgearbeitete Gesundheitsreform hat nur vorübergehend die Defizite der Kassen verringern können, da sie nur Leistungen verminderte bzw. privatisierte indem Kosten auf die Kranken abgewälzt wurden; die Gewinne des medizinisch-industriellen Komplexes und von Teilen der Ärzteschaft aber ungeschoren ließ. Deren Profite steigen weiter, die Kassen müssen zahlen, kommen wieder ins Defizit und die nächste „Reform“ steht vor der Tür.

Eine für alle einheitliche Gesundheitsprämie (Kopfpauschale) soll die Unternehmer von den zu erwartenden weiteren Kostensteigerungen freistellen. Der „Arbeitge-

beranteil“ wird eingefroren. Der Beitrag für Kinder wird vom Staat übernommen. Nicht berufstätige Ehefrauen müssen sich selbst versichern. Geringverdiener sollen Beihilfen aus Steuermitteln erhalten. Von Kosteneinsparungen bei Arzneien und Geräten - etwa durch eine

dann entweder zu Lasten der Versicherten (nicht mehr anteilig auch der Unternehmer) und/oder des Staates gehen werden.

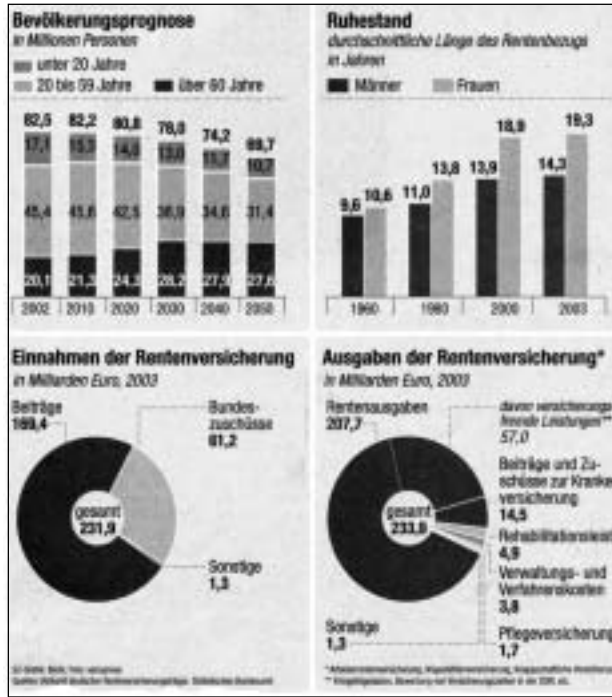
Die Pflegeversicherung soll auf Kapitalbasis umgestellt werden. Wie dies finanziert werden soll, bleibt rätselhaft. Es müßten ja gleichzeitig die laufenden Kosten für erworbene Rechte der jetzt Pflegebedürftigen und die Bildung eines Kapitalstocks für künftige finanziert werden.

Demgegenüber bietet die Bürgerversicherung für Kranken- und Pflegeversicherung aus dem Wahlmanifest der SPD immerhin eine Ausweitung der Einnahmen für diese Versicherungen durch Beitragspflicht auch für Beamte, Selbständige und Politiker. Auch Einkommensarten über das Arbeits-einkommen hinaus sollen beitragspflichtig sein. Hier steckt natürlich der Teufel im Detail, d. h. in der tatsächlichen Ausgestaltung der Bürgerversicherung. Immerhin wird man diese Variante beobachten müssen.

Solange der Preisgestaltung und der Vertriebspolitik des medizinisch/industriellen Komplexes keine Grenzen gesetzt werden, ist mit weiter steigenden Kosten zu rechnen. In Europa ist der Aufwand für Gesundheit und Pflege pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland am höchsten. Nur in den USA liegt er noch höher. Der Gesundheitszustand und die Lebenserwartung bei uns unterscheidet sich aber nicht nennenswert von den europäischen Nachbarn. Dies läßt nur den Schluß zu, daß die Pharma- und Geräteindustrie in Deutschland besonders kräftig zuschlägt. Solange das nicht geändert wird, was dem neoliberalen Credo allerdings widersprechen würde, kann von einer stabilen Finanzierung der Gesundheits- und Pflegekosten nicht gesprochen werden.

**Renten:**

Über die weitere Finanzierung der Rentenpolitik herrscht bei CDU/CSU ebenso wie bei der SPD verdächtiges Schweigen. Die Union will



Grafik 3



Grafik 4

Positivliste für die Pharmaindustrie oder bessere Ausnutzung für medizinische Geräte ist nicht mehr die Rede. Damit sind aber weitere Kostensteigerungen programmiert, die

Kinderzuschüsse geben ohne zu sagen, wie das gegenfinanziert wird, die SPD will darauf hinwirken, daß ältere Lohnarbeiter bis 65 Jahre in Arbeit bleiben - wie will sie die Unternehmer dazu zwingen? Die wirklich wichtige und aktuelle Frage, wie die Einnahmen der Rentenversicherung erhöht werden können um die bestehenden und künftig größer werdenden Finanzierungslöcher zu stopfen, bleibt unbeantwortet. Auch hier wirken sich Arbeitslosigkeit, Niedriglohnbereich und die sinkenden Nominallöhne aus. Außerdem sind immer noch 57 Mrd. Euro versicherungsfremde Leistungen bei den Ausgaben dabei (vgl. Grafik 3).

Auch wenn keine der großen Parteien das z. Zt. zugibt: Die Rentner werden mit Kürzungen rechnen müssen. Die Alternative: Beitragserhöhung ist für Union und SPD Tabu. Dafür wird von größerer Selbstverantwortung gefaselt, d. h. die Lohnabhängigen sollen mehr sparen, damit sie im Alter zu leben haben. Unausgesprochen lauert hinter dieser Forderung die Kürzung der gesetzlichen Renten auf eine wie immer definierte „Grundversorgung“. Doch die von Reallohnkürzung und Arbeitslosigkeit gebeutelte Arbeiterklasse kann zumindest in den unteren Einkommensschichten gar nicht sparen (vgl. Grafik 4). Die unteren Einkommensschichten sind die Mehrheit: „Die 4,2 Millionen wohlhabendsten Haushalte verdienen inzwischen so gut, dass sie mit 22,2 Prozent ihres Einkommens nichts anderes anzufangen wissen, als es auf die Seite zu legen - das schwächt die Konjunktur. Die acht Millionen Haushalte am unteren Ende der Wohlstandsskala dagegen verzeichnen so niedrige Einkommen, dass es gerade zum Leben reicht, aber nicht für die Altersvorsorge.“ (Die Zeit v. 11. 8. 05, S. 19) Damit ist massenhafte Altersarmut programmiert.

Die abnehmende Kinderzahl (vulgo: „Die Vergreisung Deutschlands“) fällt z. Zt. nicht ins Gewicht.

Gäbe es heute mehr Kinder, so gäbe es eben morgen mehr Arbeitslose. Hier wird eine Scheindebatte geführt, die auf Nationalismus und völkische Vorurteile setzt und von der wirklichen Frage - der Massenarbeitslosigkeit - ablenken soll. Kindermangel wäre dann ein Thema, wenn die Arbeitslosigkeit auf Null sinken und Arbeitskräftemangel aufkommen würde. Ob wir das noch mal erleben werden? Die weiter anhaltende Rationalisierung wird, d. h. die Verdrängung lebendiger durch tote Arbeit, wird wei-

keine grundsätzlichen Unterschiede zwischen dem Wahlprogramm der Union und der Praxis der SPD/Grünen Regierung in den letzten Jahren.

Praktisch besteht schon jetzt in wichtigen ökonomischen Fragen eine große Koalition. Wenn diese offiziell würde, wäre es keine nennenswerte Veränderung.

Es entsteht der Eindruck, daß beide „Volksparteien“ Kreide gefressen haben. Die SPD verspricht in ihrem Wahlmanifest Dinge (z. B. Nachbesserung bei Hartz IV, Luxussteuern usw.), die ihrer bisherigen Politik genau entgegengesetzt sind. Die Union hält sich mit Aussagen zum Sozialabbau sehr zurück. Vielleicht ist es die neue Linkspartei, die Mandats- und Diätenstandswahrer der alten Parteien zur Zurückhaltung veranlaßt.

Doch nach der Wahl ist Schluß mit Lustig. Die Kapitalverbände werfen der Union schon jetzt ihre Zaghaftheit bei Reformen (sprich: weiterem Sozialabbau) vor. Gegenüber einem Kabinett Merkel (egal in welcher Koalition) würde der Druck erheblich zunehmen.

Wenn die SPD vor der „sozialen Kälte“ einer schwarz/gelben Regierung warnt, wird sie wahrscheinlich Recht behalten. Doch ob eine rosa/grüne Koalition künftig sozial wärmer würde, ist nach den Erfahrungen der letzten 7 Jahre sehr zu bezweifeln.

Es ist anzunehmen, daß die schärfsten Einschnitte in den Sektoren erfolgen werden, wo die größten Finanzlöcher bestehen bzw. voraussichtlich entstehen werden. Das wären: Erhöhung von Verbrauchssteuern zur Verminderung der Haushaltsdefizite, Renten und Gesundheit.

Das muß kein Schicksal sein. Weiterer Widerstand über die parlamentarische Alternative hinaus - also Wahl der Linkspartei - wird dringend notwendig sein.

Stand: 17. 8. 2005



Grafik 5

ter für Arbeitslosigkeit sorgen. Selbst wenn entgegen unserer Annahme Arbeitskräftemangel eintreten würde, müßte eben die Zuwanderung erleichtert werden, und das Problem wäre gelöst.

#### Schon wieder - Kontinuität:

Die Union weicht dem tatsächlichen Problem der Sozialversicherung, der Unterfinanzierung durch fehlende Einnahmen aus Löhnen (vgl. Grafik 5) aus. Falls sie an die Regierung kommt und nicht mehr ausweichen kann, ist weiterer Sozialabbau zu erwarten.

#### Aussichten

Wenn wir von den Angriffen auf den Flächentarifvertrag und von der Erhöhung der Mehrwertsteuer absehen (siehe oben), so sehen wir

# Linkspartei – Chance oder Risiko

Nach allen zurzeit gemachten Prognosen, wird die Linkspartei, das Wahlbündnis aus PDS und WASG, im nächsten Bundestag vertreten sein. Und nicht nur das; sie hat die reale Chance, die drittgrößte Fraktion zu werden. Verwundert reibt man sich auf Seiten der Linken die Augen. Soll tatsächlich ein Parteigründungsprojekt, links von der SPD, bei der vor uns liegenden Bundestagswahl erfolgreich sein? Die Einschätzungen zu dem Charakter einer neuen Linkspartei, zu deren Politik und Politikmöglichkeiten sind sehr ausführlich diskutiert worden. Auch hier ist berechnete Skepsis an den Tag gelegt worden. Die Meinungen gehen von der totalen Ablehnung des Projektes, über eine distanzierte, skeptische Haltung dazu, bis zu begeisterter Zustimmung und Unterstützung des Bündnisses. Auch in der *Arbeiterstimme* ist in mehreren Ausgaben vor Illusionen gewarnt und auf die mögliche Gefahr hingewiesen

worden, dass es zu einem weiteren Rückzug von heute aktiven Menschen kommt, wenn illusionäre Erwartungen in die Partei platzen. Als besonderer Mangel wird der Umstand gewertet, dass sich die Linkspartei auf keine soziale Bewegung stützen kann. Das ist sicherlich richtig. Und richtig ist auch, dass, wenn die objektiven Voraussetzungen nicht vorhanden sind, eine solche Bewegung künstlich geschaffen werden kann. Deshalb gilt es zu untersuchen, wie es um diese Voraussetzung steht

Zuerst soll deshalb die Frage gestellt werden, warum gerade jetzt eine neue Partei entsteht und auch offensichtlich auf Resonanz bei Werktätigen stößt. Der Prozess zur WASG-Gründung hat nicht im luftleeren Raum stattgefunden, von ein paar „Spinnern“ initiiert. Er ist die Reaktion auf die neoliberale Kapitaloffensive, die von allen im Bundestag vertretenen Parteien, mit Ausnahme der beiden PDS-Vertreterinnen, unterstützt

wird. Und es ist darüber hinaus auch kein Zufall, dass die Initialzündung aus dem Bereich hauptamtlicher Gewerkschaftskreise, die der Gewerkschaftslinken zuzurechnen sind, erfolgte. Diese Leute sind in ihrer täglichen Arbeit sehr konkret mit den Auswirkungen neoliberaler Politik konfrontiert. Sie bestehen darin, dass ihre Organisationsarbeit immer schwieriger und die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit, durch die erfolgreiche Kapitaloffensive zunehmend geringer wird. Bei solchen politischen Rahmen-



bedingungen gibt es natürlich nur noch selten gewerkschaftliche Erfolge. Eigentlich sind die Gewerkschaften ja oft nicht einmal mehr in der Lage, den sozialen Status quo der Werktätigen aufrecht zu erhalten. Die Folge daraus ist ein anhaltender Rückgang der Mitgliederzahlen. Neben den Ursachen, die in der gewerkschaftseigenen Politik zu suchen sind, ist die neoliberale Politik der von Sozialdemokraten geführten Bundesregierung für diesen Niedergang verantwortlich. Ausgerechnet die SPD, der traditionelle Bündnispartner der deutschen Gewerkschaften, ist die treibende Kraft bei der Zerstörung des Sozialstaates. Dass das von den Werktätigen so wahrgenommen wird, zeigt ihre Beteiligung bei den Demonstrationen und Aktionen im vergangenen Jahr und ihr Verhalten bei den zurückliegenden Wahlen. Immer mehr Menschen verweigern ihre Beteiligung an solchen Veranstaltungen. Darüber hinaus machen sie die Gewerkschaften

für die Politik der SPD mit verantwortlich und geben, in falscher Konsequenz, ihr Gewerkschaftsbuch zurück. In den Betrieben ist diese schlechte Stimmung klar zu spüren. Es beginnt zu gären! Gewerkschafter haben, sonst wären sie keine, natürlich Kontakt zu der Basis. Das gilt auch für Hauptamtliche. Sie sind die Seismographen für solche Stimmungen. Einige haben gehandelt und den Prozess der WASG-Gründung angestoßen.

Inzwischen hat die WASG mehr als 5000 Mitglieder. Aber sie ist weltanschaulich wahrlich ein sehr bunter Haufen. Die WASG hat eine politische Bandbreite von trotzkistischen Sektierern um Linksruck und SAV, bis hin zu rechten Sozialdemokraten und politisch Indifferenten. Allerdings ist sie in ihrer Mitgliederstruktur eine Partei, in der Werktätige dominieren und, je nach Landesverband mehr oder weniger ausgeprägt, eine gewerkschaftliche Orientierung vorherrscht. Die WASG ist keine, im klassischen Sinne, linke Partei. Also keine Partei die für das Endziel Sozialismus eintritt. Sie ist auch keine reformistische, geschweige denn revolutionäre Partei. Wäre sie das, hätte sie bei dem gesellschaftlichen Bewusstseinsstand der Werktätigen keine Chance. Sie selbst betrachtet sich als Sozialstaatspartei, also als eine Partei der sozialen Reformen, in der Tradition von Willi Brandt, wie es Lafontaine in einem Interview ausdrückte. Damit knüpft sie an das kleinbürgerliche gesellschaftliche Bewusstsein der großen Mehrheit der Werktätigen an.

Ähnlich muss auch die PDS eingeschätzt werden. Sie ist mit ihrem Parteinamen zwar noch dem Sozialismus verpflichtet, doch zeigt ihre politische Praxis, dass das nicht viel zu bedeuten hat. Den Kapitalismus stellt sie nicht grundsätzlich in Frage. Auch die PDS ist deshalb nur eine Partei der sozialen Reformen, und damit mit der WASG wesensverwandt. Von daher ist das jetzt zustande gekommene Wahl-

bündnis und ein zukünftiger Zusammenschluss beider Parteien nur logisch und konsequent. Seit dem Zustandekommen des Wahlbündnisses in Form der Linkspartei, befinden sich beide Parteien im Aufwind. Im Gegensatz zu allen anderen Parteien haben sie Mitgliederzuwächse, sind ihre Veranstaltungen hervorragend besucht. In Umfrageergebnissen liegt die Linkspartei inzwischen bei 12 Prozent insgesamt, im Osten sogar bei 31 Prozent. Die Resonanz in der Bevölkerung zeigt, dass die Parteigründung bei vielen Menschen ein großes Bedürfnis nach einer Wahlalternative befriedigt. Bei einer solchen Grundstimmung entstehen bei ihren Wählern allerdings Erwartungen in diese Partei, die von ihr nicht einmal im Ansatz erfüllt werden können. Das ist ihr Problem.

Was kann die Linkspartei im nächsten Bundestag dann leisten? Hier gilt erst mal festzustellen, dass die Partei sich selbst als die parlamentarische Interessenvertretung ihrer Klientel versteht. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im nächsten Bundestag wird sie die beabsichtigte weitere Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Werktätigen nicht verhindern können. Die Partei kann maximal einen Beitrag leisten, dass der neoliberale Durchmarsch der bürgerlichen Parteien nicht so reibungslos läuft, wie von ihnen geplant. Einfluss auf die Politikgestaltung wird sie nur bekommen, wenn sich in der Partei die Erkenntnis durchsetzt, dass sie neben dem parlamentarischen Arm, auch einen außerparlamentarischen benötigt.

Auf jeden Fall aber wird sie ein Störfaktor für die bürgerlichen Parteien sein und die Sozialdemokratie von links unter Druck setzen. Mit einer Linkspartei im Bundestag hat die SPD das Problem, dass sie nicht mehr so weitermachen kann wie bisher. Die SPD wird wieder mehr Rücksicht auf ihre traditionelle Wählerschaft nehmen müssen, will sie diese nicht völlig verlieren und in der Bedeutungslosigkeit versinken. Wenn die Linkspartei und die SPD aber in Zukunft um die gleiche Klientel buhlen, wird die Linkspartei nur eine Chance haben, wenn sie sich tatsächlich nach links entwickelt und außerparlamentarisch handlungsfähig wird.

Die Chancen dazu sind nicht schlecht. Sie wären sogar sehr gut, wenn die Konservativen und die So-

zialdemokratie dazu gezwungen wären, eine große Koalition zu bilden. Doch auch ohne diese Konstellation, an einer Linksentwicklung kommt die Linkspartei nicht vorbei, will sie nicht wieder in der Versenkung verschwinden. Dafür wird alleine schon die ökonomische Entwicklung in den nächsten Jahren sorgen. Durch die fortschreitende Entwicklung der Produktivkräfte wird die Massenerwerbslosigkeit mit Hilfe von bürgerlichen Politikrezepten nicht zu beseitigen sein. Gleichzeitig ist mit dem weiteren Angriff der Kapitalisten auf die sozialen Errungenschaften und die Arbeitsbedingungen der Werktätigen zu rechnen. Die gesellschaftlichen Widersprüche werden also größer und damit wächst auch die Notwendigkeit, das kapitalistische System in Frage zu stellen. Vor dieser Aufgabe wird die Linkspartei stehen.

Ob die Linkspartei, diese Aufgabe dann auch tatsächlich übernimmt, kann man heute nicht beantworten. Die Entwicklung der PDS in den zurückliegenden Jahren lässt eher Befürchtungen hochkommen. Aber

selbst, wenn eine Sozialismuskussion angestoßen wird, wenn die Erkenntnis in der Arbeiterklasse wächst, dass die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse umgestoßen werden müssen, wird die Linkspartei nicht zur revolutionären Partei. Dazu bedarf es mehr. Dazu bedarf es einer objektiven revolutionären Situation, revolutionärer Kader und einer Bewegung, aus der heraus die revolutionäre, kommunistische Partei entsteht. Die Chancen für die revolutionäre Linke aber, werden in diesem bestimmten historischen Moment größer, wenn es mit Hilfe der Linkspartei jetzt gelingt, verkrustete politische Strukturen in der Parteien-Landschaft aufzubrechen.

Die Chancen für eine fortschrittliche Entwicklung in der BRD wachsen mit einer erfolgreichen Linkspartei. Daraus ergeben sich auch neue Möglichkeiten für die revolutionäre Linke. Demgegenüber sind die Risiken gering.

Deshalb sollte das Projekt Linkspartei von Kommunisten unterstützt werden.

## Weiter mit Null-Euro-Jobs

Darüber, dass der „Genosse der Bosse“ als Kanzler möglicherweise gehen muss, ist ein Teil der deutschen herrschenden Klasse wenig begeistert. So genannten Arbeitgebern, die voll im Geschäft stehen, ging es dank sozialdemokratisch geführter Regierung richtig gut. Einerseits lohnte ihnen diese den Eifer beim Ausbeuten der Arbeitskraft mit Steuergeschenken und Zuschüssen. Andererseits trug sie samt der neoliberalen Allparteien-Koalition durch Hartz-Gesetze usw. hervorragend dazu bei, Arbeitende wie Arbeitslose erkämpfter Rechte und Sozialleistungen zu berauben, sie fester unter Joch zu spannen und zur Selbstaussbeutung bis zum Verzicht auf das Auskurieren von Krankheiten zu zwingen.

Bei den Gewerkschaften ist der Kampfgeist gegen die Agenda 2010 erlahmt und sie unterwerfen sich nun der Regierungspolitik. Deutlich ist die Verquickung mancher Gewerkschaftsführer mit der SPD zu spüren, wobei sich besonders der DGB-Vorsitzende Sommer unangenehm her-

vortut. Viele Gewerkschaftsfunktionäre halten trotz der antisozialen Politik an der SPD fest und scheinen den Weg des „kleineren Übels“ bis zum bitteren Ende weiter gehen zu wollen, auch wenn er für die Lohnabhängigen mit sicherer Aussicht auf geringeren Lohn, längere Arbeitszeit und noch größere Lasten verbunden ist. Die Angst geht um im Gewerkschaftsapparat vor einer Unterminierung des Tarifrechts durch eine etwaige CDU/CSU/FDP-Regierung. Das ginge an die gewerkschaftliche Substanz. Deshalb auch die zum Teil hasserfüllte Ablehnung der neu gegründeten Linkspartei, die doch eigentlich noch am ehesten gewerkschaftliche Belange vertritt. Transnet-Boß Hansen hat auf einer Hauptversammlung in Beisein von Schröder die Linkspartei als noch weniger wählbar als die FDP bezeichnet.

Eine erprobte Methode zur Ausbeutung bei geringst möglichem Salär sind 1-Euro-Jobs. Nicht zuletzt dank Regierungshilfe ist die Lage am Arbeitsmarkt so bescheiden, dass sich

manche „Arbeitnehmer“ sogar gern derart übers Ohr hauen lassen, nicht nur wegen der paar Kröten, die anfallen, sondern auch um zeitweise dem niederdrückenden Erwerbslosensein zu entgehen. Diverse Unternehmer aber sind übermütig geworden und haben sich etwas Neues, den Null-Euro-Job, ausgedacht. Sie stellen, z. T. über private Vermittler, Arbeitskräfte für jeweils drei Wochen auf Probe ein und zahlen ihnen keinen Cent, während das Bundesamt für Arbeit weiter Erwerbslosengeld entrichtet. Nach drei Wochen entlässt der „Arbeitgeber“ den „Arbeitnehmer“ und heuert wiederum auf Probe einen neuen an, den er ebenso kostenlos für sich ausbeutet. Es folgt in regelmäßigen Abständen die Wiederkehr des Gleichen. Die Methode ist Betrug, doch nicht verboten. Der Mitteldeutsche Rundfunk sprach von „Sklavenarbeit“, irrte aber insofern, als Sklavenhalter ihre Ausbeutungsobjekte ernähren und kleiden muss-

ten, während „Arbeitgeber“ von heute das nicht nötig haben.

Denen, die drei Wochen kostenfrei malochen durften, wird zum Erlebnis solcher Wohltat noch mehr zuteil. Der Unternehmer stellt ihnen eine Bescheinigung aus, die neben Bedauern über den Zwang, den Betroffenen wieder auf die Straße werfen zu müssen, saftige Drohungen und Mahnungen enthält. So die: Wenn der auf Probe beschäftigt Gewesene Arbeitskleidung nicht in einwandfreiem Zustand zurückgebe, müsse er zahlen; falls er sich nicht sofort wieder beim Arbeitsamt melde, falle das ALG weg. Für seine Arbeitswilligkeit wird der arme Tropf somit noch gedemütigt und verhöhnt.

Für gerissene Unternehmer sind Null-Euro-Jobs eine lukrative Fortsetzung des Sozialstaatsabbaus. In ihrem durch die kapitalistische Wirtschaftsweise bedingten Drang nach „Höherem“, d. h. nach mehr Profit, werden sie auch damit nicht zufrieden sein.

Hierzu müsste erst der Zustand erreicht sein, bei dem die „Arbeitnehmer“, statt auf Lohn hoffen zu dürfen, Geld mitbringen müssen, um einen Arbeitsplatz zu bekommen. Anders als Henry Ford, der erkannt hatte, es brauche höhere Löhne, damit Proleten seine Autos kaufen, haben das „moderne“ Ausbeuter vergessen.

Ob endlich mal den „Arbeitnehmern“ der Geduldsfaden reißt, so dass sie sich wehren? Die sie zur Unterwürfigkeit zwingenden Ketten sind dafür noch zu fest geschmiedet, der Glaube an die Unausweichlichkeit und Ewigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist zu weit verbreitet. Dennoch dürften eines Tages auch diese Proletarier imstande sein, Ketten zu sprengen und die Brocken hinzuwerfen. Das sollte zweckmäßigerweise durch möglichst viele von ihnen zugleich geschehen, wobei die Brocken besser auf statt vor die Füße der Kapitalisten geschmissen werden.

M. B.

## Im Jahrhundert der Katastrophen Erinnerungen und Reflexionen eines kritischen Kommunisten

Geschichte ist für viele langweilig, vergangen und damit erledigt. Entsprechend mager sind die Kenntnisse vieler Menschen. Noch mehr gilt das für Geschichte der Arbeiterbewegung - sowieso altmodisch. Ganz besonders altmodisch und uninteressant ist für die meisten die Geschichte der KPD-Opposition, denn die Linken spalten sich ja sowieso dauernd, und keiner weiß warum.

Es ist schwer, diese Mauer der Ignoranz und Gleichgültigkeit zu durchbrechen - vor allem für die kleinen Gruppen, die in der Tradition der KPD-O stehen.

Das Archiv der Münchner Arbeiterbewegung und besonders sein Vorstandsmitglied Günther Gerstenberg versuchen seit vielen Jahren unverdrossen, derartige altmodische Themen aufzugreifen, wenn es gilt, ihre Aktualität über die Jahrzehnte hinweg darzustellen. Persönlichkeiten und Organisationen unterschiedlicher politischer Richtung und Weltanschauung werden der Vergessenheit entrissen.

Am 7. Juli d. J. war Theodor Bergmann eingeladen. Im „Jahrhundert der Katastrophen“ engagierte sich Bergmann als kritischer Kommunist in der KPD-Opposition. Ein langes und ereignisreiches Leben führte den Referenten vom Landarbeiter zur Professur für International vergleichende Agrarpolitik (keine normale Karriere). Reisen und Lehraufträge in vielen Ländern brachten ihm praktische Erkenntnisse über die Entwicklung bedeutender Teile der Erde und über die Widersprüche dieser Entwicklungen.

Über 60 Zuhörern (und eifrigen Diskutanten) brachte Bergmann nahe, daß die Entstehung der KPD-O eben nicht linke Zänkelei sondern der Versuch war, gegen die falsche Politik von SPD und KPD, die im jeweils anderen den Hauptfeind sahen, eine Linie der antifaschistischen Einheitsfront durchzusetzen. Ein leider gescheiterter Versuch, der für die deutsche Arbeiterbewegung die einzige Chance war, die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zu verhindern - damit auch den 2. Weltkrieg, rassistischen Mas-

senmord an Juden, Sinti und Roma und unzählige andere Greuelthaten des Faschismus.

Kurz und prägnant stellte er die Entwicklung vor, während und nach dem 2. Weltkrieg dar. Für manche - vor allem jüngere - Zuhörer sicher aus ungewohnter doch interessanter Perspektive, wie zahlreiche Fragen und Diskussionsbeiträge bewiesen.

Warum blieb Bergmann kritischer Kommunist? Nach der Niederlage des deutschen Faschismus wäre es doch an der Zeit gewesen, den alten Hader zu vergessen. Einige, die Bergmann noch gut kannte, haben versucht in KPD und/oder SED am Wiederaufbau und an der Errichtung eines sozialistischen Staats auf deutschem Boden mitzuarbeiten. Doch die Kluft zwischen den Traditionen der ehemaligen Komintern-Parteien und der Opposition war nicht kleiner sondern größer geworden. Freie Auseinandersetzungen über die Anforderungen des Klassenkampfes und um Lösungsmöglichkeiten, wie sie bis zum Ende der 20er Jahre des letzten Jahr-



Abdruck aus der *Arbeiterpolitik*

**Arbeiterpolitik**

## Rot-Grün tritt ab

**R**ot-Grün hat sich entschieden, den Weg für Neuwahlen zum Bundestag freizumachen. Der klare Ausgang der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen – als Höhepunkt einer Serie von Niederlagen – veranlasste die Männer an der Spitze der SPD, Münterfering und Schröder, ihre Entscheidung noch am Abend der Niederlage bekannt zu geben. Seitdem haben sich die parlamentarischen Lager formiert. Umfragen zufolge wünscht eine überwältigende Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung eine Neuwahl des Bundestages. Unter diesen wiederum bevorzugen die meisten der Befragten die Bildung einer großen Koalition, schon deutlich weniger eine Regierung von CDU/CSU und FDP, und nur ein geringer Teil favorisiert eine Fortsetzung von Rot-Grün. Inzwischen sind geplante Gesetzesvorhaben auf Eis gelegt, weil der 18. September als Wahltermin festgelegt wurde.

Die Initiative für die Neuwahl des Bundestages ging von der SPD-Führung aus. Sie entschloss sich zu diesem Schritt nicht aus einer Position

hundreds in der KPD noch (vielleicht nicht optimal) möglich waren, galten in KPD/SED als parteifeindlich. Kritische Analysen z. B. der Volksfrontpolitik, die in den ersten Nachkriegsjahren auch in Frankreich und Italien gescheitert war, galten als Ketzerei.

Versuche der Mitarbeit ehemaliger Oppositioneller endeten mit Parteiausschlüssen - in einigen Fällen auch im Gefängnis Bautzen unter dem absurden Vorwurf des Titoismus.

Ich meine, daß durch das lebendige, oft witzige Referat und die anschließende Diskussion viele der Anwesenden die Problematik erkannt haben, die zur kommunistischen Opposition führte und zu ihren Traditionen politischer Analyse und offener Auseinandersetzung, die heute in ihren (kleinen) Nachfolgegruppen weiterleben.

Dafür ist Genossen Theodor Bergmann zu danken. Wir hoffen, daß er noch viele Jahre als Schriftsteller und Referent politische Aufklärung und historische Kenntnisse verbreiten wird.

P. E.

der Stärke heraus. Sie handelte eher wie der Kapitän eines stark beschädigten Schiffes, der durch Zünden eines Hilfsmotors das ins Trudeln geratene Boot samt seiner Mannschaft noch zu retten versucht. Die SPD gibt mit ihrer Entscheidung, dem eigenen Bundeskanzler das Vertrauen nicht mehr uneingeschränkt auszusprechen, das rot-grüne Projekt sang- und klanglos auf und tritt den Rückzug an. Im Unterschied zu den Grünen sieht die SPD auch bei einem erheblichen Stimmen- und Mandatsverlust für sich immer noch die Chance, weiter an der Regierung als Partner der Union beteiligt zu sein. Die Grünen müssen dagegen mit großer Wahrscheinlichkeit in die Opposition gehen. Der SPD-Führung sitzt außerdem die linken Wahlalternative (PDS, WASG) im Nacken, die, so ihre Befürchtung, am Abend der Wahlniederlage in NRW, bis zur nächsten regulären Bundestagswahl im Herbst 2006 für viele potentielle Wähler der Sozialdemokratie zu einer Alternative werden und sogar Teile der eigenen Partei in den Bann ziehen könnte. Die Ankündigung von Neuwahlen zielte daher auch auf die Disziplinierung der Parteilinken der SPD.

Die SPD befindet sich derzeit strategisch in einer ungünstigen Position. Die für sie verheerenden Mehrheitsverhältnisse in den Landtagen schränken ihre Handlungsfähigkeit auf Bundesebene ein. Nur in fünf Ländern ist die SPD noch die führende Regierungspartei, doch deren Stimmen stehen – aufgrund von Koalitionsvereinbarungen – im Bundesrat für eine Unterstützung der Bundesregierung nicht zur Verfügung. Damit wird der politische Druck auf die Koalition im Bund übermächtig. Die Unternehmerverbände signalisieren ständig, dass ihnen die Sozialabbaugesetze, mit denen die SPD ihre eigene Wählerschaft verprellte, immer noch nicht weit genug gehen. Dies erfordert eine Klärung der Machtverhältnisse auf Berliner Regierungsebene.

Lange Zeit sah es so aus, als ob die nächste Bundesregierung eine schwarz-gelbe sein werde. Doch nachdem Union und FDP die Konturen ihres Regierungsprogramm vor-

## Blockaden beseitigt

Von der konservativen Presse wird die neue Sicht der SPD auf die „soziale Marktwirtschaft“, von Riester-Rente über Agenda 2010 zu Hartz I bis IV als erster Schritt zu einer umfassenderen Modernisierung der Bundesrepublik gesehen. Die Ideologen des Neoliberalismus wissen die Rolle, die die SPD in den vergangenen Jahren gespielt hat, wohl zu schätzen. Sie hat Blockaden beiseite geräumt, an denen die Vorgängerregierung gescheitert war, hat die Gewerkschaften diszipliniert und dem sozialen Protest die politische Spitze abgebrochen. Bilanz und Perspektive der Sozialreformen sehen aus ihrer Sicht so aus:

„Anders als seine drei Vorgänger stellt das Hartz-IV-Gesetz eine historische Wegmarke dar, denn es beinhaltet einen radikalen Systemwechsel: die Abschaffung der lohnabhängigen Arbeitslosenhilfe und ihre Zusammenführung mit der steuerfinanzierten Sozialhilfe zu einer einheitlichen, niedrigeren, am soziokulturellen Existenzminimum orientierten Grundsicherung, dem Arbeitslosengeld II. Dass jene protestieren würden, die dadurch Einkommenseinbußen erleiden, war abzusehen. Dass es Anlaufschwierigkeiten geben würde, bis das neue System reibungslos funktioniert, ebenso. Auch war allen klar, dass sich die Zahl der Anspruchsberechtigten nicht auf die letzte Kommastelle genau vorhersagen lassen würde, weil dazu erst die Statistiken der Arbeitsagenturen und Sozialämter zusammengeführt werden mussten. Es bleibt das Verdienst der rot-grünen Koalition, das unpopuläre Vorhaben trotzdem in Angriff genommen zu haben, und es ehrt sie, wenige Monate vor der Schicksalswahl in Nordrhein-Westfalen das wahre Ausmaß der Erwerbslosigkeit um einiges transparenter gemacht zu haben. Mehr Lob aber hat die Bundesregierung nicht verdient,“ so die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) vom 30. Mai 2005. Diese Textstelle aus dem Flaggschiff der konservativen Presse ist bezeichnend, weil sie prägnant die technokratische Sicht des konservativen und rechtsliberalen Lagers widerspiegelt.

Weiter heißt es: „Der größte Fehler der rot-grünen Koalition freilich ist es gewesen, den Systemwechsel nicht konsequent genug betrieben zu haben. Statt

die Leistungen für Erwerbsfähige unter das Sozialhilfeniveau zu senken und im Gegenzug einen großzügigeren Zuverdienst zu erlauben, hat die Regierung – ermuntert von den Gewerkschaften, erpresst von der Parteilinken – mit allerlei Zuschlägen und Pauschalen die Härten immer weiter abgefedert und die neue Leistung immer attraktiver gemacht. Für eine vierköpfige Familie kommen rasch 1500 Euro zusammen. Soviel bleibt manchem, der dafür einen ganzen Monat arbeiten muss, nicht übrig.“ (FAZ, 30.5.2005). Das ist wieder die alte Mär vom unzureichenden Abstand zwischen Niedriglohn und Sozialhilfe – der FAZ kommt natürlich nicht in den Sinn, dass Löhne zu niedrig sind und deshalb drastische Lohnerhöhungen, ein existenzsichernder Mindestlohn und ein bedingungsloses Grundeinkommen zu fordern seien.

Ganz im Gegenteil sei die Schraube noch anzuziehen: „Aus dem Desaster führt nur ein Weg hinaus: Die BA (Bundesagentur für Arbeit, die Red.) muss deutlich abgespeckt werden und sich auf die bloße Berechnung und Auszahlung der Versicherungsleistung für Kurzarbeitslose beschränken; sie könnte den Arbeitnehmern dann Wahltarife mit Selbstbehalten und Karenzzeiten anbieten. Bedürftige Langzeitarbeitslose gehören einzig und allein durch die Kommunen betreut. Diese sind näher an den Betroffenen und können umfassender und unbürokratischer helfen. Die aktive Arbeitsmarktpolitik – einschließlich der schädlichen Ich-AG's, Personal-Service-Agenturen und Ein-Euro-Zuschläge – muss drastisch zurückgeführt und aus dem Bundesetat finanziert werden. Berufsberatung und Stellenvermittlung sind Privaten zu übertragen, der virtuelle Arbeitsmarkt der BA ist einzustellen. Zwar wären durchschlagende Effekte nicht von heute auf morgen zu erwarten, denn der Aufbau privater Strukturen braucht Zeit und Transparenz, und viele der 90.000 BA-Mitglieder sind faktisch unkündbar. Aber wenn die Reform jemals Erfolge zeitigen soll, dann muss sie so und nicht anders zu Ende gebracht werden.“

So etwa können Richtung und Tempo der künftigen Regierungspolitik aussehen, wobei es keine große Rolle spielt, ob sie in den Farben rot-schwarz, schwarz-gelb oder anderswie bunt daher kommt.

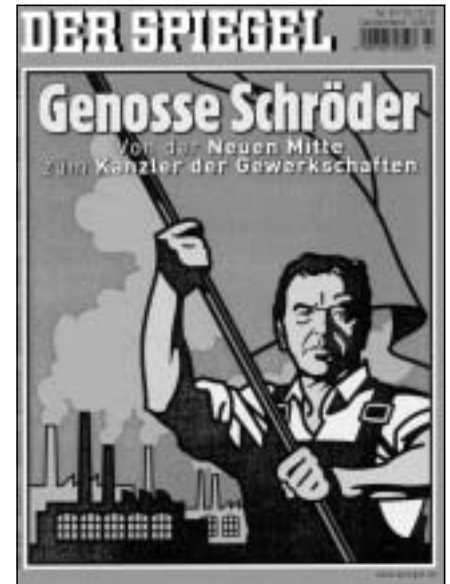
gestellt haben, ist die Stimmung nicht mehr so eindeutig. Sie haben eine Erhöhung der Mehrwertsteuer angekündigt, wollen die Pendlerpauschale kürzen, Nacht- und Sonntagszuschläge versteuern, wesentliche Verschärfungen im Arbeitsrecht, bei Hartz IV und im Gesundheitswesen durchsetzen, etc. Alles Vorhaben, die insbesondere die Arbeiter und Angestellten belasten werden. Damit können sie keine nachhaltige Wendestimmung erzeugen. In den Augen vieler Wähler fehlt zur bisherigen Regierungskoalition eine schlüssige Alternative. Statt skeptischer Aufbruchstimmung, wie noch beim Regierungswechsel 1998, herrscht heute eher ein unbestimmtes Verlangen nach Auswechslung des bisherigen Führungspersonals. Auf einen Politikwechsel im Rahmen der Parlamentswahl setzen die von reaktionären Sozialreformen bedrängten lohnarbeitenden und erwerbslosen WählerInnen in ihrer großen Mehrheit nicht mehr. Etwa drei Viertel der Wahlberechtigten gehen derzeit davon aus, dass es ihnen nach den Wahlen schlechter gehen wird als bisher.

### Vorstellungen beim Regierungswechsel 1998

Optimistischer waren noch die Vorstellungen, mit denen das sozialdemokratisch-grüne Zweckbündnis 1998 ins Amt gewählt wurde. „Kohl muss weg!“ schallte es damals auf nahezu jeder Demonstration, die irgend etwas zu tun hatte mit Sozialabbau, Tarifrunden, Entlassungen am Arbeitsplatz oder Betriebsschließungen. Die Standard-Forderung war zum Ritual geworden, mit dem die Wende zum Besseren beschworen wurde. Auch wenn das Vertrauen in grundlegende Veränderungen von oben schon damals bröckelte, drückte sich in dieser Personalisierung eine Hoffnung auf Erleichterung aus, wenn erst einmal der „Dicke“ weg sei. Die Gewerkschaften warben intensiv für einen Wechsel. Die Mehrheit der Lohnabhängigen und der Erwerbslosen erwartete zumindest, dass der Sozialabbau sich irgendwie begrenzen ließe.

Bis weit in die 80er Jahre hinein setzte die SPD in Abgrenzung zur CDU/CSU auf Wählerschichten, für die staatlich finanzierte Sozialpolitik

und Sicherung von ArbeitnehmerInnen- und Gewerkschaftsrechten wichtige Maßstäbe darstellten. Obwohl sie schon damals keine Arbeiterpartei mehr war, orientierte sie sich immer noch an den Interessen von Beschäftigten und Arbeitslosen. Seither aber hat sie, um ihre Regierungsfähigkeit zu beweisen, sich der neoliberalen Wende bürgerlicher Politik angepasst.



Spiegel-Titel November 2002

Mit Schröder an der Spitze stellte sie ihre Sozialpolitik unzweideutig unter den Vorbehalt der Modernisierung kapitalistischer Strukturen und der Finanzierbarkeit durch öffentliche Kassen. Damit entschied die SPD sich für ein Wirtschaftskonzept, dass die weitere gesellschaftliche Entwicklung allein von den Bedürfnissen der auf den Weltmarkt orientierenden Wirtschaftsunternehmen abhängig machte.

Im Interesse der weltmarktorientierten Konzerne setzte die SPD ihre bisherige Funktion im Parteiensystem aufs Spiel und verlor reihenweise Landtagswahlen. In der letzten, in Nordrhein-Westfalen 2005, resultierte der Wahlsieg der CDU nicht allein daraus, dass sie auf der Basis einer gesunkenen Wahlbeteiligung relativ mehr Stimmen bekam als die SPD, sondern sie konnte auch absolut fast eine Million Stimmen dazu gewinnen. Diese stammten auch aus dem Lager derjenigen, die Angst haben Opfer des Sozialumbaus zu werden. Das Ruhrgebiet als traditionelle SPD-Hochburg bot hierbei kein wesentlich anderes Bild als die ländlich geprägten Regionen wie Niederrhein oder Westfalen.

Unter allen sozialen Gruppen bekam die SPD unter den ArbeiterInnen und Erwerbslosen zwar immer noch ihr bestes Ergebnis, hatte aber trotzdem in diesen Gruppen mit minus elf Prozent doppelt so hohe Verluste wie in der Wählerschaft allgemein.

Die großen „Volksparteien“ erscheinen nun als völlig austauschbar, und so sieht sich etwa Jürgen Rüttgers



Mai 2003, Nürnberg

von der CDU nach seinem triumphalen Wahlsieg als neuer Chef der „Arbeiterpartei“ in Nordrhein-Westfalen. Damit ist auch zweifelhaft geworden, ob eine in die parlamentarische Opposition zurückgetriebene SPD jemals wieder in der Lage sein wird, sich als die große, traditionelle „Arbeitnehmer“-Partei darzustellen und in diesem Sinne oppositionelle Kräfte an sich zu binden. Der Raum für die Suche nach Alternativen öffnet sich auch in den Gewerkschaften immer weiter, wie der Zulauf zunächst zur WASG und der Zuspruch in den Wahlprognosen zur Linkspartei verdeutlichen. Diese Bestrebungen überschreiten mehrheitlich nicht den Rahmen des traditionellen sozialdemokratischen Politikverständnisses, führen aber zu einer Ablösung von Teilen der Arbeiter und Angestellten von der SPD.

### Chronologie der rot-grünen Regierungszeit

Das rot-grüne Bündnis – BefürworterInnen nennen es „Projekt“, andere ganz einfach Koalition oder „Zweckbündnis“ – dauerte bislang ca. 20 Jahre. Im Dezember 1985 begann

es in Hessen, als Joschka Fischer bei seiner Vereidigung noch zeitgemäß in Turnschuhen auftrat.

Das Verhältnis von SPD und Grünen war stets spannungsgeladen, wenn auch beide Seiten den taktischen Umgang miteinander von Jahr zu Jahr verbesserten. Die Beziehungen von führenden Repräsentanten beider Parteien wie Börner und Fischer in den achtziger, Schröder und Trittin in den neunziger Jahren, Schröder und Fischer in der Berliner Regierungszeit machen diese Entwicklung anschaulich. Dahinter stand eine Orientierung auf grundlegend unterschiedliche Wählerschichten und Lebensmilieus. Die SPD vertrat die lohnarbeitenden Massen aus den traditionellen Großindustrien, mit den Facharbeitern als Kerngruppe. Diese gerieten mit dem Ende der Vollbeschäftigung Mitte der siebziger Jahre immer stärker unter Druck. Die Grünen waren aus der sozialen Bewegung von neuen Mittelschichten erwachsen, die von der Ausweitung des deutschen Bildungssystems seit Ende der sechziger Jahre profitiert hatten und ihre gehobenen Ansprüche an Lebensqualität in die politische Auseinandersetzung einbrachten. Sie vertraten neuere Kapitalgruppen, die durch die Lobbypolitik der alten kaum eine Chance hatten, die eigenen Projekte umzusetzen. Dieser „sanfte“ Kapitalismus versuchte besonders in den Bereichen Energie, Verkehr, Hausbau, Nahrungsmittel, aber auch in Bereichen wie Kosmetik, Reisen, Gesundheit etc. Alternativen im Kapitalismus aufzuzeigen. Entlang der Interessen der einzelnen Kapitalgruppen ergaben sich dann auch Konflikte in den jeweiligen Landesregierungen. In Nordrhein-Westfalen ging es u.a. um Verkehrsprojekte, Braunkohle (Gartzweiler) und Steinkohle. Unter allen drei Ministerpräsidenten dieser Koalition (Rau, Clement, Steinbrück) drohte zeitweilig das Aus. In Hessen war es die Atompolitik, in Hamburg der Flugzeugbau.

Rot-grüne Koalitionen waren daher als Bündnisse zwischen so unterschiedlichen Parteien stets umstritten. Die SPD ließ sich insgesamt unwillig auf das ein, was sie ihrer WählerInnenbasis nur schwer vermitteln konnte. Die Grünen waren eher der treibende Teil, weil sie im traditionellen Parteiensystem auf Landes- und Bundesebene keine Alternative für

eine Koalition besaßen. Mit ihrem politischen Schwergewicht und ihrer langen Regierungserfahrung gelang es der SPD, den Grünen substanzielle Konzessionen abzunötigen, etwa zu Schröders Politik gegenüber den Energiekonzernen oder Schilys harter Hand in Fragen der Staatssicherheit. Zur realpolitischen Entsorgung des Pazifismus hatte schon seit Mitte der neunziger Jahre Strategie Fischer mit Überlegungen zum Eingreifen im bosnischen Bürgerkrieg die notwendigen Vorarbeiten geleistet. Der Eintritt in die Regierungskoalition eines führenden NATO-Landes war ohne Bekenntnis zum eigenen Militär nicht denkbar. Bemäntelt wurde das damit, Kriege nunmehr als „humanitäre Aktion“ zu führen.

Die SPD ihrerseits machte den Konzernen und Unternehmerverbänden immer mehr Zugeständnisse in der geforderten Demontage des Sozialstaates. Zwar wurden anfangs noch „Kohls soziale Sauereien“ zurückgenommen (Rentenreform, Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall). Mit der ersten Sitzung des „Bündnisses für Arbeit“, das zu Kohls Zeiten noch gescheitert war, schien Schröders Strategie der Moderation der sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen aufzugehen. Doch nach kurzer Zeit scheiterte dies: auf parteipolitischer Ebene durch die erfolgreiche Kampagne der hessischen CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, auf verbandspolitischer Ebene durch das Verlangen der Unternehmer nach Disziplinierung der Gewerkschaften. Die geforderte Wende wurde vollzogen, dokumentiert durch das plötzliche Ausscheiden des SPD-Chefs und Finanzministers Lafontaine. Von nun an verfolgte die Parteiführung ohne nennenswerte innerparteiliche Widerstände den Kurs des offenen Sozialabbaus.

Die weiteren Stufen waren: Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien; erste „Steuerreformen“ (einschließlich Ökosteuer) zur Entlastung der Unternehmen und Privathaushalte, Belastung von Lohnabhängigen und VerbraucherInnen; Teilprivatisierung der Rentenversicherung („Rieser-Rente“); „Konsens“ mit der Energiewirtschaft über den Ausstieg aus der Atomwirtschaft (bis heute wurden gerade mal zwei Alt-AKW's abgeschaltet); Beteiligung an Militäreinsätzen.

zen in Mazedonien und Afghanistan. Im Jahr 2002 konnte die Schröder-Regierung mit der Einrichtung der Hartz-Kommission, dem Rückenwind der ostdeutschen Flutkatastrophe und ihrem gegen die Politik der USA gerichteten Verhalten im Irak-Krieg die Bundestagswahl unerwartet gewinnen. Die Mehrheit im Bundesrat hatte sie freilich schon 1999 verloren.

Die große Abrissbirne holte Schröder im März 2003 heraus mit der Erklärung der Agenda 2010. Hier wurden ein umfassender Umbau des Sozialsystems mit durchgreifender Disziplinierung der Erwerbslosen und Drohungen gegen die Gewerkschaften verkündet. Den Höhepunkt bildete die weitgehende Entrechtung der Langzeitarbeitslosen, wie sie dann im Hartz-IV-Gesetz festgelegt wurde. Nun formierte sich außerparlamentarischer Widerstand von der bundesweiten Demonstration am 1. November 2003 über den Aktionstag der Gewerkschaften am 3. April 2004 bis zu den Montagsdemonstrationen nach Verschiebung der ersten Antragsformulare für das Arbeitslosengeld II. Die Führung der Gewerkschaften aber arrangierte sich: So erklärte etwa DGB-Chef Sommer, man müsse sich mit der Niederlage durch Hartz IV abfinden und auf dieser Grundlage die sozialen Verhältnisse mitgestalten. Widerspruch von der Basis blieb vereinzelt: Der DGB-Regionalvorstand Main-Kinzig/Offenbach/Wetterau zum Beispiel beschloss eine Protestresolution gegen Sommers Kapitulation. Die Antwort der SPD auf die noch zu schwache Protestwelle beschränkte sich auf Schröders „Bastal“ und die Bestallung von Franz Müntefering zum neuen Parteichef.

### Münteferings eigenartige Kapitalismuskritik

Die Arbeitsteilung zwischen Bundeskanzler und neuem Parteichef konnte die WählerInnenschaft nicht beeindrucken. Als die Bildung einer SPD geführten Landesregierung in Schleswig-Holstein an einer Stimme aus dem eigenen Lager scheiterte, trat die SPD-Führung die Flucht nach vorn an. Eine wirkliche Kapitalismuskritik konnte von Müntefering natürlich nicht erwartet werden, sondern die Ablenkung von einer solchen. Nicht das Wesen des Kapitalismus – die Aus-

beutung der Lohnabhängigen – griff er an, sondern die Handlungsweisen einzelner. Damit es niemand missverstehen konnte, forderte er, die SPD müsse etwas dazu sagen, „wie wir in Zeiten der Globalisierung eine soziale Marktwirtschaft bleiben können und nicht in die Marktwirtschaft pur abrutschen“. Die große Zahl der Unternehmer handele verantwortungsvoll, doch es gebe einige, die fallen wie die „Heuschrecken“ über das Land. Das Entsetzen in den Medien war groß, einige fühlten sich durch den Vergleich von Menschen mit Tieren an Nazi-Zeiten erinnert.

Die Müntefering'sche Kapitalistenschelte musste verpuffen, da sie den Lohnabhängigen und Erwerbslosen keine Perspektive aufzeigen konnte. Doch seit seiner öffentlich vorgetragenen Scheinkritik ist Kritik am Kapitalismus nicht mehr tabu, ist nicht mehr der allgemeine öffentliche Tenor: Die Kapitalisten machen per se alles richtig. Dass die SPD ihren Worten Taten folgen lassen würde, glaubte niemand. Umfragen zeigten zudem die mit diesem Thema derzeit verbundene Konfusion: Zwar war eine deutliche Mehrheit davon überzeugt, dass die angebliche Kapitalismuskritik richtig sei, gleichzeitig fürchtete aber eine ebenfalls große Mehrheit der Befragten, dass solches Gerede dem „Standort Deutschland“ schade. Eine Kritik, die von vornherein auf praktische Konsequenzen verzichtet, kann keine nachhaltige Beachtung finden. Bekanntlich verlor die SPD wenige Wochen danach die Wahl in Nordrhein-Westfalen.

Sozialdemokraten kritisieren eben nicht das Privateigentum an Produktionsmitteln, das die Voraussetzung für die Ausbeutung der Lohnabhängigen, die Massenarbeitslosigkeit ist. Produziert wird im Kapitalismus nur, um Gewinne zu machen. Arbeit ist nur Lohnarbeit, nicht schöpferische Entfaltung des Menschen. Sozialdemokraten wollen nicht die Warenproduktion durch eine demokratisch geplante Produktion von nützlichen Dingen ersetzen, sondern klagen das Gleichheitsprinzip des Warentauschs dort ein, wo sie glauben, dass es verletzt werde: den „gerechten Lohn“ für gute Arbeit, den „fairen Handel“ zwischen den Nationen, die „soziale Gerechtigkeit“ zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Die StammwählerInnenschaft der Sozialdemokratie denkt freilich ebenso.

Was sie verunsichert, ist die Tatsache, dass unter heutigen Verhältnissen die SPD diese Versprechen nicht mehr realisieren kann und unter der Parole „Fördern und Fordern“ auch nicht mehr will.

Die SPD der Schröder und Clement ist nicht mehr die Partei der siebziger Jahre, der es um wohlfahrtsstaatliche Kompensation sozialer Ungleichheit ging. Der heutige Staat soll „aktivieren“. In dem 1999 zusammen mit der britischen Labour-Partei veröffentlichten Schröder-Blair-Papier sprach die SPD-Führung von einem neuen „Dritten Weg“, nicht zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern „altem“ Sozialstaat und fundamentalistischem Marktradikalismus. Hier, behauptete sie, seien „intelligente Lösungen“ zu finden. Der Staat müsse die Bürgerinnen und Bürger aus ihrer „Versorgungsmentalität“ befreien, damit sie den Kopf frei bekämen zur Eigenverantwortung – zu ihrem eigenen Vorteil. Unter demagogischer Anknüpfung an emanzipative Bedürfnisse wurde das Sozialsystem diskreditiert und zusammengestrichen. Ziel ist die Senkung von Lohn- und Sozialkosten, um Forderungen der Unternehmer entgegen zu kommen. Schröder formulierte: „Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt, die Politik hat da nur Geleitschutz zu fahren.“ Clement begrüßte „produktive Ungleichheit“. Nach dem Willen der „Dritte-Weg“-Propagandisten soll es zwar noch eine Basissicherung geben, jedoch nur im „wirklichen Notfall“ und selbstverständlich nicht für diejenigen, die sich dem kapitalistischen Zwang zur Lohnarbeit widersetzen.

Der frühere Aufsichtsratsvorsitzende von Deutsche Bank und DaimlerChrysler, Hilmar Kopper, gab eine einleuchtende Erklärung dafür, warum ausgerechnet Sozialdemokraten geeignet seien, das von ihnen zum großen Teil (mit)-geschaffene Sozialsystem einzureißen und radikal umzubauen: „Wahrscheinlich müssen die heiligen Kühe von denen geschlachtet werden, die an der Aufzucht der Kälber am aktivsten beteiligt waren.“ („Hamburger Abendblatt“, 4.11.1999).

18. August 2005

*Bezugsadresse der Arbeiterpolitik:  
GFSA e.V.  
Postbox 106426  
D-20043 Hamburg*

# Die Tschechische Linke heute

Obwohl der nachfolgende Text sich mit der Lage der tschechischen Linken nur nach dem Umbruch von 1989 befassen will, muss man doch den ausländischen Leser wenigstens teilweise mit der Vorgeschichte bekannt machen. Denn im Augenblick der „samtenen Revolution“ – so glaubten die Medien die Umwälzung nennen zu müssen, zu der es im November/Dezember 1989 in der damaligen Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik gekommen ist – gab es im politischen System des Landes zwar legal mehrere politische Parteien, doch dem Namen nach konnten nur zwei von ihnen als „linke“ betrachtet werden: außer der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (deren „führende Rolle“ in der Verfassung verankert war) gab es die Tschechoslowakische Nationalsozialistische Partei (trotz des Namens hatte sie überhaupt nichts mit den deutschen „Nationalsozialisten“ zu tun. Auch würde es zu weit führen hier darüber zu diskutieren, ob das System der kommunistischen Herrschaft überhaupt „sozialistisch“ genannt und ob die KPTsch daher als eine „linke“ Partei angesehen werden darf – lassen wir es bei ihrem Anspruch bleiben, sie sei ein Teil der Linken.)

Der Zusammenbruch des Regimes gegen Ende des Jahres 1989 brachte auch politische Freiheit in dem Sinne, dass neue politische Gruppierungen legal entstehen konnten, darunter auch auf der linken Seite des Spektrums. Die wichtigste unter ihnen, wie sich bald zeigen sollte, war die „erneuerte“ Tschechoslowakische Sozialdemokratische Partei (die nach dem Zerfall der Republik 1992 in zwei selbständige Staaten, nämlich die Tschechische sowie die Slowakische Republik, ihren Namen in *Tschechische* Sozialdemokratische Partei änderte). In diesem kurzen Überblick andere linke Gruppen aufzuführen, obwohl sie sich meistens selbst *Parteien* nannten, hätte wenig Sinn, weil die Existenz der meisten entweder nur sehr kurzlebig war oder – von der breiteren Öffentlichkeit unbemerkt – sie vegetieren nur noch

als bedeutungslose Gruppen. Noch werden wir von diversen Anarchistenzirkeln berichten, die man zwar der „Linken“ zurechnen kann, deren Wirkungskreis sich jedoch praktisch nur auf Prag und Brno (Brünn) sowie auf kleine (Jugend)Gruppen beschränkt. Es bleiben also nur noch die zwei (traditionellen) „Säulen“ der tschechischen Linken, die wir erörtern wollen.

## Umbrüche und Unterbrechungen

Die Tschechoslowakische Sozialdemokratische Partei (gegründet 1878 als Bestandteil der österreichischen Sozialdemokratie, autonom seit 1893, seit 1897 selbständig innerhalb eines breiteren Rahmens von sechs sozialdemokratischen Parteien), war seit dem Entstehen der Tschechoslowakei im Jahre 1918 eine der stärksten politischen Parteien. (Bevor ihr linker Flügel im Mai 1921 ausschied, um die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei zu gründen, war sie die stärkste überhaupt). Sie beteiligte sich fast an allen Regierungen zwischen 1918 und 1938, d. h. solange die unabhängige ČSR existierte. Im November 1938 löste sie sich – wie alle anderen politischen Parteien des Landes (mit Ausnahme der KP, die verboten wurde) auf und nannte sich – unter Einschluss linksgerichteter Mitglieder anderer Parteien – Nationale Arbeitspartei. Viele Sozialdemokraten beteiligten sich am Widerstand, haben ihr Tun mit dem Leben bezahlt – und fehlten schmerzlich

1945, als nach der Befreiung die Sozialdemokratische Partei erneuert wurde. Sie wurde – wie die übrigen drei Parteien (weil keine anderen mehr zugelassen waren) zum Mitglied der politischen Sammlungsbeziehung genannt Nationale Front (ein Grundmuster, das die Sowjets durch „Vermittlung“ der kommunistischen Parteien auch in allen anderen Ländern ihrer Einflusszone in Mittel- und Osteuropa anwandten). Viel schwächer als vor dem Krieg, von Kommunisten unterwandert, wurde die

tschechische Sozialdemokratie nach dem kommunistischen Umsturz vom Februar 1948 dann im Juni 1948 mit der KP zwangsvereinigt und hörte auf innerhalb des Landes zu existieren. (Hier muss man bemerken, dass von den 370.000 Mitgliedern über 200.000 dem Druck verschiedenster Art widerstanden und die Anmeldung zur KP nicht unterschrieben). Hunderte von Sozialdemokraten, besonders diejenigen, die nicht Mitglieder der KP sein wollten, wurden verfolgt und ins Gefängnis geworfen.

Mehreren hohen Parteifunktionären gelang es rechtzeitig ins Ausland zu flüchten und die dort lebenden Sozialdemokraten (manche waren dort seit ihrer Flucht vor den Nazis 1938 geblieben, viele kamen nach 1948 dazu) zu sammeln. Von den ausländischen Bruderparteien anerkannt, versuchte so die ČSSD zwischen 1948 und 1990 zu überleben und wirkte besonders in Paris, in Westdeutschland, in der Schweiz sowie den USA.

Ermuntert durch den im Frühjahr 1968 verlaufenden „Demokratisierungsprozess“ versuchten einige ehemalige Mitglieder im April 1968 – mit Hinweis darauf, dass die „Vereinigung“ 1948 nicht den Statuten gemäß erfolgt war – in Verhandlungen mit dem Zentralkomitee der KP die Sozialdemokratische Partei erneut ins Leben zu rufen. Doch mit Rücksicht auf die scharfen Attacken sowjetischerseits und im Bemühen, den Demokratisierungsprozess nicht zu gefährden, beendete das Vorbereitungscommittee am 2. September – also wenige Tage nach dem Einmarsch der Sowjettruppen – seine Tätigkeit.

Während der folgenden „Normalisierung“ gab es einige Versuche in irgendeiner Form wenigstens den Geist der Partei wach zu halten. Und als am 17. November 1989 die gewalttätige Unterdrückung des Prager Studentenmarsches (der an das von den Nazis 50 Jahre vorher entfesselte Studentenpogrom erinnern sollte) zum Fanal der Revolte gegen das kommunistische Regime wurde, standen mehrere Sozialdemokraten bereit ihre Partei wieder zu erneuern. Schon am

19. November erklärte einer der führenden Männer dieser Gruppe im Sender Freies Europa, die Sozialdemokratische Partei sei wiederentstanden.

### Von Stunde Null auf zur regierenden Partei

Im März 1990 fand endlich ein regulärer Parteikongress statt (der auch der Numerierung nach – da man ihn als den XXV. bezeichnete – die Rückkehr zur „Normalität“ darstellen sollte). Die Parteiführung im Exil fuhr jedoch in ihrer Tätigkeit fort und zwar für lange 5 Jahre, da sie der neuen „inländischen“ Parteileitung gegenüber manchen Vorbehalt hatte; dieses Missverhältnis schwächte sich aber nach und nach ab. Die Schwierigkeiten des Neubeginns waren allerdings sehr groß – die Partei fing praktisch von Null an, denn die 40 Jahre dauernde Unterbrechung bedeutete u. a., dass die Sozialdemokratie aus dem Bewusstsein und Gedächtnis breiter Volksschichten verschwunden war. Diese Tatsache bestätigten gleich die ersten Parlamentswahlen nach dem Umbruch, die im Sommer 1990 stattfanden: die Sozialdemokraten gewannen kein Mandat. Die Mühen des Aufbaus der Organisationsstrukturen in den Jahren 1990 – 1992 brachte erst in den Parlamentswahlen 1992 einige Erfolge, doch die Partei nahm nur den dritten Platz ein, nach der rechtskonservativen ODS (Bürgerliche Demokratische Partei, geführt von Václav Klaus) und der KP.

Am XXVI. Kongress im Februar 1993 wurde ein „Radikaler“, der Prognostiker Miloš Zeman zum Vorsitzenden gewählt (im Duell mit dem heutigen Ministerpräsidenten Jiří Paroubek). Die Partei wurde zur stärksten Oppositionskraft des Landes, 1996 die zweitstärkste Partei überhaupt. Nach vorzeitigen Wahlen 1998 stellte sie eine Minderheitsregierung auf (mit Zeman als Ministerpräsidenten), allerdings mit Unterstützung der rechten ODS unter Václav Klaus.

Der sog. Oppositionsvertrag, den diese zwei Männer – die nebenbei bemerkt vor 1989 in demselben Institut zusammengearbeitet hatten – geschlossen hatten, sah eine Art von schweigender Parlamentszusammen-

arbeit vor: die Rechtspartei versprach kein Misstrauensvotum gegen die Regierung einzubringen und wurde dagegen mit hohen Posten im Parlament und staatsverwalteten Institutionen belohnt. Beide Parteien wollten auch das Wahlsystem verändern (zu Gunsten der stärksten Parteien, ähnlich wie in Großbritannien), der Vorschlag wurde allerdings vom Verfassungsgericht als verfassungswidrig abgelehnt. Der Vertrag wurde sehr stark von Medien kritisiert und viele Linke sahen darin einen Verrat an sozialistischen Prinzipien. Die politische Lage stabilisierte sich jedoch und nach vier Jahren konnte die Minderheitsregierung positive Erfolge aufweisen: das Wirtschaftswachstum fing wieder an, der Verhandlungsprozess über einen Beitritt zur EU wurde beschleunigt und erste Schritte zur Umbildung des Staatsapparates getan.

In der Wahlkampagne zu den Parlamentswahlen im Juni 2002 erklärte der neue Parteivorsitzende Vladimír Špidla – der auf Vorschlag von Miloš Zeman gewählt wurde – den „Oppositionsvertrag“ für beendet und lehnte entschieden jede Zusammenarbeit mit der Rechten ab. Ebenso entschieden wandte er sich gegen jede Art von Unterstützung seitens der Kommunisten auf Regierungsebene (das entsprach übrigens dem Beschluss des sozialdemokratischen Kongresses von 1995, der diese Zusammenarbeit ausdrücklich verbot. Auf lokaler Ebene arbeiteten jedoch Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen).

Im Jahre 2002 gingen die Sozialdemokraten zwar als die stärkste Partei aus den Parlamentswahlen hervor, waren jedoch nicht stark genug um allein die Regierung zu bilden. Da Miloš Zeman nicht mehr kandidierte und als seinen Nachfolger der Partei Vladimír Špidla vorgeschlagen hatte, formierte dieser die Regierung in Koalition mit zwei kleineren, eher rechtslastigen Parteien. Weil die neue Regierung in der Abgeordnetenkammer von 200 Mitgliedern nur 101 Stimmen hatte, war ihre Position verhältnismäßig schwach. Außerdem geriet Špidla ins Feuer der Kritik auch in seiner eigenen Partei, weil ein bedeutender Teil manche seiner Schritte als zu weit gehende Konzessionen an die Koalitionspartner betrachtete und eine Minderheitsregierung (unterstützt von der KP und ad hoc Vereinbarungen) vor-

gezogen hätte. Doch der im März 2003 stattfindende Parteikongress wählte Špidla (mit 54,5% der Stimmen) zum Parteivorsitzenden.

Nichtsdestoweniger wurde seine Position immer schwächer: zu den kritischen Stimmen innerhalb seiner eigenen Partei gesellten sich auch Probleme mit den Koalitionspartnern als auch steigende Kritik seitens Miloš Zeman. Dieser, der immer noch auch von seinem Altenteil heraus einen ansehnlichen Einfluss ausübte (und ausübt), bezichtigte seinen ehemaligen Schützling auch des Misserfolgs bei der Präsidentenwahl Anfang 2003. (Als nämlich Václav Havel sein Amt im Januar 2003 beendete, sollte ein neues Staatsoberhaupt gewählt werden. Aber Špidla's Taktieren und ein falsches Manöver Zeman's trugen dazu bei, dass Zeman – den man sonst als einen recht erfolgreichen Kandidaten ansah – nicht gewählt wurde. Weitere Umstände, wie die Unterstützung der Kommunisten für den Rechtspolitiker Klaus sowie die Stimmen einiger Sozialdemokraten trugen zum Sieg von Klaus bei).

Von diesem Augenblick an wurde die Lage der Sozialdemokratischen Partei immer schwieriger. Ihre Europapolitik schien zwar im Juni 2003 einen Sieg davonzutragen als im Referendum über den Beitritt der ČR zur EU die Mehrheit dafür stimmte (mit 77%, allerdings bei einer Teilnahme von nur 55,2%). Nebenbei bemerkt war auch der Standpunkt der Sozialdemokraten dem Irak-Abenteuer gegenüber im Einklang mit der ablehnenden Stellungnahme der meisten Bürger und kritischer als die Stellungnahme der Koalitionspartner. Doch Versuche öffentliche Finanzen zu reformieren – mit einer Reduzierung des Defizits, was u. a. bedeuten würde manche Wahlversprechen zu verschieben (indem man z. B. Altersrenten und Krankengeld kürzen müsste) – brachten keine Sympathien weder für die Regierung noch für ihren Vorsitzenden. Und die Serie der Misserfolge wurde im Juni 2004 von kläglichen Ergebnissen bei der Europa-Wahl gekrönt: die Sozialdemokratische Partei errang nur 2 Mandate (die KP 6, die rechte ODS – also die „Klaus-Partei“ – 9).

Nach dieser Niederlage erklärte Špidla, er würde in seinem Amt nur fortfahren, wenn er ein Vertrauens-

votum seiner Partei erhielt. Da dies nicht gelang und das Zentralkomitee seiner Partei gegen ihn stimmte, gab er sowohl seinen Posten als Parteivorsitzender als auch als Ministerpräsident auf. In beiden Ämtern ersetzte ihn sein erster Stellvertreter, der Innenminister Gross. Ein Dreißiger, bis dahin sehr populär, erwies sich allerdings dieser jüngste Ministerpräsident Europas eher als ein Zeichen politischen Niedergangs. Während Špidla immerhin eine gewisse Reflexion über wichtige Sozialprobleme aufweisen konnte (wenn er auch als Europa-Kommissar für Soziales, als er nach Brüssel in diese Funktion abgeschoben war, immer mehr ins neoliberale Fahrwasser glitt), war es für Gross bezeichnend, dass er nur mit Schlagworten um sich warf (die bekanntesten: „Ich bin ein Sozialdemokrat“, „Ich meine es aufrichtig“, „Mit Gross gegen Skepsis“). Und als im Januar 2005 rechte Medien Gross angriffen mit Hinweis auf unklare Finanzierung seiner Luxuswohnung und unternehmerische Aktivitäten seiner Frau, ging es mit seinem Ruf als Politiker bergab, weil er nicht imstande war beides glaubwürdig zu erklären. Obwohl er im März auf dem Parteikongress zum Vorsitzenden gewählt wurde (mit 52,7% der Stimmen), war dieser Vorgang eher ein weiterer Beweis der auch innerparteilichen Krise. Das sinkende Vertrauen der Öffentlichkeit sowie Unmut mancher Abgeordneter seiner Partei zwangen Gross im April dieses Jahres schließlich zur Aufgabe seines Regierungsamtes. Er blieb weiterhin Parteivorsitzender, was allerdings mehr ein Wirken im Hintergrund bedeutet. Ministerpräsident wurde der bisherige Minister für lokale Entwicklung Jiří Paroubek (den wir als einstigen Rivalen Zeman's erwähnten). Lange Jahre verbrachte Paroubek als sozialdemokratischer Stadtvertreter im Prager Stadtrat, verantwortlich für Finanzen. Da der Prager Stadtrat politisch von der Rechten dominiert wird, sammelte Paroubek einige Erfahrungen als Koalitionspartner. Dies kam ihm nun zu Gute in der Regierung. Ein jovialer Kompromissler gewann er in steigendem Masse Vertrauen der Öffentlichkeit und ist z. Zt. einer der beliebtesten Politiker. Durch ihn stieg auch wieder das zum großen Teil verlorene Vertrauen in seine

Partei und in diesem Moment hat es den Anschein, dass die Sozialdemokraten in den Parlamentswahlen im Juni 2006 besser abschneiden könnten als man es noch vor wenigen Monaten angenommen hat. (Weil keine neueren Daten vorliegen, kann man an der Mitgliederzahl nicht ablesen, wie sich die Parteikrise darin spiegelt. Sicher ist jedoch, dass nach 1999, als die Partei 18.762 Mitglieder zählte, ihre Zahl ständig abnahm und 2004 16.292 betrug.)

Die Sozialdemokratie ist in der ČR die Partei mit der längsten Tradition. Sie ist auch die einzige Sozialdemokratie in den postkommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas, die nicht durch die Transformation einer KP entstanden ist, sondern an die eigene Tradition anknüpfen konnte. Ihr Aufstieg nach 1989 beruhte auf der Idee, die Miloš Zeman als „Politik für die unteren 10 Millionen“ charakterisierte. Auch in ihren grundlegenden Dokumenten, die Ende der 90er Jahre formuliert und 2001 sowie 2002 angenommen wurden, bekannte sich die Sozialdemokratie zu humanistischen Werten. Diese Zusammenfassung hat den Titel *Ausgangspunkte eines langfristigen Programms*. Man findet dort Worte über Gleichheit aller Menschen in Würde, über Freiheit und Rechte, Solidarität und soziale Gerechtigkeit (ja sogar das Wort „Sozialismus“ kommt dort vor). Vielleicht war jedoch diese scheinbare Radikalität die Ursache, dass es sich nur um „Ausgangspunkte“ handelt und dass das Dokument auf dem XXX. Kongress zwar „verhandelt“, jedoch nicht gutgeheißen wurde. Und die praktische Politik – „natürlich“ – ist sehr verschieden: der neueste Beweis ist ein von der Regierung vorgelegtes Gesetz über Sozialhilfe, dessen Grundgedanke – wie es der sozialdemokratische Minister für Soziales formulierte – Bürger „zur aktiven Suche nach Arbeit sowie zur Annahme weniger bezahlter Arbeit“ „motivieren“ soll. (Die deutschen Leser können diese Worte sehr wohl entziffern.)

Verglichen mit der Sozialdemokratie hat die *Kommunistische Partei von Böhmen und Mähren* – so der offizielle Titel – scheinbar nur eine kurze Geschichte. Denn auf den zweiten Blick merkt man gleich die Zweideutigkeit nicht nur ihres Namens, sondern auch ihrer „Geschichte“. Fangen

wir mit dem Umbruch an: Am 20. Dezember 1989 nahm ein außerordentlicher Parteikongress der KPTsch sowohl eine *Erklärung an Bürger der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik* als auch einen *Aufruf an die ehemaligen KPTsch-Mitglieder* an, in denen sich der Kongress bei den Bürgern für „Fehler und Irrtümer“ (!) der Jahre 1948 – 1989 entschuldigte. (Auch wenn man zugeben würde, daß es einen Monat nach dem Umbruch wohl schwierig sein könnte eigene Vergangenheit zu „bewältigen“, muß man diese Ausdrucksweise gelinde gesagt als überaus nachsichtig charakterisieren). Derselbe Kongress entschied auch Parteimitglieder in Böhmen und Mähren in einer territorialen Organisation zusammenzufassen und berief einen Gründungskongress auf den 31. März 1990. Der nahm den bis heute gültigen Namen *Kommunistische Partei von Böhmen und Mähren* (abgekürzt KSČM) an. Solange nämlich der gemeinsame Staat der Tschechen und Slowaken bestand (die Teilung erfolgte zum 1. Januar 1993), gab es eine Kommunistische Partei der ČSSR, in der die Kommunistische Partei der Slowakei die Juniorrolle hatte. Auf dem I. ordentlichen Kongress im Oktober 1990 billigte man das erste selbständige Parteiprogramm. Die einheitliche KP änderte sich in eine Föderation der „böhmischen“ und der slowakischen KP, doch die slowakische Partei benannte sich in die „Partei der demokratischen Linken“ um und verließ die Föderation noch bevor die Republik in zwei voneinander unabhängige Staaten zerfiel. Die tschechische Partei veranstaltete ein innerparteiliches Referendum über eine evtl. Umbenennung, doch die Mehrheit entschied bei dem Namen von KSČM zu bleiben. (Es ist heute klarer denn je, dass die überwältigende Mehrheit der Mitgliedschaft aus „alten“ Kommunisten bestand – sie sind auch heute noch der größte und wichtigste Teil der Basis – die den „goldenen“ Zeiten der Parteiherrschaft nachtraueren und am liebsten kaum irgendwelche Änderungen durchführen möchten). Der III. Parteikongress im Juni 1993 bestätigte den (teilweise) neuen Namen. Zum Vorsitzenden wurde Miroslav Grebeníček gewählt, der bis heute – immer wieder im Amt bestätigt – diese Funktion ausübt. In Be-

zug auf die Mitgliedschaft ist die KSČM die stärkste Partei des Landes mit 94.396 Mitgliedern.

Lasst uns aus den Parteistatuten der Partei zitieren, welche auf dem letzten Parteikongress im Mai 2004 genehmigt wurden: „Das Programmziel der KSČM ist der Sozialismus, eine Gesellschaft freier, gleichberechtigter Bürger, eine plurale Gesellschaft politisch wie wirtschaftlich, aufgebaut auf einer maximalen bürgerlichen Selbstverwaltung, prosperierend und sozial gerecht, die um den Erhalt und Verbesserung der Umwelt Sorge trägt, den Menschen ein würdiges Lebensniveau sichert und die Sicherheit und Frieden garantiert. Das Programm der Partei geht von der marxistischen Theorie aus, welche einem offenen Dialog mit der internationalen kommunistischen und linken Bewegung offen ist und ebenso neuen Ideen und Erkenntnissen. Die KSČM bemüht sich eine Massenpartei zu sein, die auf Grund von kollektiver Handlung und Entscheidung, von Prinzipien der Selbstverwaltung sowie einer breiten innerparteilichen Demokratie wirkt“.

Trotz dieser auf den ersten Blick verheißungsvollen und scheinbar klaren Worte ist natürlich das „graue Leben“ ziemlich verschieden. Einer der Gründe, warum diese Partei, die offiziell zugibt aus der ehemaligen KP der Tschechoslowakei zu stammen und „ihr legitimer Nachfolger“ zu sein, diese Vergangenheit nicht zu bewältigen vermag, ist die harte – bereits oben erwähnte – Tatsache, dass ein Großteil der Mitgliedsbasis aus Mitgliedern der Vorgängerpartei besteht. Dann kann Folgendes passieren: Die Vorsitzende des Prager Parteirates erklärte im Februar 2004 (in Erinnerung an den Jahrestag des Putsches von 1948): „Im Februar 1948 hat die erfolgreichste Periode unserer Geschichte begonnen – die Periode des Sozialismus.“ Jahr für Jahr veranstaltet diese Genossin eine Feier in Erinnerung an Klement Gottwald, „den ersten Arbeiterpräsidenten des Landes“. Dagegen gab einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Partei im Frühjahr 2005 zu, Gottwald sei an bis 240 (Justiz)Morden mitschuldig gewesen.

Diese Gegensätze, die sich in verschiedener Form auf verschiede-

nen Ebenen der Partei wiederholen, machen es natürlich für die Partei schwierig sich zu „modernisieren“, d. h. sich der „Realität“ besonders des politischen Lebens im Lande anzupassen. Im Parlament verhält sie sich sehr oft in diesem Sinne, indem sie bei konkreten Gesetzesvorhaben mit anderen, auch gegnerischen Parteien zusammenarbeitet (die Stimmen ihrer Abgeordneten, wie bereits erwähnt, sind bei der Wahl von Václav Klaus zum Staatspräsidenten ausschlaggebend gewesen). Die „Modernisierer“ sind in der Partei immer noch eine Minderheit. Dabei charakterisierte ihr soziologischer Experte seine Partei als „exklusiv verglichen mit anderen Parteien“, weil sie „andere Ziele, ein anderes Programm hat, und auch andere Wege politischer Tätigkeit verwendet.“ Wie es die Partei mit diesem Programm und den „anderen Wegen“ wirklich meint, würde sich natürlich erst zeigen, könnte sie in eine Regierung aufgenommen werden. Gegenwärtig scheint dies kurzfristig ziemlich unwahrscheinlich. Vieles hängt allerdings von den Ergebnissen der Parlamentswahlen im Juni 2006, aber auch im Falle, die Sozialdemokraten wären imstande eine Regierung zu bilden, kämen die Kommunisten als Partner kaum ernsthaft in Frage. Es gab in den letzten Monaten, als die Sozialdemokratische Partei eine Krise durchmachte, hie und da Versuche einer Annäherung zwischen diesen zwei linken Strömungen (für gewöhnlich seitens der Sozialdemokratie), doch der Antikommunismus der politischen Szene – der weit stärker zu sein scheint als unter den Wählern – verhinderte jede seriöse Zusammenarbeit. In der Sozialdemokratie gibt es eine relativ offene Minderheit, die bereit wäre Kommunisten als Partner „auf der Linken“ zu betrachten, doch blieb es insoweit nur bei versöhnlichen Worten und Versuchen.

Langfristig kann man annehmen, dass außerhalb der manchmal radikalen Rhetorik – die nie zu einer „revolutionären“ variiert – die KSČM eine linke, jedoch zum Teil „sozialdemokratisierte“ Partei bleibt. Da die Kommunisten nach der vernichtenden Niederlage der extrem rechten Republikanischen Partei 1998 im Parlament eigentlich die einzige Oppositionspartei sind (die rechten Bürger-

lichen Demokraten sind zwar z. Zt. auch in Opposition, doch sonst sind sie bisher in allen Regierungen vertreten gewesen), blieb ihnen nichts anderes übrig als Opposition zu spielen.

Für mögliche – notwendige – Veränderungen spricht auch die Tatsache, dass die Partei (ihren Vorhaben zum Trotz) aus einer Massenpartei zu einer Wahlpartei wird (die Zahl der Mitglieder sank unter 100.000). Ihr Verhalten wird sich daher ändern müssen. Zurzeit ist sie eine „Partei von Großeltern und ihren Enkeln“. Die Generation zwischen 33 und 40 – Bürger, die die „samtene Revolution“ „gemacht“ haben – stehen Meinungsforschern zufolge politisch meistens rechts. Jüngere, die auch die Schattenseiten der Folgen des Umbruchs kennen, haben oft Bedenken und Zweifel über das herrschende System. Deshalb können sie, glauben Parteisozologen, den Weg zur Partei finden. Solange jedoch die mittlere Generation ihre Karrierechancen wahrnimmt oder wahrnehmen will, kann sie an einer Oppositionspartei kaum Gefallen finden. Deshalb wird sie in der KSČM vermisst. Und ohne sie wird die Partei keinen vollen Erfolg haben.

Zusammenfassend kann man sagen, dass man im Spiegel der tschechischen Linken mehr oder weniger das Bild der Linken überhaupt sieht: weil sie ihre revolutionäre Tradition aufgegeben hat und mit ihr die Ideen, die sie beflügelte hatten, steht sie gedanklich erschöpft da ohne die Lage ihres Landes (und damit auch die Lage der Welt) richtig analysieren zu können. Dies ist mit der Grund, warum sie von Kräften getrieben wird, die sie nicht zu meistern imstande ist, warum sie nur Tagespolitik betreibt und vom Neoliberalismus völlig überrannt wird. Sie findet keine entsprechende gesellschaftliche Basis, versucht jeder sozialen Gruppe etwas anzubieten, kann ihre Versprechen nicht erfüllen und betreibt eine Politik von Wand zu Wand. Es gibt keine Anzeichen einer seriösen Änderung dieser Lage. Da links von ihr nur kleine Gruppen stehen, die von einer Umwälzung zwar reden, sie jedoch allein nicht bewerkstelligen können, sieht die nächste Zukunft düster aus.



Nachdruck aus:  
Politische Berichte,  
14/2005

# Streit um Hedge Fonds und „Private Equity Fonds“ Unruhe an den Finanzmärkten



Titelseite  
„metall“,  
Mai 2005

„Sie haben unscheinbare Namen: Blackstone, KKR, Carlyle, Lone Star, Terra Firma, Apax, Cinven, Investcorp, Permira. Sie nennen sich ‚Finanzinvestoren‘ in New York, Houston und London. Man kennt sie kaum, aber sie haben eins gemeinsam: viel, viel Geld. Und mit diesem Geld krepeln sie die deutsche Wirtschaft um. Sie kaufen Unternehmen, ‚verschlanken‘ sie und verkaufen sie nach kurzer Zeit wieder oder verwandeln sie in Aktiengesellschaften – mit hohem Gewinn.“

Siemens-Nixdorf, Telenorma, MTU, Gerresheimer Glas, Dynamit Nobel, Rodenstock, Celanese, Minimax, Demag, ATU Autoteile Unger, Debitel, Tank & Rast, Duales System Deutschland: diese und viele andere Unternehmen in Deutschland wurden in den letzten Jahren von solchen Finanzinvestoren in Deutschland aufgekauft und teilweise schon wieder verkauft. Tausende von Arbeitsplätzen gehen verloren.“

So begann im Mai 2005 in der IG-Metall-Mitgliederzeitung „metall“ ein Aufsatz über neue US-Finanzinvestoren, Überschrift: „Die Plünderer sind da“, Verfasser: Werner Rügemer, Publizist und Lehrbeauftragter an der Universität Köln.

Die nationalistische Wortwahl des Verfassers („Finanzinvestoren aus Amerika schlachten deutsche Unternehmen aus“, „Wie Mücken saugen sie aus den Betrieben das Geld ... Leidtragende sind die Menschen“), von der Redaktion der „metall“ noch zugespitzt durch ein Titelbild, das eine Mücke im gestreiftem Anzug, mit Aktenkoffer, US-Hut und Euros in den Augen zeigt, hat der kurz vorher von SPD-Chef Müntefering an-

gestoßenen Debatte um diese neuen Finanzinvestoren noch mehr Publizität verschafft. Seitdem geht das Unwort von den „Heuschrecken“ um – ohne dass daraus bisher irgendetwas Praktisches gefolgt wäre.

## Finanzinvestoren oder „strategische Investoren“?

So aufgeregt seitdem die Debatte ist, so ungenau ist sie auch. Im Berliner Abgeordnetenhaus etwa griffen CDU und FDP den rot-roten Senat und die ihn tragenden Parteien nach Münteferings „Heuschrecken“-Vergleich mit einer boshaften Fragestunde an. Der Berliner Senat hatte vor Monaten mehrere tausend Wohnungen, die bis dahin im Landesbesitz waren, an eine US-Investmentgruppe verkauft. Ob der Senat Münteferings „Heuschrecken“-Vorwürfe und wie er dann solche Geschäfte mit solchen Vorwürfen an die gleiche Sorte Firmen vereinbaren könne, wollten CDU und FDP wissen. Der PDS-Abgeordnete Benny Hoff antwortete: Erstens seien die US-Investoren, die die Berliner Wohnungen gekauft haben, keine Finanzinvestoren, sondern langfristige Investoren, die ihr Geld auf viele Jahre in den Mietwohnungen angelegt, den Mietern Sicherheit und Kündigungsschutz vertraglich zugesichert hätten. Zweitens sei für ihn sowohl die pauschale Kritik an Finanzinvestoren als „Heuschrecken“ wie auch deren umstandslose Rechtfertigung „anti-aufklärerisch“ und falsch. Recht hat er.

Wie pauschal die Debatte geführt wird, zeigt schon allein die Gleichsetzung von allen Investoren, auch langfristigen Investoren, mit der speziellen Gruppe der Finanzinvestoren. „Investoren“ in Firmen sind alle Personen oder Firmen, die ihr Geld in einem Unternehmen anlegen, um eine Rendite zu erzielen. „Strategische“ oder langfristige Investoren sind dabei solche, die ihr Geld langfristig, also in der Regel länger als fünf Jahre anlegen. Finanzinvestoren dagegen legen, wie schon der Name sagt, ihr Geld aus kurzfristigen finanziellen Überlegungen in einem Unternehmen an.

Auch wenn zwischen beiden „reinen“ Typen in der Wirklichkeit jede Menge Grauzone und Übergänge bestehen, ist diese Unterscheidung doch wichtig. „Strategische Investoren“ haben ein Interesse an neuen und erfolgreichen Investitionen des Unternehmens, in das sie sich eingekauft haben, weil das den Wert ihrer Anteile steigert. Finanzinvestoren dagegen schlachten die in der Firma vorhandenen finanziellen Reserven (Patente, Grundstücke, Immobilien usw.) in der Regel sofort aus. Investitionen interessieren sie nur, wenn dadurch der angestrebte Verkaufspreis für das Unternehmen kurzfristig steigt, und die Aufnahme neuer Kredite durch das von ihnen erworbene Unternehmen ist ihnen ein Gräuel. Der schon genannte Aufsatz in „metall“ schildert solche Fälle – Einstiege von Finanzinvestoren in Unternehmen, bei denen am Ende nicht selten finanziell ausgenommene oder ganz stillgelegte Firmen übrig blieben. Alle diese Fälle sind vorgekommen, kein einziger der in „metall“ geschilderten Beispiele wird von irgendetwem bestritten. Typisches Beispiel für „strategische Investoren“ war früher die deutsche Hausbank – mal klein in Gestalt der Sparkasse oder Raiffeisenbank und ihrer Anteile an einem mittelständischen Unternehmen, mal riesengroß wie die Deutsche Bank und ihrer Anteile an DaimlerChrysler und anderen Unternehmen. Die Kritik an Unbeweglichkeiten, am „Filz“ der „Deutschland AG“, ihren Überkreuz-Aufsichtsratsmandaten der immer gleichen Banker und Manager war deshalb lange ein Hauptangriffspunkt der Befürworter der Zulassung von Finanzinvestoren in Deutschland. Parteipolitisch vertreten wurde diese Richtung vor allem durch die FDP und in den Unionsparteien durch Leute wie den langjährigen Fraktionsvorsitzenden Merz, der inzwischen als Anwalt eines solchen Hedge Fonds offenbar in den Vorstand der Deutschen Börse aufsteigen wird. Aber auch Finanzminister Eichel in der SPD war einer ihrer Förderer.

Als typisches Beispiel für das Agieren eines „Finanzinvestors“ gilt dagegen die eben genannte Deutsche Börse AG. Als der britische Hedge-Fond

TCI dort als Aktionär einstieg, vereitelte er die Übernahme der Londoner Börse durch die Deutsche Börse und erzwang stattdessen, dass das für die Übernahme angesammelte Geld an die Aktionäre ausgeschüttet wurde.

### „Private Equity Fonds“

„Private Equity Fonds“ sind, auf deutsch übersetzt, „private Vermögensfonds“. „Privat“ meint dabei nicht private Vermögen im Gegensatz zu staatlichen. Geschäftsfeld der „Private Equity Fonds“ ist vielmehr der Kauf und Verkauf privater, nicht börsengehandelter Firmen. Sie sind – mit einem wichtigen Unterschied – im Grunde eine neue Art von Banken. Sie „organisieren“ und „finanzieren“ im Bereich kleiner und mittlerer Unternehmen Betriebsübergänge, wenn z.B. der alte Eigentümer stirbt und ein Erbe nicht da ist oder die Firma nicht übernehmen will, oder wenn ein „Management buy-out“ (MBO) zu finanzieren ist, weil das Management den alten Eigner ausbezahlen und das Unternehmen fortführen will.

In zwei wichtigen Punkten allerdings unterscheiden sich diese Fonds

von Banken. Erstens unterliegen sie nicht der Bankenaufsicht und damit auch nicht den Risiko- und Sicherheitsvorschriften für Kredite, wie sie z.B. im „Basel II“-Abkommen aller Notenbanken weltweit vorgeschrieben sind. Das ermöglicht solchen Fonds, ihre Kredite billiger anzubieten als gewöhnliche Banken, oder zum gleichen Zins, aber mit höherer eigener Rendite. Beides macht „Private Equity Fonds“ interessant – für Geldanleger wie für Leute (Firmen, Manager), die von ihnen Geld leihen wollen.

Zweitens operieren Private Equity Fonds ebenso wie Hedge Fonds im Unterschied zu Banken in der Regel mit wenig eigenem Geld. Ihre Finanzierungstechnik besteht darin, mit viel geliehenem Geld zum Beispiel Firmen zu kaufen. Die Zinsen auf das Fremdkapital werden dabei aus der übernommenen Firma besichert und aus deren Ertrag gedeckt. Ergebnis dieser Operationen ist dann oft, dass die eben übernommene Firma binnen kurzem enorme Schulden aufhäuft. Die Zinskosten drücken das Ergebnis, die übernommene Firma zahlt keine Steuern mehr oder häuft Verlustvorträge an – so dass faktisch auch noch irgendein Finanzamt am Ende das Geschäft subven-

tioniert. „Sobald ein Unternehmen von einem Finanzinvestor übernommen wird, wird es bis über die Halskrause verschuldet. So stark, dass es die Zinsen gerade noch tragen kann und die Nulllinie schrammt. Wo kein Gewinn übrig ist, muss auch keine Steuer gezahlt werden. Mit dem – auch wegen der steuerlichen Absetzbarkeit – billigeren Fremdkapital hebeln die Finanzinvestoren die Rendite auf ihr eingesetztes Eigenkapital nach oben. Den Gewinn, wenn sie das so gepöppelte Unternehmen verkaufen, vereinnahmen die in Steueroasen ansässigen Fonds ebenfalls steuerfrei.“ (Financial Times Deutschland, FTD, 30.5.05)

Dass sich solche Unternehmen in den letzten Jahren in der Bundesrepublik breit machen konnten, wird in Fachkreisen mit dem seit langem beklagten Marktversagen der großen privaten Banken (Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank) begründet. Auf der Jagd nach maximalem „Shareholder Value“ haben sich die großen Privatbanken fast ganz aus dem Kreditgeschäft mit kleinen und mittleren Unternehmen zurückgezogen. Die Margen dort sind ihnen schlicht zu klein. „Deutschlands Banken wollten nicht länger die größten Finan-

## „Die Aufseher und Regulierer müssen sich des Themas annehmen“

Bundesbank, BIZ und Wirtschaftspresse zum Thema „Hedge Fonds“

„Warum gibt es Hedge Fonds? In Zeiten unsicherer Aktienmärkte und niedriger Renditen der Staatsanleihen suchen Investoren nach gewinnbringenden Alternativen ... Das Hedging entstand 1870 bis 1880, als sich Investoren in Folge der zunehmenden Globalisierung und Industrialisierung gegen Zins- und Währungsrisiken absichern wollten. Ursprünglich waren Hedge Fonds zur Risikoabsicherung von Wertpapierpositionen konzipiert worden ...“ (Financial Times Deutschland, 13.5.05)

„Aus Aufachtgesprächen und Prüfungen wissen wir, dass die Banken im Bereich des Risikomanagements große Fortschritte erzielt haben. Das ist auch notwendig, da die Dynamik der Märkte ungebremst ist. Ein Indiz dafür liefert das Vordringen der Hedge Fonds. ... Hedgefonds verwalten derzeit schätzungsweise 1 Billion US-Dollar und haben im Vergleich zu ‚normalen‘ Sondervermögen sehr weite Handlungsspielräume. Sie können durch ihr Handeln die Effizienz der Kapitalmärkte erhöhen ... Das Riskante an diesen Fonds ist, dass sie zur Renditeerzielung hohen Leverage (deutsch: Hebelwirkung, Gemeint ist der hohe Einsatz von Fremd-

kapital durch die Fonds, d. Verf.) eingehen dürfen und – noch wichtiger – teilweise auf exotischen Märkten tätig sind, deren Liquidität gering ist. Aus Risikosicht beruhigt, dass deutsche Banken an Hedgefonds typischerweise nur auf weitgehend besicherter Basis vergeben. Außerdem sind nur wenige deutsche Institute in Geschäfte mit diesen Sondervermögen involviert ... Unbestritten ist aber, dass aus diesen Sondervermögen Risiken erwachsen können – siehe LCTM. Die Aufseher und Regulierer müssen sich deshalb des Themas annehmen ...“ (Edgar Meister, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, Vortrag beim 6. Norddeutschen Bankentag, Lüneburg, 1. Juli 2005)

„Ein umfassendes Bild von der Hedge Fonds Branche zu zeichnen, ist angesichts der herrschenden Datenlage praktisch unmöglich. Hedge Fonds unterliegen nicht den gleichen Verpflichtungen zur Offenlegung wie andere für Privatanleger verfügbare Anlageinstrumente, z.B. Investmentfonds. Infolgedessen lassen sich Informationen über Hedge Fonds hauptsächlich aus einer Anzahl kommerzieller Datenbanken gewinnen, die Daten enthalten, die von den Fonds freiwillig

zur Verfügung gestellt werden, vermutlich in dem Bestreben, ihre Erfolge in der Öffentlichkeit bekannt zu machen ...“ (Patrick McGuire, Eli Remolona, Kostas Tsatsaronis, *Zeitvariable Engagements und Hebelwirkung bei Hedge Fonds, Aufsatz im BIZ-Quartalsbericht März 2005*)

„Weltgrößter Hedge Fonds attackiert TCI. Man-Group-Chef kritisiert Vorgehen bei der Deutschen Börse. Verhalten fördert Skepsis der Kunden.“

Der Hedge Fonds TCI gerät wegen seines Vorgehens bei der Deutschen Börse in die Kritik aus dem eigenen Lager. „Es fördert nicht gerade den Verkauf von Hedge-Fonds-Produkten, wenn ein kleiner Fonds wie TCI den großen, bösen Jungen markiert“, sagte Stanley Fink, Chef des Hedge Fonds Man Group Lt, dem Handelsblatt in London. TCI Chef Chris Hohn hatte den Widerstand gegen die Pläne der Deutschen Börse organisiert, die London Stock Exchange (LSE) zu übernehmen. Die Börse musste ihr Vorhaben unter dem Druck der von dem spekulativen Fonds mobilisierten Aktionäre aufgeben. ... Institutionelle Investoren fragen sich, ob sie in Leute investieren, die später möglicherweise einmal

ziers der Unternehmen sein. Wenn sich diese aber das Kapital an den Märkten beschaffen, wird das Leben unbeständiger und erbarmungsloser. Vielen ist mulmig ...“ (FTD, 13.5.05)

Ihr Fazit: „Die traditionellen Finanzierungsformen sind in Deutschland zusammengebrochen. Jedenfalls funktionieren sie so schlecht, dass massenhaft Neueinsteiger hereinstoßen.“ Private Equity Firmen seien nicht typisch für den Kapitalismus, aber ein Krisensymptom. „Sie sind aber nicht nur Symptom, sie verstärken noch die Tendenz zur Investitions- und Wachstumsschwäche“. (FTD, 10.5.05)

Zwei Tage später antwortet ein Vertreter der Private-Equity-Branche. Private-Equity-Unternehmen hätten auch ihre guten Seiten, schreibt er. Sie ermöglichen alten Eigentümern, ihre Firma trotz stagnierender Märkte und geringen Wachstums zu einem „akzeptablen Verkaufspreis“ loszuschlagen. Völlig ausnehmen würden sie die von ihnen übernommenen Firmen auch nicht, schließlich wollten sie diese am Ende wieder verkaufen. „Diese Transaktionsstruktur funktioniert natürlich nicht oder nicht so einfach, wenn das Unternehmen

stark investieren muss, um den Anschluss an die Wettbewerber zu halten“, räumt der Leserbriefschreiber aber ein. (FTD, 12.5.05)

### „Hedge Fonds“

„Hedge“ ist englisch und bedeutet eigentlich „Schutz, Hecke“. In Wirklichkeit schützen „Hedge Fonds“ heute vor allem sich selbst – vor Kontrollen. Trotzdem oder gerade deshalb boomt die Branche. Die Gesamtmenge aller von Hedge Fonds verwalteten Vermögen stieg von ca. 180 Milliarden Dollar (1995) auf heute ca. 1.000 Milliarden Dollar. Zur Verdeutlichung: Dieser Betrag reicht aus, um alle 30 größten DAX-Unternehmen in Deutschland zu kaufen und die nächsten 650 nächstkleineren, börsennotierten Unternehmen gleich dazu.

Die meisten Hedge Fonds handeln mit Aktien und Anleihen und versuchen, die Rendite z.B. durch Kauf unterbewerteter Aktien und parallelen Verkauf überbewerteter Aktien zu steigern. Durch Verkauf gewaltiger geliehener Aktienpakete und anschließendem Rückkauf profitieren sie von selbst bewirkten Kursstürzen. Viele handeln auch

mit ungewöhnlichen Anlagen bis hin zu Wetten auf die Wetterentwicklung. Inzwischen wird ihnen – ob zu Recht oder zu Unrecht, ist offen – sogar erhebliche Mitverantwortung am Anstieg der Ölpreise, sogar der Kaffeepreise und an Problemen einzelner großer Konzerne vorgeworfen. Wie unangenehm diese Fonds selbst für große Konzerne werden können, musste beispielhaft für viele andere Fälle kürzlich auch der Siemens-Konzern feststellen: Als er eine österreichische Firma übernehmen wollte, die geplante Übernahme aber vorzeitig publik wurde, kaufte sich prompt ein Hedge Fonds in den Übernahmekandidaten mit einer Sperrminorität ein und verlangte sofort einen deutlich höheren Preis.

### Gründe für den Boom der Branche

Der Grund für den allgemeinen, seit mehreren Jahren anhaltenden Boom sowohl der Hedge Fonds wie der „Private Equity“-Branche wird im einen enormen weltweiten Überschuss an Anlage suchendem Geldkapital gesehen. Der

Gegner sein werden.“ (*Handelsblatt*, 27.6.05)

„Schweizer UBS stärkt das Geschäft mit Hedge Fonds. Die Schweizer Großbank UBS organisiert sich um. Der weltgrößte Vermögensverwalter gab gestern bekannt, dass der bisherige Chef der Investmentsparte John Costas künftig eine Hedge Fond Einheit aufbauen soll, die den Namen Dillon Red Management trägt ... Hedge Fonds sind wenig regulierte Anlagepools und für Händler und Investmentbanker interessant, weil sie gute Verdienstmöglichkeiten bieten. Allerdings kann diese Anlageform auch sehr riskant sein ... Costas selbst hatte im *Handelsblatt* kürzlich ein ‚dramatisches Wachstum‘ für alternative Anlageformen wie Hedge Fonds und Private Equity Fonds vorhergesagt. ‚Versierte Privatkunden und institutionelle Investoren wie Pensionsfonds verlangen solche Anlageformen, deren Entwicklung weder am Aktien - noch am Anleihemarkt hängt.“ (*Handelsblatt*, 1./2./3.7.05)

„Hedge Fonds verunsichern die Anleger. Vor allem Profis sind beunruhigt und sehen im Fall einer Schieflage Probleme auf die weltweiten Finanzmärkte zukommen. Das ist das Ergebnis einer Umfrage bei knapp 700 privaten und institutionellen Investoren ... Schieflagen entstehen, wenn sich die Fonds verspe-

kulieren und Geld nachschießen müssen, da sie auf Kredit aufgenommen haben. Eine Kettenreaktion droht über die Hebelwirkung von Derivaten, aber auch durch einen Rückzug der Investoren ... Bei den Professionellen schätzt ein Drittel die aktuelle Wahrscheinlichkeit für eine Schieflage mit mehr als 70 Prozent sehr hoch ein. Über die Hälfte der Anleger fürchtet bei Finanzschwierigkeiten eines Hedge Fonds Probleme für die Märkte in aller Welt.“ ...

Weit über die Hälfte der Befragten rechnet mit sinkenden Kursen bei Aktien und Unternehmensanleihen geringer Bonität, falls ein Hedge Fonds in eine Schieflage geraten sollten. Gewinner könnten demnach einige Staatsanleihen solider Schuldner und Rohstoffe wie Gold sein. Wie stark so eine Schieflage die Märkte bewegt, erfuhren Anleger vor sieben Jahren. Im Herbst 1998 organisierte die US-Notenbank aus Furcht vor einer negativen Kettenreaktion an den Börsen eine Rettungsaktion, bei der Investmentbanken 3,65 Milliarden Dollar zahlten, um den Fonds LTCM vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Inzwischen verwalten 8.000 Hedge Fonds mit über einer Billion Dollar mehr als dreimal so viel Geld wie damals. Das Risiko wird noch verschärft, weil die Fonds zuletzt stark auf Kredit spekuliert haben ... setzen die

Fonds für 100 eigene Dollar durchschnittlich 48 Dollar auf Pump ein.“ (*Handelsblatt*, 14.6.2005)

„Viele Hedge Fonds kämpfen mit schlechten Renditen. Spekulationen um die Schieflage mehrerer großer Fonds sorgten im Mai für Turbulenzen an den Finanzmärkten. Laut dem Branchenbeobachter Hedge Fund Research liegen die Anbieter seit Anfang 2004 mit durchschnittlich 1,9 Prozent im Minus. Einige Hedge Fonds sollen sich mit Kreditderivaten des US-Autobauers General Motors verspekuliert haben. In anderen Fällen verfolgen viele Spieler dieselben Ansätze und zerstören sich damit gegenseitig Gewinnchancen. Zudem fehlen Trends an den Finanzmärkten, auf die die Hedge Fond setzen könnten.“ (*Financial Times Deutschland*, 21.6.05)

„Große Hedge Fonds verlangen Kontrolle. Citigroup, Gartmore und Man Group plädieren für mehr Regulierung. Etablierte Anbieter würden von strengeren Vorschriften profitieren. ... ‚Ich glaube, dass weltweite Regeln nötig sind, und ich bin für eine gute Regulierung‘, sagte Tanya Styblo Beder, Vorstandschefin des neuen Citigroup Hedge-Fonds Tribeca ... Damit gesellen sich erstmals Mitglieder der Branche zu der wachsenden Zahl derer, die eine konsequentere Aufsicht über die von SPD Parteichef Müntefering als

Zins auf zehnjährige US-Staatschuldpa-piere lag 1988 bei fast 9% – heute liegt er bei knapp 4%. In Europa fiel der gleiche Zinssatz von knapp 6% im Jahr 1988 auf heute etwa 3%, in Japan von 4 auf nur noch ca. 1%. Dieses enorme Überangebot von Geld – privaten Vermögen, Konzerngewinnen, die vorübergehend oder dauerhaft nicht in neue Sachinvestitionen fließen, arabischen Ölgeldern, aber auch privaten Versicherungen jeder Art, von privaten Renten- und Krankenversicherungen in den USA bis zu deutschen Lebensversicherungen – sucht nach verzinsten Anlage. Allein die privaten US-Pensionsfonds sollen laut OECD 8.000 Milliarden Dollar verwalten. Etwa 8% davon ist in Hedge-Fonds und ähnlich riskanten Papieren angelegt, vermutet die OECD (FTD, 30.5.05)

Dieses Überangebot an Anlage suchendem Geldkapital drückt weltweit die Zinsen – und diese sinkenden Zinsen auf Anleihen, verbunden mit dem Rückgang der Aktienkurse seit dem Ende der IT-Blase an den Börsen, treiben Banken, Versicherungen und private Geschäftsleute in immer riskantere Anlagen.

### Mögliche Gegenmaßnahmen

Es gibt sicher noch viele weitere Gründe für das rasche Anwachsen der „Private Equity Branche“ und der Hedge-Fonds. Aber einige Schlussfolgerungen drängen sich dennoch auf. Zum

Beispiel: Bevor sich solche „Heuschrecken“ oder Finanzinvestoren breit machen konnten, bedurfte es verschiedener Gesetze, die ihnen den Weg freimachten – Gesetze, die sowohl von der schwarzgelben Vorgängerregierung wie auch von der noch regierenden rot-grünen Regierung verabschiedet wurden. Eines davon ist das Steueränderungsgesetz 2000. Seit dem 1.1.2000 sind Erlöse aus dem Verkauf von Firmen oder Firmenanteilen steuerfrei. Würde diese Steuerbefreiung für Gewinne aus dem Verkauf von Firmen oder Firmenanteilen wieder aufgehoben, würde sicher so manches dubiose Geschäft der letzten Monate unterbleiben.

Auch die konsequente Besteuerung von Kursgewinnen auf Aktien – z.B. durch Verlängerung der einjährigen Spekulationsfrist auf 10 Jahre wie bei Immobilien – oder die Wiedereinführung der von Waigel abgeschafften Börsenumsatzsteuer würde diese neue Sorte Geschäftemacherei erheblich reduzieren.

Beides wird aber derzeit noch nicht einmal diskutiert. In der SPD, so ist zu hören, werden bisher nur Stimmrechtsbeschränkungen für kurzfristige Investoren (die in anderen OECD-Ländern bereits bestehen) diskutiert oder schärfere Meldepflichten beim Kauf größerer Aktienpakete. (Welt am Sonntag, 19.6.05)

Auch die Beschränkung des Handels mit Hedge Fonds-Anteilen steht

nicht zur Debatte. Hat doch die Bundesregierung erst Anfang 2004 den Handel mit Anteilen von solchen Fonds, die keiner Bankenaufsicht unterliegen, gestattet. Dabei fordern inzwischen sogar große Versicherungen wie der Vorstand der Allianz, dass für Hedge Fonds und Private Equity Fonds, wenn sie schon wie Banken agierten, auch die Sicherheits- und Reservevorschriften gelten sollen, die weltweit für Banken im Basel-II und anderen Abkommen festgelegt sind.

Es wird also spannend sein, wie lange diese Fonds ihr Privileg gegenüber den regulären Banken noch verteidigen können.

### Grundsatzfrage im Hintergrund: Private oder gesetzliche Sozialversicherung?

Wobei im Hintergrund der Diskussion um Hedge Fonds und Private Equity Fonds noch eine weitere, große Frage mitschwingt: Soll die gesellschaftliche Entwicklung weiter in Richtung Abbau der gesetzlichen Sicherungen getrieben werden, also immer weniger gesetzlicher Versicherungsschutz gegen Risiken wie Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit? Sollen immer mehr private Versicherungen und betriebliche Pensionsfonds wie in den USA an ihre Stelle treten – zumindest für die gut bis besser verdienenden Kreise? Dann muss sich niemand wundern,

„Heuschrecken“ gebrandmarkten Hedge Fonds verlangen. Montag hatten sich die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sowie die Bank of England kritisch über die Branche geäußert, zuvor bereits die Europäische Zentralbank sowie die Deutsche Bundesbank. Ähnlich wie auch US-Notenbankchef Alan Greenspan bemängelt die Britische Zentralbank die mangelnde Transparenz von Hedge Fonds ... Wir ziehen Regulierung vor, weil sie die Cowboys aus dem Markt treibt, sagte kürzlich Man-Chef Stanley Fink der FTD. Fink kritisierte namentlich den Konkurrenten TCI, der Deutsche-Börse-Chef Seifert zum Rücktritt gedrängt hatte ... Die bisher weitgehend unregulierten Hedge Fonds wetten sowohl auf fallende wie auf steigende Kurse. Ihren Sitz haben sie oftmals auf den Cayman Islands oder den Bermudas, wo sie relativ unbehelligt agieren können. Die meisten der rund 8.000 Hedge Fonds handeln mit Aktien und Anleihen ... Die Investmentbank Credit Suisse First Boston schätzt, dass weltweit ein Drittel des täglich gehandelten Aktienvolumens auf

Hedge Fonds zurückgeht ...“ (*Financial Times Deutschland*, 29.6.05)

„Schröder wirft Hedge-Fonds Preistreiberei vor ... Bundeskanzler Gerhard Schröder beschuldigt international tätige Hedge-Fonds, die Ölpreise in die Höhe zu treiben. In einem Vorbereitungspapier für den G8-Gipfel hieß es gestern: „Die meisten Hedge-Fonds haben für 2005 auf steigende Preise gesetzt und können nicht zurück, wollen sie nicht hohe Verluste erleiden.“ Als einen Beleg führen die Fachleute des Kanzleramtes an, dass die Investmentbank Goldman Sachs im Februar einen Preis von bis zu 105\$ pro Barrel Rohöl für möglich gehalten habe. Derzeit pendelt der Preis um 60\$ ... Nach Ansicht der Regierung ist zumindest ein Teil des Preises finanzmarktgetrieben, auch wenn der überwiegende Anteil am Preisanstieg der vergangenen Jahres vor allem auf eine höhere Nachfrage in den schnell wachsenden Volkswirtschaften wie China zurückzuführen sei.“ (*Financial Times Deutschland*, 7.7.05)

„Hedge Fonds droht strengere Regulierung. Der Ruf nach einer weltweiten Regulierung von Hedge Fonds wird immer lauter. Bundeskanzler Schröder wird sich beim laufenden G-8-Gipfel in Schottland für mehr Transparenz der Hedge Fonds einsetzen. Damit hat Schröder nach Auffassung des Bundesverbands privater Banken erst ‚ein Steinchen ins Rollen‘ gebracht. Der Verband forderte gestern eine Regulierung der Hedge Fonds, um Risiken für Unternehmen und Anleger einzugreifen ... Die Debatte um die Regulierung von Hedge Fonds wird weltweit intensiv geführt. Grund ist das starke Wachstum der mittlerweile rund 8.000 Fonds mit einem Volumen von rund 1.000 Mrd. Dollar... Der Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Jochen Sanio, hatte Hedge Fonds als ‚schwarze Löcher des Weltfinanzsystems‘ bezeichnet. Er schätzt die Chancen einer weltweiten Regulierung nicht sonderlich hoch ein. Einige Länder zeigten bislang keine Bereitschaft, weltweit verbindliche Regeln für Hedge Fonds zu entwickeln.“ (*Handelsblatt*, 7. 7. 05)

dass die so aufgeschätzten Gelder ihre eigene Dynamik entwickeln, sich Anlage suchen und – wenn Staatspapiere und Aktien wenig Rendite bringen – auch in ziemlich riskanten Geschäften. Oder in Geschäften, die dem gleichen Beschäftigten, der das Geld auf die Bank getragen hat, seinen Job im Betrieb rauben.

Wer also mehr private Versicherungen verlangt wie jetzt CDU/CSU und FDP, solche Versicherungen mit

Steuern und anderen Gesetzen fördert und gleichzeitig die gesetzlichen Sozialversicherungen immer weiter abbaut, der rührt auch die Werbetrommel für private Geldanleger – und treibt den Hedge Fonds die Gelder zu, die diese renditesuchend um den Globus jagen.

rül, gst

**Politische Berichte werden vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln herausgegeben.**

Nachdruck aus: Vorwärts, Zürich 22. Juli 2005

## Das System VW

Anmerkungen zu einem Skandal, der Normalfall ist.

In der VW-Stadt Wolfsburg bekommen in diesen Wochen Begriffe wie „Modellwechsel“ und „VW-Käfer“ eine neue Bedeutung. Das traditionelle Gewerkschaftsplakat aus den 1960er Jahren zur Fünf-Tage-Woche zeigt nun eine brasilianische Samba-Tänzerin mit dem Slogan: „Samstag gehört Vati mir!“ Das „Handelsblatt“ fordert Schluss zu machen „mit der Kuschelmentalität bei VW“. Und alle sehen sie, wie die „Wirtschaftswoche“, den VW-Konzern auf der Intensivstation: „All die listigen Instrumente der kreativen Personalführung von Peter Hartz ... haben letztlich die Agonie des Patienten VW verlängert.“

### Fleisch vom Fleische des Kapitalismus

Das „System VW“ wird als Fremdkörper definiert. Tatsächlich ist es Fleisch vom Fleische des Kapitalismus. Da gibt es weitreichende „personelle Verbindungen“: Die Nazi-Ideen für einen „Volkswagen“ wurden 1934 massgeblich von dem SS-Oberrführer Ferdinand Porsche formuliert. Der erste Werksleiter war Porsches Schwiegersohn Anton Piech. Heinrich Nordhoff, VW-Boss von 1948 bis 1968, leitete im Zweiten Weltkrieg als führender Opel-Manager mit Wissen der Konzernleitung in den USA die Rüstungsfertigung für die NS-Armee. Seit Kriegsende gibt es eine enge arbeitsteilige Zusammenarbeit zwischen VW und Porsche. 1993 wurde der Porsche-Miteigentümer Ferdinand Piech, ein Enkel von Ferdinand Porsche, neuer VW-Chef. Er ist seit 2002 Vorsitzender des VW-Aufsichtsrats.

Es gibt Parallelen hinsichtlich der „Struktur“ des Unternehmens. Das VW-Werk war von vornherein ein staatlicher Konzern. Nach dem Krieg blieb VW zunächst Staatsunternehmen. 1960 wurde bei der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft mit dem VW-Gesetz der staatliche Einfluss festgeschrieben. Seither hat das

Land Niedersachsen gesetzlich definierte zwanzig Prozent der Stimmanteile. 1934 sah die Gezuvor („Gesellschaft zur Vorbereitung des Volkswagens“) eine unauflösbare Einheit zwischen Autofabrik und Autostadt vor. Die Verbindungen zwischen VW-Werk und Stadt könnten heute nicht enger sein: Einige Wolfsburger Ortsbürgermeister sind zugleich VW-Manager. Oberbürgermeister Rolf Schnellecke ist Chef einer Spedition, die in erster Linie für VW fährt. Diese Strukturen werden materiell unteretzt: Seit 2002 wird der Betriebsratsvorsitzende wie ein Bereichsleiter bezahlt – mit einem Jahreseinkommen von 360 000 Euro – dem Sechsfachen eines Facharbeiters am Band.

Schliesslich gibt es „ideologische Parallelen“. Die Volkswagen-Stadt sollte laut NS-Plänen „ein ... Musterbeispiel für eine Stadt im Zeitalter der Motorisierung“ werden. Das zersiedelte und vom Auto abhängige Wolfsburg kommt diesem Ideal heute nah. Der Begriff „Autostadt“ wurde in der NS-Zeit geprägt. 2000 wurde in Wolfsburg die Erlebniswelt „Autostadt“ eröffnet. Chefplaner Gunter Henn gab unfreiwillig Einblick in den Ego-Trip: „Piech ist ein unglaublich grosser Bauherr, vergleichbar mit Napoleon.“

### Autostadt und „gläserne Fabrik“

Die Autostadt will Transparenz bieten und den VW-Käufer individuell mit der Übergabe des Automobils beglücken. In Dresden wurde unter Piech 2002 die „Gläserne Fabrik“ errichtet. Das ursprüngliche VW-Werk der Nazis hatte einen 1,3 Kilometer langen Besuchergang im Südrandbau, von dem aus die Besucher Einblick in die Fertigungsabteilungen nehmen konnten. Vorgehen war ein „Hotel für die Abholer des Kraft-durch-Freude-Wagens“. Der „durchsichtige Mensch“, die „gläserne Fabrik“ und der „gläserne Motor“ waren Mittel der NS-Propaganda. Hier verknüpfen sich die ideo-

logischen Verbindungen mit den personellen Verflechtungen: Die „Autostadt“ bei Fallersleben wurde massgeblich von Hitlers Chefarchitekten und Planer der Reichshauptstadt „Germania“, Albert Speer, bestimmt. Der Sohn Albert Speers, der Stadtplaner gleichen Namens, baut derzeit in Shanghai, wo sich ein VW-Werk befindet, mit der „Anting New Town“ eine „German Town“ – „eine Autostadt wie in Wolfsburg – nur hoch zwanzig“ (A. Speer jun.).

Es bleibt die Frage, ob das „System VW“ abträglich für Rentabilität und Erfolg war? Nun, der Konzern ist siebzig Jahre lang fast ununterbrochen gewachsen. Er hat, wie kaum ein anderer auf der Welt, grosse andere Unternehmen wie Auto Union (Audi), Seat und Skoda übernommen. In der Ära Ferdinand Piech – Peter Hartz 1993 bis 2002, die heute als Personifizierung des „Systems Volkswagen“ dargestellt wird, erlebte das Unternehmen einen zehnjährigen Aufschwung mit passablen Rendite-Ergebnissen. Peter Hartz trug mit den Flexibilisierungsmodellen dazu bei, die zuvor erreichten Arbeitszeitverkürzungen und die höheren VW-Löhne zu unterlaufen.

### Die Krise der Autoindustrie

So what? It's the economy, stupid! Die Autoindustrie ist zusammen mit der damit eng verbundenen Ölbranche der mit Abstand wichtigste Industriezweig des modernen Kapitalismus. Die Zahl der international relevanten Autokonzerne hat sich im Zeitraum 1980 bis 2005 von 25 auf 11 reduziert; in der Branche herrscht ein mörderischer Konkurrenzkampf, der gleichzeitig den Rationalisierungsprozess vorantreibt. Der Fahrzeugbau ist auch diejenige Branche, die eng mit der Umweltkrise und unauflösbar mit der strukturellen Krise des „ölbasierten kapitalistischen Entwicklungsmodells“ – und mit Rüstung und Kriegen – verbunden ist. Bei VW kommt, ähnlich wie bei GM und Ford, hinzu, dass das Unternehmen mit seinen PKW primär auf die Massennachfrage zielt, welche jedoch aufgrund der neoliberalen Politik des Sozial- und Lohndumpings reduziert wird. Vor diesem Hintergrund verloren in den letzten 15 Jahren massgebliche PKW-Massenhersteller wie Chrysler, Nissan, Rover, Kia, Daewoo, Saab, Mazda und Mitsubishi ihre Unabhängigkeit. Fiat dürfte sich bald zu dieser Gruppe gesellen. Führende Hersteller wie Ford und GM befinden sich in einer strukturellen Krise. In den letzten Jahren gesellt sich nun VW zur Gruppe der Krisen-Konzerne. Wie bei GM haben jedoch schwerwiegende Managementfehler, die vor allem auf „das System Piech“ zurückzuführen sind, die Krise zugespitzt.

Da ist als erstes die „falsche Modellpolitik“. Piech wollte neben der traditionell im Bereich teurerer PKW angesiedelten VW-

Tochter Audi eigene (Duft-)Marken im Luxus-Sektor setzen. Für eine Milliarde DM wurde Rolls Royce eingekauft (und an BMW verloren), Bugatti, Bentley und Lamborghini wurden erworben und das VW-Flaggschiff Phaeton gebaut. 1996 gab Piech die folgende skurile Modell-Logik bekannt: „Audi führt gegen BMW, VW gegen Mercedes, Seat zielt auf Alfa Romeo, Skoda auf Rover und Volvo.“ Diese Strategie erweist sich als Verlustbringer. Das Phaeton-Werk in Dresden ist zu weniger als einem Viertel ausgelastet.

## Krise wegen Management-Fehlern

Da ist zweitens „die fehlende Dollar-Absicherung“. Als Weltkonzern produziert VW unzureichend im Dollar-Raum. Das Unternehmen hat in der Ära Piech seine Produktions-Konzentration auf die Non-Dollar-Regionen nicht ausreichend gegen eine Dollarabwertung abgesichert. Im April 2002, als Pischetsrieder an die Konzern-Spitze rückte, brachte ein Euro 88 US-Cent; Ende 2004 lag die Relation bei einem Euro zu 1,36 US-Dollar. Der Verlust durch diese Devisenkurs-Veränderungen (und die Verteuerung der VW-Exporte in den Dollar-Raum) kostete VW in den letzten zwei Jahren jeweils einen halben Jahresgewinn. Drittens hat VW die optimale Ausgangsposition auf dem Markt der Zukunft, in China, aus eigenem Verschulden verspielt. Hier ist VW mit zwei sich bekämpfenden Joint Ventures präsent. Die angebotenen Modelle sind entweder hoffnungslos veraltet oder sie zielen am Publikums-geschmack, der auf grossvolumige PKW ausgerichtet ist, vorbei (Einführung des Polo 2004). Der VW-Marktanteil in China lag 2003 noch bei 50 Prozent. Im ersten Halbjahr 2005 ist er auf 18 Prozent abgesackt. Wolfgang Bernhard, der von Chrysler kommende neue Chef des VW-Markenvorstands, sieht als Ursache der Krise die „zweite Welle der Offensive asiatischer Autokonzerne“. Von wegen „gelbe Gefahr“: In China wurde VW vom kränkelnden Konzern GM als Marktführer abgelöst. In Europa befindet sich Renault mit der Tochter Nissan – ein Konzern mit einem deutlich höheren Staatseinfluss als beim „System VW“ – auf der Überholspur. Es sind diese Managementfehler, die in die aktuelle VW-Krise führten.

Aktuell allerdings haben wir die offene Krise. Gut zwanzig Prozent der Produktionskapazitäten von VW sind ungenutzt und belasten die Rentabilität. 2005 wird VW erstmals seit 1993 wieder einen massiven Verlust einfahren. So schrillen in Wolfsburg denn seit Anfang 2005 die Alarmglocken. Im Mai 2005 forderte das Top-Management für Wolfsburg die Wiedereinführung von Zehn-Stunden-Schichten bei gleichzeitigem Wegfall der Nachtarbeitszuschläge. Der Konzernbetriebsrat unter dem inzwischen geschassten Klaus Volkert musste Nein sagen, hatte

er doch nur ein halbes Jahr zuvor einem Reallohnabbau gegen das vage Versprechen einer Job-Bestandsgarantie bis 2011 zugestimmt. Das war aus Sicht des Vorstands das betriebliche Kampfsignal. Als kurz darauf der Autokanzler Gerhard Schröder Kurs auf die Neuwahl nahm, kam – wie so oft in der VW-Geschichte – die grosse Politik ins Spiel. Der VW-Skandal kam da wie gerufen oder bestellt.

## Der VW und sein Autokanzler

VW war in der Ära Adenauer-Erhard beispielhaft für die Übertünchung des Klassencharakters der Gesellschaft und die Hoffnung von Millionen westdeutscher Bürgerinnen und Bürger, über „Volksaktien“ an „der Wirtschaft“ beteiligt zu werden. VW spielte eine wichtige Rolle für die „Ostpolitik“ der sozialliberalen und konservativ-liberalen Regierungen (unter anderem die Lieferung von 100 000 VW-Motoren an die DDR 1988). Als Peter Hartz 1994 in Wolfsburg die Vier-Tage-Woche ohne Lohnausgleich durchsetzte, war dies das Vorspiel für das von IG Metall-Chef Klaus Zwickel initiierte „Bündnis für Arbeit“, das die Kohl-Regierung mit den Gewerkschaften 1995 schloss. 1990 beschloss der VW-Vorstand „interne Grundsätze“, wonach „Mitarbeiter zur Ausübung politischer Mandate“ freigestellt und ohne Gegenleistung „Lohnfortzahlung“ für eine spätere „reibungslose Reintegration in das Unternehmen“ erhalten. Anfang 2005 wurde bekannt, dass VW auf diese Weise europaweit rund hundert Abgeordneten in Landesparlamenten und im Bundestag grosszügige „Lohnfortzahlung“ gewährte.

Es schliesst sich ein Kreis. Ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl 2002 präsentierte Kanzler Schröder den VW-Arbeitsdirektor Peter Hartz als Retter der Nation, der das Versprechen abgeben durfte, mit einer „Agenda 2010“ und „Hartz-Gesetzen“ die Arbeitslosenzahl zu halbieren. Schröder gewann die 2002er Wahl. Die Arbeitslosigkeit, die damals erstmals die 4,1-Millionen-Schwelle überschritten hatte, stieg mit Hartz I, II, III und IV auf fünf Millionen im ersten Vierteljahr 2005. Das Scheitern von Schröder II wird zu Recht damit in Verbindung gebracht. VW erweist sich als vorausschauend, wenn nunmehr Hartz bedeutet wird, dass er als Mohr seine Schuldigkeit getan hat.

Unter einer Kanzlerin Maggy A. Merkel werden statt der Audi- und Phaeton-Modelle wieder Mercedes und BMW-Limousinen vors Kanzleramt rollen.

Winfried Wolf

**vorwärts**

Herausgeberin: Verlagsgenossenschaft  
Vorwärts, PdAS und ihre Deutschschweizer Sektionen. Postfach 2469,  
8026 Zürich.  
administration@vorwaerts.ch

# Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 148 Sommer 2005, 44 S.

- Die Artisten unter der Reichstagskuppel
- Drohen „Weimarer Verhältnisse“?
- Bildungspolitische Konzepte von Arbeitgeberverbänden
- NPD-Aufmarsch in Nürnberg zum 1. Mai

Nr. 147 Frühjahr 2005, 40 S.

- Vorherrschaft heisst nicht Allmacht
- Neoliberaler Kurs und neofaschistische Gefahr
- Dorfen: NPD-Wegschauen oder widerstehen
- Öffentlicher Dienst: Anstatt einer Tarifrunde
- Diskussion zur WASG
- Venezuela, ein Land im Aufbruch

Nr. 146 Winter 2004, 44 S.

- Der große Raubzug
- Wetzels Innovation der Tarifpolitik
- Unsere Jahreskonferenz 2004
- Generalangriff des Kapitals
- Die PDS im Jahre 2004 und ihr Potsdamer Parteitag
- Der Ruf nach dem archaischen Kämpfer

Nr. 145 Herbst 2004, 40 S.

- Angriff auf die Tarifverträge
- Kuba in Gefahr
- Kuba und die Linke
- Zur Diskussion über die neue Partei
- Die angestrebte Abwahl des Berliner Senats
- Rote Hilfe (Rezension)

Nr. 144 Sommer 2004, 40 S.

- Sozialabbau, Widerstand und eine Alternative?
- Zur Perspektiven sozialistischer Revolutionen
- Sozialistische Revolution/subjektiver Faktor
- Bildung (noch) für alle?
- Die Thalheimers (Rezension)
- 1923 Die abgesagte Revolution (Rezension)

Nr. 143 Frühjahr 2004, 40 S.

- Panik bei der SPD Nomenklatura zeigt Wirkung
- Tarifabschluß Metall
- Eine Zwischenbilanz des Sozialabbaus
- Streiks im Wintersemester
- PDS im politischen Wechselbad
- Einkommensverteilung in der BRD

Nr. 142 Winter 2003, 44 S.

- Gerster: Der neolibérale Sonnenkönig
- Zur Gründung einer neuen Linkspartei
- Gewerkschaften am Scheideweg
- Die Klassenoffensive des Sozialabbaus
- Oktober 1923: Eine Legende wird 80

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme  
T. Gradl, Postfach 910307  
90261 Nürnberg  
Probehefte versenden wir gratis!

## Literaturliste

- Sonderheft China:** Langer Marsch in den Kapitalismus? u. a. Die politische Kehrtwende, Das „Rennen auf Leben und Tod“, Deng Xiao-pings zu großer Sprung nach rechts, Revisionismus - oder schöpferische Anwendung des Marxismus? 1985, 50 Seiten A4, 3,00 €
- Vorwort von Paul Frölich zum Werk **von Rosa Luxemburg:** Gegen den Reformismus (z. Zt. vergriffen) 42 Seiten, 1,00 €
- Register der „Arbeiterstimme“** 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 je 1,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 20,00 €
- Jens Becker: **Heinrich Brandler** – Eine politische Biographie 510 Seiten, 20,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 6,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 5,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 2,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 3,50 €
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 2,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 2,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 2,00 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 8,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU (z. Zt. vergriffen) 1974, 68 Seiten, 1,50 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,50 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 5,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 15,00 €
- Der Faschismus in Deutschland**, Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928- 1933, 295 Seiten, 10,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



240 Seiten, Paperback,  
 € 12,-  
 ISBN 3-00-010296-5  
 Herausgegeben  
 von der Gruppe Arbeiterstimme

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der **Arbeiterstimme** in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

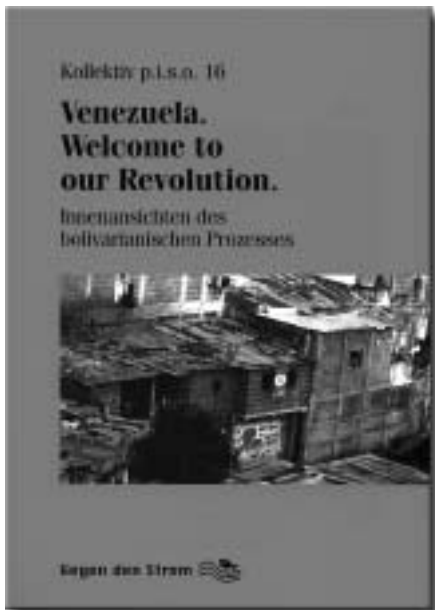
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten,  
 Paperback,  
 € 20,-  
 ISBN 3-87975-767-4

## Venezuela - Welcome to our Revolution

Innenansichten des  
 bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,  
 € 10,-  
 ISBN 3-9809970-1-4  
 Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bistlang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

Bestelladresse:  
**Gegen den Strom**  
 Schwanthalerstraße 139  
 80339 München  
 gds-verlag@gmx.de

oder:  
 T. Gradl  
 Postfach 910307  
 90261 Nürnberg



624 Seiten,  
 Paperback,  
 € 20,-  
 ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:  
 T. Gradl  
 Postfach 910307  
 90261 Nürnberg